Breslauer Zeitung.

Vierteljährlicher Abonnementspr. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 60 Pf., außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer kleinen Zeile 30 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Posen 20 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 88. Morgen=Ausgabe. Neunundsechszigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs=Verlag. Sonnabend, den 4. Februar 1888.

Die Verlängerung der Legislaturperiode.

⁂ Berlin, 2. Februar 1888.

Die erste Berathung des Antrages der Cartellparteien auf Verlängerung der Legislaturperiode hat zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Abgeordneten Dr. Bamberger und von Bennigsen über die innere Gestaltung des Parteiwesens geführt und zu langathmigen Betrachtungen über die Gepflogenheit bei Wahlkämpfen, die Mittel der Agitation und die angebliche Müdigkeit der Wähler. Eine Versöhnung zwischen den Standpunkten der Mehrheit und der Minderheit ist nicht erzielt worden. Thatsächlich sind in der Minderheit die Anschauungen keineswegs einheitlich, und es läßt sich nicht leugnen, daß ein großer Theil der heutigen Opposition eigentlich zu den Anhängern des Antrages gehört, welcher von der Mehrheit eingebracht ist. Zu diesen Anhängern gehört in erster Linie das Centrum, welches durch den Mund des Abgeordneten Windthorst noch im Jahre 1881 nicht nur eine Verlängerung der Legislaturperiode, sondern sogar die zweijährige Budgetperiode zugestanden hat und derjenige Theil der freisinnigen Partei, welcher dem Abgeordneten Dr. Bamberger nahe steht, demselben Abgeordneten, der so gut im Jahre 1867 wie 1878 die fünfjährige Legislaturperiode dringend empfohlen und warm begründet hat.

Im Gegensatz zu allen diesen Gruppen der heutigen Opposition hat die deutsche Fortschrittspartei alle Zeit die Verlängerung der Legislaturperiode im Deutschen Reiche als unnöthig, schädlich und gefährlich bekämpft. Thatsächlich lagen durchschlagende Gründe gegen eine Verlängerung der Legislaturperiode im Jahre 1878 genau so vor wie heute. An der Spitze der Reichsverwaltung stand damals wie heute Fürst Bismarck. Die politischen Machtfactoren waren damals die nämlichen wie heute. Die Ziele der leitenden Stelle auf dem Gebiete der inneren Politik waren damals genau dieselben wie gegenwärtig. Im Jahre 1878 kannte man ganz wie heute die Bestrebungen, das Einnahme=Bewilligungsrecht des Reichstages durch indirecte Besteuerung zu beschränken. Man kannte schon damals die Erklärung des Fürsten Bismarck, dem Reichstage genüge das Ausgabe=Bewilligungsrecht. Der Culturkampf lag in den letzten Zügen, das sogenannte „Maulkorbgesetz“ war schon eingebracht, die Vorläufer des Socialistengesetzes waren längst bekannt, und selbst der Umschwung in der Handelspolitik wurde nicht so plötzlich geboren, wie Minerva aus dem Haupte Jupiters. Man kannte bereits den Plan des Reichs=Eisenbahnprojectes, und man wußte, aus welchen Gründen schon drei Jahre vorher Herr Delbrück seinen Abschied genommen hatte. Angesichts aller dieser Thatsachen gehörte eine gewisse Vertrauensseligkeit zu der Forderung im Jahre 1878, die Legislaturperiode zu verlängern.

Die deutsche Fortschrittspartei hat damals, wie immer, diese Verlängerung bekämpft; sie würde sie auch bekämpfen, wenn heute die Reichsregierung genau dieselbe Politik verfolgen würde, wie bis zum Jahre 1878. Denn gegen einen Wechsel ist keinerlei Gewähr geleistet. Eine Regierung, welche heute nationalliberal scheint, kann morgen die Geschäfte der Reaction besorgen, und eine Regierung, die heute den Freihandel fordert, kann morgen in das Schutzzolllager übergehen. Nichts ist dauernd, als der Wechsel. Das hat die Fortschrittspartei hundertfältig vorausgesagt, das ist für sie der entscheidende Grund zur Bekämpfung der Verlängerung der Legislaturperiode gewesen und ist ihr entscheidender Grund noch heute. Eine lange Legislaturperiode ist so lange in einem Staatswesen unannehmbar und schädlich, so lange nicht die Regierung unter der maßgebenden Leitung des Volkswillens und der öffentlichen Meinung steht, so lange nicht die Gefahr beseitigt ist, die gesetzgebenden Gewalten würden von ihren langen Mandaten einen Gebrauch machen, der den Wünschen der Nation zuwiderläuft, so lange überhaupt die Verlängerung der Legislaturperiode die Bedeutung haben kann, daß die Gewählten sich nur auf längere Zeit, wie bisher, der Verantwortlichkeit gegenüber ihren Wählern überhoben glauben.

Sicherlich wird einst auch in Deutschland die Zeit kommen, in welcher nicht daran gezweifelt werden kann, daß eine Volksvertretung, welche sich nicht in Uebereinstimmung mit der Mehrheit der Nation befindet, entweder durch Auflösung seitens der Regierung oder durch freiwillige Niederlegung von Mandaten erneuert wird. In England hat man freilich eine siebenjährige Legislaturperiode; aber es ist nicht daran zu denken, daß dort das Mandat wirklich sieben Jahre dauert, wenn auch nur nennenswerthe Anzeichen einer veränderten Stimmung des Volkes hervortreten. Schon einzelne symptomatische Ergänzungswahlen bieten oft der Regierung zur vorzeitigen Auflösung des Parlaments Anlaß. In jedem Falle aber steht in England sowohl Regierung wie Parlament so sehr unter der Controle der öffentlichen Meinung, daß dort eine Regierung gegen den Volkswillen auch nur kurze Zeit undenkbar wäre. Nun ist unleugbar in Deutschland der Volkswille gegenüber der historischen Macht der Regierung, die öffentliche Meinung gegenüber dem entscheidenden Worte des leitenden Staatsmannes ohne jede durchschlagende Kraft. Das war 1878 wie 1888. Deshalb erscheint es einstweilen ganz unentbehrlich, wenigstens in kürzeren Zwischenräumen die Stimme des Volkes zu befragen, und Volksvertreter, welche ihren eigenen Versprechungen untreu werden möchten, vor die häufigere Erneuerung ihres Mandats zu stellen, um sie in ihrer Festigkeit zu stärken und in der Nachgiebigkeit gegen die Regierung durch das erhöhte Bewußtsein der Verantwortlichkeit vor den Wählern einigermaßen einzudämmen.

Alle diese Gründe sind noch heute für die Mitglieder der ehemaligen deutschen Fortschrittspartei maßgebend. Sie sind allein ausreichend, den Antrag des Herrn v. Bennigsen zu bekämpfen, auch wenn gar keine Aenderung auf dem Gebiete der Wirthschaftspolitik seit 1878 eingetreten wäre. Nichts aber ist kennzeichnender für die innere Lage als gerade der Umstand, daß auch frühere Anhänger dieses Antrages sich heute genöthigt sehen, gegen denselben zu stimmen, daß gerade der Vorkämpfer dieser Verfassungsänderung heute denselben für gefährlich und verwerflich erachtet. Der nationalliberale Wortführer hat mit einigem Behagen die früheren Aeußerungen des Abgeordneten Bamberger citirt. Aber ist denn die Wandelung des Abgeordneten Bamberger eine nur äußerliche, nur durch Eigensinn oder Eitelkeit oder irgend welche nichtigen Motive herbeigeführte? Liegt sie nicht in der reactionären Wendung der herrschenden Parteien? Ist es denn nicht wahr, daß Herr Stöcker aufgetaucht ist, ist es nicht wahr, daß wir Getreidezölle von fünf Mark haben, ist es nicht wahr, daß der Zunftzopf wieder im Schwange ist, ist es nicht wahr, daß Vorstöße gegen das Schwurgericht gemacht werden? Nicht nur auf wirthschaftlichem Gebiete ist der Rückschritt bemerklich. Nein, Herr Bamberger hat Recht, würde nicht Fürst Bismarck die Reaction noch zügeln, sie würde überhaupt nicht Maß noch Ziel kennen. Es begreift sich, daß nach den Erfahrungen des letzten Jahrzehnts Männer wie Bamberger durchaus den früher von ihnen unterschätzten Gefahren langer Legislaturperioden zugänglich geworden sind, zumal nicht immer das Auflösungsrecht ein sicheres Ventil gegen den Mißbrauch des langen Mandats enthält. Denn es können Zeiten kommen, in denen der Bundesrath dem Kaiser die Auflösung des Reichstages verweigert, und übereinstimmende Beschlüße des Reichstages und des Bundesrathes sind Gesetz.

Weshalb aber gerade gegenwärtig, wo die Zukunft eine ungewisse ist, gerade gegenwärtig, wo durch Auflösung des Reichstages die Legislaturperiode künstlich abgekürzt wurde, die Legislaturperiode verlängert werden soll, dafür hat auch Herr von Bennigsen den Beweis nicht erbracht. Freilich wissen nationalliberale Blätter jetzt alle Argumente gegen diesen Antrag auf die leichte Achsel zu nehmen. Aber es sind wenige Wochen vergangen, als dieselben Blätter anläßlich der Versammlung bei dem Grafen Waldersee ausriefen, im preußischen Landtage dürfe man jedenfalls nicht die Legislaturperiode verlängern, weil dort die Richtung des Herrn von Puttkamer ohnehin zu stark vertreten sei, und auch im Reichstage könne man unter Umständen den Antrag beseitigen, indem man seine Berathung auf sechs Monate vertage. Inzwischen scheint der Wind wieder umgeschlagen zu sein, und die Berliner Stadtmission hat die Unterstützung der Herren v. Bennigsen und Miquel gefunden. Die Verlängerung der Legislaturperiode, von der Mehrheit beantragt, wird natürlich Gesetz werden. Wir können diese Maßregel unter den heutigen Verhältnissen nur beklagen.

Deutschland.

⊙ **Berlin**, 2. Februar. [**Rumänien und der Friedensbund.**] Der rumänische Minister des Auswärtigen Stourdza ist in diesen Tagen in Friedrichsruh und in Wien gewesen und hat lange mit dem Fürsten Bismarck und dem Grafen Kalnoky conferirt. Der russisch=officiöse „Nord“ hat über diesen Besuch sichtlich Beklemmungen gefühlt, während anderweit behauptet wird, Rumänien habe sich dem Friedensbündnisse angeschlossen, ohne daß es jedoch eine Garantie für eine Neutralität erlangen konnte. Rumänien befindet sich in einer höchst mißlichen Lage bei jeder Verwickelung im Orient. Es ist ein Stoßballen zwischen Rußland und der Türkei. Bei einem Angriffe auf das ottomanische Reich werden die russischen Truppen immer ihren Weg über Rumänien nehmen wollen. Die Declaration der Mächte vom 20. November 1815 bestimmt bekanntlich: „Les puissances font une reconnaissance formelle et authentique de la neutralité perpétuelle de la Suisse et elles lui garantissent l'intégrité et l'inviolabilisé de son territoire.“ Eine gleiche Bestimmung besteht bezüglich Belgiens. Rumänien wünschte nun im Jahre 1876 angesichts der drohenden Kriegsgefahren ebenfalls als neutrales Gebiet garantirt zu werden. Die Signatarmächte des Pariser Vertrages vertraten aber die entgegengesetzte Ansicht, daß Rumänien nur einen Bestandtheil des türkischen Reiches bilde und demgemäß jeder Staat, welcher der Pforte den Krieg erkläre, völkerrechtlich befugt sei, seine Operationen auf Rumänien auszudehnen. Unter diesen Umständen blieb Rumänien füglich nicht viel übrig, als mit Rußland jene Convention vom 16ten April 1877 abzuschließen, nach welcher Rumänien den russischen Heeren als Etappenstraße diente, denselben alle Communicationsmittel zur Verfügung stellte und die Zusicherung des Zaren erhielt, die Rechte und Integrität Rumäniens den Verträgen gemäß zu respectiren und als Anerkennung der „politischen Individualität“ Rumäniens Bukarest von russischer Besetzung freizulassen. Rumänien leistete dann dem Zarenreiche die wichtigsten Dienste und bewahrte die moscowitischen Heere besonders nach den Niederlagen bei Plewna vor einem schmählichen Rückzuge über die Donau. Indessen diese Dienste sollten nach russischer Weise gelohnt werden. Im Frieden von San Stefano wurde die „Integrität Rumäniens“ einfach mißachtet, indem sich Rußland herausnahm, rumänisch Bessarabien zu annectiren und dem Bundesgenossen dafür die Dobrudscha zuzuweisen, ein Sumpf= und Fieberland, welches Moltke in seinem bekannten Werke eine „trostlose Einöde“ nennt. Und daneben muthete der Vertrag Rumänien zu, den Russen noch zwei Jahre lang als Etappenstraße zu dienen. Ein Schrei der Entrüstung ging durch ganz Rumänien. Die Regierung erklärte in einer Circularnote vom 28. März 1878 den Vertrag als ungiltig, protestirte heftig selbst dagegen, aus den Händen Rußlands seine Unabhängigkeit anzunehmen, da es dieselbe nur von Europa acceptire, und schrieb, niemals sei Rumänien in seiner inneren Unabhängigkeit grausamer beeinträchtigt worden, als durch diesen Vertrag, der wie zum Hohne Rumäniens Unabhängigkeit proclamire. „Wir schulden Rußland keinen Dank, weit eher Rußland uns.“ Das war der Refrain der Note, an welche sich dann ein überaus gereizter Federkrieg zwischen Petersburg und Bukarest schloß. Auf dem Berliner Congreß erschienen dann die Minister Bratiano und Cogalniceano persönlich, um ein eindringliches Memorandum vorzulesen — verlorene Liebesmüh! Rußland wollte sich die Beute, die es aus der Tasche eines Verbündeten machte, nicht entreißen lassen. Und auch der Berliner Congreß lehnte die Forderung der Neutralisirung Rumäniens ab. Am 21. October 1878 telegraphirte General Schebko an den Zaren: „Ew. kaiserlichen Majestät habe ich das Glück zu berichten, daß ein rumänisch Bessarabien nicht mehr existirt.“ Daß nach diesen Vorgängen die Rumänen nicht eben mit Befriedigung oder Begeisterung an den „Dank vom Hause Romanow“ zurückdenken, ist begreiflich. Sie sind heute ganz selbstverständlich auf der Seite der Friedensmächte und werden nicht zum zweiten Male für die Moskowiter die Kastanien aus dem Feuer holen. Im Gegentheil, sie werden auf den Augenblick warten, der ihnen Bessarabien wiederbringt. Heute wünschte Rumänien sicherlich am liebsten die Neutralisirung. Allein daß dieselbe nicht gut angeht, liegt auf der Hand. Erstlich würde dieselbe schon an dem Widerspruche Rußlands scheitern. Zweitens aber darf man von einem Staate, der an dem Ergebnisse eines neuen Krieges wesentlich interessirt ist, auch dessen eigenes Eingreifen erwarten und verlangen. Wenn Rußland heute Rumänien, nachdem dasselbe ein selbstständiges Königreich geworden, das nicht mehr der Suzeränetät der Pforte untersteht, als Etappenstraße benutzen will, so bedeutet ein solcher Schritt einfach eine Kriegserklärung. Es ist dann in erster Linie Sache Rumäniens, sich zu wehren. Das wird Herr Stourdza in Friedrichsruh und Wien erfahren haben. Aber er wird auch erfahren haben, daß ihm unter gewissen, auf Gegenseitigkeit beruhenden Umständen für den äußersten Fall die Unterstützung der Friedensmächte, wenn auch vielleicht zunächst nur die diplomatische, nicht fehlen werde. Fürst Bismarck hat erklärt, daß der Friedensbund noch einer Erweiterung fähig sei. Daß Rumänien demselben beitreten müsse, ist bei dessen geographischer Lage ein Gebot der Selbsterhaltung. Und deshalb darf man allerdings annehmen, daß dieser Beitritt, wenn nicht schon früher erfolgt, so jetzt unter Siegel gebracht worden sei.

[**Der Bericht über die Wehrvorlage.**] Dem Bericht, welche die X. Commission des Reichstags über den derselben zur Vorberathung überwiesenen Gesetzentwurf, betreffend Aenderungen der Wehrpflicht, durch den Abg. Frhrn. v. Maltzahn=Gültz erstattet hat, entnehmen wir Folgendes: Die Commission hat ihre Aufgabe in 6 Sitzungen erledigt, von denen je 2 der ersten und zweiten Lesung, eine der dritten und eine der Feststellung des Berichtes dienten. Eine zweimalige Berathung der Vorlage war von vornherein in Aussicht genommen, die dritte bezog sich nur auf die §§ 3, 7, 34 und wurde erst bei der Feststellung des Berichts, zwecks besserer Formulirung dieser Paragraphen, beschlossen. — Ein principieller Widerspruch gegen den Inhalt der Vorlage wurde in der Commission von keiner Seite erhoben. Man verkannte zwar nicht das Gewicht der durch ihre Bestimmungen eintretenden Vermehrung der militärischen Lasten. Man sah aber in der vollen Ausnützung der Wehrkraft des Landes ein wesentliches Mittel zur Bewahrung des Friedens, und war deshalb allseitig bereit, lieber die Militärlast des Landes von Neuem zu erhöhen, als einen Zustand bestehen zu lassen, in welchem nach den Erklärungen der Führer unseres Heeres, zu welchen das ganze Land Vertrauen habe, unser Land nicht in dem Maße, als es könne, allen Eventualitäten gewachsen sei. — Die hervortretenden Meinungsverschiedenheiten beschränkten sich darnach auf einzelne Bestimmungen des Gesetzes, und die gestellten Anträge bezweckten nur, ohne Schädigung des Hauptzweckes der Vorlage, deren Einzelheiten möglichst wenig drückend für die Wehrpflichtigen zu gestalten. — Ueber die durch die Vorlage **entstehenden Kosten** wird Folgendes berichtet: Die Begründung des Entwurfs hatte vorläufig nur zwei Zahlen genannt. Es war angegeben, daß eine Vermehrung des Personals der Landwehr=Bezirkscommandos nothwendig werde, und daß damit eine Erhöhung des Bureaufonds um etwa 150 000 M. jährlich für das ganze Reich entstehen werde. Die einmalige Neubeschaffung der Militärpapiere wurde auf etwa 250 000 Mark veranschlagt. Weitere Mittheilungen in Bezug auf die für Bekleidung, Ausrüstung und Bewaffnung entstehenden Kosten wurden vorbehalten. — Wie bereits oben erwähnt, wurden in Betreff dieser hauptsächlich aus dem § 32 der Vorlage entsprechenden Kosten bereits in der ersten Sitzung der Commission Aufklärungen gewünscht, jedoch erst beim Beginn der zweiten Berathung in einem gewissen Umfange ertheilt. Es wurde von Seiten der Vertreter der verbündeten Regierungen angegeben, daß die einmaligen Ausgaben sich auf Beschaffung von Waffen und Munition, von Feldgeräthen, Bekleidungs= und Ausrüstungsstücken, auf die Einrichtung oder Herstellung von Gebäuden zur Unterbringung derselben, auf die Fürsorge für das Verpflegungs= und Sanitätswesen und auf Bureauausgaben bezögen. Die hierfür erforderlichen, voraussichtlich durch Anleihemittel zu deckenden, einmaligen Ausgaben betrügen gegen 280 000 000 M.; das Nähere werde der bezüglichen besonderen Vorlage vorbehalten bleiben müssen. — In Bezug auf die entstehende Erhöhung der dauernden Ausgaben wurde erklärt, daß dieselbe außer den oben erwähnten 150 000 M. Bureaukosten bei den Controlbehörden sich in erster Linie durch die zur Verzinsung der Reichsanleihe für die einmaligen Ausgaben nöthigen Summen ergäbe. Außerdem würde das Aufsichtspersonal in den Depots jeder Art etwas vermehrt werden müssen, und ferner würden durch die bauliche Unterhaltung der neuaufzuführenden Gebäude für Aufbewahrung der Ausrüstungsgegenstände vermehrte Kosten entstehen. Gegenüber der Gesammtsumme des bestehenden Militäretats würden letztere Beträge aber nur unbedeutend sein. — Die Frage, ob die einmal beschafften Bekleidungs= und Ausrüstungsbestände auch hier von den Truppen zur Erhaltung und Ergänzung übernommen werden sollten, so daß für diese Ergänzung der Bestände neue einmalige Ausgaben in Zukunft nicht zu erwarten wären, wurde bejaht. Eine weitere Anfrage eines Commissionsmitgliedes, ob zur Beschaffung des Offizierpersonals für die durch die Verlängerung der Dienstpflicht vermehrte Truppenzahl eine Erhöhung des etatsmäßigen Offizierbestandes und somit eine Erhöhung der betreffenden Titel des Ordinariums in Aussicht genommen sei, wurde verneint. Man werde diese Offiziere aus den, den betreffenden Jahrgängen angehörenden Offizieren des Beurlaubtenstandes, auch durch Verwendung ehemaliger gut gedienter Unteroffiziere zu Offizierdiensten gewinnen; eine Vermehrung des Friedensstandes der activen Offiziere sei um so weniger in Aussicht genommen, als in Folge der Heeresverstärkung des vorigen Jahres auf Jahre hinaus ein Manquement an Offizierstellen dem Etat gegenüber zu erwarten sei. — Die Frage, ob nach Bewilligung der jetzt gestellten Forderungen weitere neue Anforderungen nicht mehr zu erwarten seien, wurde dahin beantwortet, daß zwar selbstverständlich ein Versprechen, nichts weiter fordern zu wollen, nicht abgegeben, wohl aber ausgesprochen werden könne, daß man die Verabschiedung dieser Vorlage und die Annahme der zugehörigen Finanzvorlage als den Abschluß der gegenwärtgen Entwickelungsperiode unseres Heerwesens betrachte und zur Zeit auf Seiten der Militär=Verwaltung kein Bedürfniß bestehe, mit neuen Forderungen hervorzutreten. — Von mehreren Commissions=Mitgliedern wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß es nicht angänglich erschienen sei, der Commission mehr in das Einzelne gehende Mittheilungen über die finanzielle Seite der Frage zu machen. Ein Theil der Mitglieder behielt sich ausdrücklich die definitive Entscheidung bis dahin vor, daß die Finanzvorlage berathen sei. — Indessen war die Commission allseitig der Meinung, daß eine eingehende Prüfung der finanziellen Seite des Gegenstandes nicht in dem Rahmen des ihr ertheilten Auftrages liege.

Der Vorsitzende schritt daher am Schlusse der Verhandlungen zur Abstimmung über das ganze Gesetz, welche dessen einstimmige Annahme ergab.

[**Die Ausführungsbestimmungen für das Zuckersteuergesetz.**] Dem Vernehmen nach ist eine Commission von Sachverständigen der Zuckerindustrie und höheren Steuerbeamten in das Reichsschatzamt berufen worden, um die vom Bundesrath zu erlassenden Ausführungs=Vorschriften zu dem im verflossenen Sommer vereinbarten neuen Zuckersteuergesetz, welches am 1. August d. J. in Kraft tritt, auszuarbeiten. Durch dieses Gesetz wird bekanntlich bei gleichzeitiger Herabsetzung der Rübensteuer von 1,70 M. auf 0,80 M. pro 100 Klgr. Rüben eine Verbrauchsabgabe von 12 M. pro 100 Klgr. Zucker eingeführt.

[**Die Kaiserin und die Fortbildungsschulen für Mädchen.**] Der Cabinetsrath der Kaiserin, Herr v. d. **Knesebeck**, hat unter dem 24. Januar an den Vorsitzenden des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit, den Landtags=Abgeordneten **Seyffardt**=Magdeburg, das folgende Schreiben gerichtet:

„Ihre Majestät die **Kaiserin** und **Königin** haben mich zu beauftragen geruht, Euer Wohlgeboren Folgendes zur gefälligen Erwägung mitzutheilen. In der Annahme, daß der deutsche Verein für Armenpflege und Wohlthätigkeit auch die Mittel der **vorbeugenden** Armenpflege in den Bereich seiner Berathungen und seiner Thätigkeit zieht, wünschen Ihre Majestät

die Aufmerksamkeit auf eine Bestrebung zu lenken, welche kürzlich in den mit der Bitte um Rückgabe beigefügten „Rheinischen Blättern für Erziehung und Unterricht" durch Veröffentlichung eines Vortrags des Dr. phil. Otto Kamp in Frankfurt a. M. über Fortbildungsschulen für Mädchen weiteren Kreisen bekannt geworden ist. Ihre Majestät glauben, daß es sich hier trotz der in neuerer Zeit bestehenden zahlreichen und verschiedenartigen gemeinnützigen und wohlthätigen Unternehmungen um eine Lücke handelt, deren Ausfüllung sowohl in Bezug auf die Armenpflege, als auch das Vorhandensein eines socialen Bedürfnisses wünschenswerth ist. Es liegt nahe, beispielsweise zu vergleichen, wie dieses Bedürfniß für die Söhne der arbeitenden Klassen empfunden und theilweise berücksichtigt, während der gleichen Aufgabe in Betreff der Töchter noch keine gebührende Rechnung getragen wird. Die Fürsorge durch die mit Vorliebe begründeten Kleinkinder-Bewahranstalten findet ihre Beschränkung in der Altersgrenze, während jene Zeit, in welcher die Töchter am meisten einer Leitung bedürfen, die sie in dem Rahmen ihres Standes zu tüchtigen Hausfrauen heranbilden sollte, nicht in entsprechender Weise einer gleichen Beachtung begegnet. Man hat in verschiedenen Orten versucht, da, wo Volksküchen, Arbeitsschulen u. s. w. vorhanden sind, Mädchen an diesen Anstalten Gelegenheit zur Erlernung haushälterischer Thätigkeit zu geben, und dies ist jedenfalls ein erfreulicher Beweis der Anerkennung einer in dieser Beziehung zu leistenden Abhilfe. Aber systematisch organisirt ist diese Seite der Armenpflege, welche durch das Familienleben eine wichtige sociale Frage berührt, noch nicht, und es läge nach Ansicht Ihrer Majestät sowohl im Beruf des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit, wie ja nach den localen Bedürfnissen auch der Zweigverein des Vaterländischen Frauenvereins, dieser Frage näher zu treten, event. durch eine Commission Erhebungen anstellen zu lassen und in Berathungen darüber zu treten. Es würde Ihrer Majestät erfreulich sein, eine in dieser Beziehung nützliche Anregung gegeben zu haben."

[In der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung] wurde beschlossen, den Wahlprotesten gegen die Wahl der Stadtv. Fähndrich und Dr. Hermes keine Folge zu leisten; der Antrag, die Wahl des Stadtv. Splettstösser für ungiltig zu erklären, wurde dem Ausschuß zu erneuter Prüfung zurückgegeben.

[Personentarife auf den Staatsbahnen.] Wie der „Köln. Z." berichtet wird, hat der Minister der öffentlichen Arbeiten die Staatseisenbahn-Directionen veranlaßt, bis zum 1. April 1889 sämmtliche Personentarife der preußischen Staatsbahnen nach einheitlichen Grundtaren umzurechnen. Als letztere werden angenommen: Für Schnellzüge erste Wagenklasse 9 Pf., zweite Klasse $6^2/_3$ Pf., dritte Klasse $4^2/_3$ Pf.; für Personenzüge erste Wagenklasse 8, zweite 6, dritte 4, vierte 2 Pf. das Kilometer. Für Hin- und Rückfahrkarten wird der einfache Fahrpreis um die Hälfte erhöht. Auf vielen Strecken treten vorwiegend für die dritte und vierte Wagenklasse, aber auch für gewisse Schnellzüge Ermäßigungen ein, und es wird der durch letztere eintretende Ausfall auf 1600000 Mark geschätzt.

[Die Lotterie-Einnehmer.] Zu der Mittheilung, daß in Folge der Verhandlungen im Abgeordnetenhause über den Etat der Lotterie-Verwaltung der Antheil der Lotterie-Einnehmer an den in ihre Collecte fallenden Gewinnen von 2 auf $1^1/_2$ pCt. ermäßigt worden sei, wird der „Voss. Ztg." geschrieben, daß diese Maßregel von der Regierung schon vorher beschlossen gewesen sei, wie dies auch aus einer bezüglichen Bemerkung in dem Entwurf zu dem Lotterie-Etat hervorgeht. Die Ersparniß, welche durch die fragliche Herabsetzung der Provision der Collecteure für die Staatskasse erzielt wird, beläuft sich nach den Angaben in dem Etatsentwurf übrigens nur auf 152 100 M., während die bisherige Einnahme der Collecteure eine Verminderung von durchschnittlich 5—6 pCt. erfährt. Fast scheint es, als wolle die Regierung es bei diesem ersten Schritte nicht bewenden lassen, sondern im Interesse der Staatskasse die Entschädigung für den Vertrieb der Loose in einer den jetzigen veränderten Verhältnissen und dem Umfange der Thätigkeit der Collecteure mehr entsprechenden Weise regeln.

rc. **Aus dem Reichslande,** 1. Febr. [Die erste Lesung des Landeshaushaltsetats. — Verhaftungen.] Die erste Lesung des Landeshaushaltsetats, welche in den vergangenen Jahren stets Anlaß zu meist lebhaften politischen Debatten über die Haltung der Regierung und die Lage des Landes gab, ist in der gestrigen Sitzung des Landesausschusses glatt abgewickelt worden. Streifzüge auf das politische Gebiet wurden zwar von einigen Abgeordneten unternommen, aber ohne Nachdruck, und die Erklärungen des Unterstaatssecretärs Studt erfuhren schließlich keine öffentliche Kritik. Den Reigen der Redner eröffnete der reichsländische Finanzminister, Unterstaatssecretär Schraul, welcher in der Lage war, die Finanzlage in rosigem Lichte zu zeigen und dadurch die Stimmung des Hauses günstig zu beeinflussen. Daß in Folge der Branntweinsteuer, aus deren Ertrage Elsaß-Lothringen 4 Millionen Mark erhält, das Reich zum ersten Male in der Lage ist, dem Lande eine Summe von $1^1/_2$ Millionen mehr zu überweisen, als es vom Lande empfangen hat, mußte ja angenehm berühren. Trotzdem hielten es, die augenblickliche günstige Gesammtlage anerkennend, die Abgeordneten Grad und Winterer für ihre Pflicht, auf die dunklen Punkte des Etats, auf die Ausfälle bei verschiedenen Einnahmeposten hinzuweisen. Daran ließ sich dann leicht der politische Plänklerdienst knüpfen. Abgeordneter Grad stellte mit leicht ironisch gefärbtem Tone die seit den Februarwahlen getroffenen scharfen politischen Maßnahmen als durchaus verfehlt hin, während Abbé Winterer in ernstem, theilweise erregtem Tone darüber Beschwerde führte, daß die schroffen Anordnungen der Regierung nicht gleichzeitig, sondern ruckweise getroffen worden sein. Anders die Ausführungen des Abg. Zorn von Bulach. Dieselben gipfelten darin, daß eine echte und rechte Steuerreform die Entlastung des kleinen Mannes herbeiführen müsse. Die drückendsten Steuern, die directen, hätten am meisten zugenommen und das bedeute keine günstige allgemeine Lage. Die Einführung einer Capitalrentensteuer, Errichtung von Gewerbe-, Handels- und landwirthschaftlichen Schulen seien zu erstreben. Nachdem demgegenüber Unterstaatssecretär Schraul die Entlastung der unteren Stufen der Grundsteuer und die Entlastung der Gemeinden von den Schullasten hingestellt hatte, erhielt Unterstaatssecretär Studt das Schlußwort. Er erörterte in sachlicher Weise die Maßregeln der Regierung. Polizeiliche Plackereien seien von seinem Programm ausgeschlossen, nur das Allgemeinwohl und die Sicherheit der deutschen Westmark kommen in Betracht. Nur dann sei eine Maßnahme ausgeführt worden, wenn die Regierung sich überzeugt habe, daß die Ausführung den Interessen des Landes und einer gutgesinnten Bevölkerung entspreche. Die jetzige Regierung müsse manches nachholen, was früher versäumt worden sei, werde sich aber stets von dem Grundsatze leiten lassen: Justitia est fundamentum regnorum. Damit war die erste Lesung des Etats beendet. — Die Verhaftungen des Apothekers Girard aus Schirmeck, eines bekannten Deutschenfeindes, und des Färbers Appel aus Straßburg, zeigen aufs neue, daß die französische Regierung Elsaß-Lothringen mit einem Spionennetz überzogen hat. Daß sie das Brieftaubenunwesen im Reichslande zur Ausnutzung im Kriegsfalle zu organisiren versuchte, hat schon der Proceß Cabannes enthüllt und wird voraussichtlich die Verhandlung gegen die beiden Letztverhafteten, welche durch Brieftaubenzüchtung im Dienste der französischen Regierung Landesverrath betrieben — noch eclatanter zeigen.

Frankreich.

L. **Paris,** 1. Febr. [Die Affaire Vigneau.] Die Erwägungsgründe des Pariser Cassationshofes in Sachen des ehemaligen Untersuchungsrichters Vigneau, über den nur, wie schon erwähnt, die einfache Censur verhängt wurde, lauten in der That äußerst gelinde, ja fast entschuldigend für den Gemaßregelten. Wegen der Diners im Restaurant, zu denen Vigneau den späteren Angeklagten Ribaudeau einlud, wird zugegeben, daß er vielleicht einer Nothwendigkeit gehorchte, indem er Ribaudeau abhielt, zwischen den zwei Verhören mit Wilson zu verkehren, und nur daß er sich an demselben Tische mit ihm niedersetzte, wird ihm als „gewissermaßen die richterliche Würde verletzend" zum Vorwurf gemacht. Noch mehr aber, heißt es dann weiter, verletzte er diese, als er am Vormittag des 7. Januar telephonisch ein Gespräch mit dem decorirten Zeugen Legrand anknüpfte, welcher glauben mußte, Wilson rede mit ihm. Bei dieser Gelegenheit erfuhr er allerdings so viel, daß er daraus auf die Nothwendigkeit schloß, strengere Saiten gegen Wilson aufzuziehen, aber sein Benehmen lief darum nicht minder der Pflicht und der Würde der Magistratsperson zuwider. Es müsse jedoch, liest man in dem dritten Erwägungsgrunde, darauf Rücksicht genommen werden, daß Vigneau in gutem Glauben handelte und seinen Vorgesetzten sein Thun nicht verheimlichte, daß er ferner während seiner langen Laufbahn eine unantastbare Rechtschaffenheit und Correctheit an den Tag gelegt hat, und daß er für seinen Verstoß schon durch die Absetzung als Untersuchungsrichter bestraft worden ist. — Dieses Schriftstück, das heute außer im „Journal officiel" auch von den meisten anderen Blättern vollinhaltlich oder im Auszuge veröffentlicht wird, diente den Gegnern Wilson's als neuer Anhaltspunkt für ihre Behauptung, daß Vigneau nach dem Gutachten des Cassationshofes selbst nur deshalb abgesetzt wurde, „weil er aus den Antworten Legrand's die Bestätigung seines Verdachts geschöpft und darauf auf die Nothwendigkeit geschlossen hatte, gegen den Angeklagten Wilson unmittelbar Maßregeln der Strenge zu ergreifen", d. h. ihn verhaften zu lassen. — Seit der Maßregelung Vigneau's werden heftige Angriffe gegen den General-Procurator Bouchez gerichtet, weil derselbe angeblich Wilson die Stange hält und Alles aufbietet, um seine Verhaftung zu verhindern. Nicht nur, so wird behauptet, beseitigte er Vigneau, als dieser Ernst machen wollte, sondern er trug auch zu dem Verschwinden von Schriftstücken bei, welche sich in dem Dossier der Ratazzi befinden, sollten namentlich einer Depesche Legrand's, in der von der Zahlung einer Summe von 3000 Franken die Rede war. Jetzt veröffentlichen mehrere radicale Blätter zugleich, offenbar um Herrn Bouchez in Mißcredit zu bringen, eine ausführliche Nachricht, derzufolge er, der auf einer der höchsten Stufen der Magistratur steht, Eigenthümer eines Hauses am Boulevard de Clichy ist, dessen Erdgeschoß und Entresol als Kneiplocal für das verrufenste Gesindel jener Gegend dienen.

Belgien.

[Vor dem Zuchtpolizeigericht in Brüssel] kam die Unterschlagung, welche eine junger Mensch Namens Adolph Baudet aus Molenbeeck verübte, bei der die Stadtverwaltung von Brüssel um bedeutende Summen geschädigt wurde, zur Verhandlung. Am 13. December vorigen Jahres war eine bei den Klassirungsarbeiten für die convertirten Stadtloose begangene Unterschlagung von Titeln im Werthe von 300000 Frcs. ruchbar geworden, die durch den als Hilfsarbeiter im Stadthause verwendeten Baudet begangen worden war. Entdeckt, wurde er nebst mehreren anderen Personen verhaftet, von denen aber schließlich nur Baudet's Mutter und seine Tante, geborene Delbove, in Haft behalten wurden. Letztere Beide, bei denen man den größten Theil der Werthe vorgefunden, waren der Hehlerei angeklagt. Ein äußerst zahlreiches Publikum hatte sich zu dieser Verhandlung eingefunden. Aus den Erklärungen des Staatsanwalts wie des Vertheidigers ergab sich, daß die Stadt für ihre Verluste, die übrigens nach Wiedererlangung eines großen Theiles der unterschlagenen Werthe nur eine mäßige Summe betragen, durch einen mit den Banken abgeschlossenen Vertrag gedeckt ist. Was Baudet betrifft, so suchte sein Vertheidiger unter Anführung mancherlei auffälliger Thatsachen aus dem Geistesleben des Angeklagten nachzuweisen, daß derselbe nicht recht gescheidt gewesen. Dieser Ansicht schloß sich das Gericht insofern an, als es beschloß, die Körper- und Geistesverfassung Baudet's durch die drei Gerichtsärzte prüfen zu lassen. Die Mutter und Tante Baudet's wurden freigesprochen.

Amerika.

[Dr. Asa Gray †.) In Newyork ist der berühmte Botaniker und Professor an der Harward-Universität, Dr. Asa Gray, gestorben. Derselbe war in Paris im Jahre 1810 geboren und studirte in Newyork Medicin. Er gab jedoch die ärztliche Praxis bald auf und widmete sich usschließlich botanischen Studien. Im Jahre 1842 wurde er zum Professor der Naturgeschichte an der Harward-Universität ernannt und 1878 zum Mitglied der Pariser Gesellschaft der Wissenschaften erwählt. Das erste größere Werk Gray's waren die 1836 zuerst herausgegebenen „Elemente der Botanik". 1838 begann er zusammen mit Dr. Torrey seine „Flora von Nordamerika". Sein letztes Werk war die 1884 erschienene „Synoptische Flora von Nordamerika". Dr. Asa Gray galt unbestritten für den größten Botaniker Amerikas.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 3. Februar.

Die Gesundheitsverhältnisse in Breslau während der Monate December 1887 und Januar 1888.

In den 8 Wochen vom 27. November 1887 bis zum 21. Januar 1888 starben in Breslau insgesammt 1291 Personen, von denen 352 (= 27 Procent) Kinder im ersten Lebensjahre waren. Es starben an acuten Erkrankungen der Luftwege (außer Diphtheritis) 145, an Lungenschwindsucht 139, an Diphtheritis 111, an acuten Magen- und Darmkrankheiten 76, an Unterleibstyphus und Keuchhusten je 7, an Scharlach 6, an Masern und Wochenbettfieber je 2.

Gemeldet wurden 318 Erkrankungen an Diphtheritis, von welchen die Oder-Vorstadt 103, die Schweidnitzer-Vorstadt 72, die Nicolai-Vorstadt 43, die Ohlauer-Vorstadt 34, die Sand-Vorstadt 33, die innere Stadt 30 und Auswärtige 3 betrafen. Warum die Oder-Vorstadt seit längerer Zeit so vorwiegend von Diphtheritis heimgesucht wird, ist vorläufig noch unerklärlich. Die Diphtheritis gehört keines-

---

Stadt-Theater.

Donnerstag, 2. Februar:
Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer.
„'s Nullerl."

Als Felix Schweighofer das letzte Mal in Breslau war, stellte sich ihm ein äußerst gefährlicher Gegner in den Weg: Ende Mai und Anfang Juni 1885 herrschte eine tropische Hitze; freilich überwand damals die Kunst Schweighofer's auch dieses stärkste Hinderniß eines guten Theaterbesuchs in einer für ihn höchst ehrenvollen Weise. Er vermochte noch kurz vor Schluß der Saison relativ gut besetzte Häuser zu erzielen. Diesmal nun fallen die erschwerenden Umstände weg; der von dem Breslauer Theaterpublikum hoch geschätzte Gast sieht sich von dem besten „Theaterwetter" begünstigt, und ein beinahe ausverkauftes Haus bereitete dem Künstler bei seinem ersten Auftreten einen glänzenden Triumph. Herr Schweighofer wurde durch zahlreiche Hervorrufe bei offener Scene und nach allen Actschlüssen ausgezeichnet. Die Rolle des Null-Anerl in J. Morre's Volksstück „'s Nullerl" hat dem Künstler bereits bei seinem letzten Gastspiel Gelegenheit gegeben, seine eminente schauspielerische Technik, seine bis ins kleinste Detail sich erstreckende Befähigung treffendster Charakteristik, seine durch den herzerquickendsten Humor zu wahrer Kunst geadelte vis comica in einer Weise zu bethätigen, die aufrichtige Bewunderung verdient. Schweighofer ist kein Parforcekomiker, der seine Erfolge nur auf virtuosenhaft herausgeputzte Aeußerlichkeiten der Darstellung gründet, sondern er gestaltet von Innen heraus; seine Figuren sind keine Puppen, die von der bloßen Bühnenroutine zehren und deren bester Theil komisch sein sollende Gliederverrenkungen sind; vielmehr sind sie Individuen von Fleisch und Blut, von überzeugendster Lebenswahrheit. Der Null-Anerl erscheint in der Gestalt, wie ihn uns Schweighofer vorführt, ohne Zwischenstation aus dem Dorfe, in welchem er als bemitleidenswerther „Einlieger", als der Elendesten Einer, von Hof zu Hof getrieben wird, um der Reihe nach bei den Bauern Speise und Obdach zu finden, auf die Bühne versetzt. Alt und schwach geworden, zu dem „alten Eisen" geworfen, fristet er ein jämmerliches Dasein. Aber der Künstler macht uns den Anblick des Elends erträglich, indem er diese Gestalt durch einen rührenden, ja stellenweise ergreifenden Humor verklärt. Wir haben Mitleid mit dem alten Manne, aber es thut uns wohl, in dieser verwitterten äußeren Hülle ein gesundes Gemüthsleben anzutreffen; und im Grunde ist der arme Alte doch nicht so eine Menschennull, als die er sich wie ein aus der menschlichen Gesellschaft halb Ausgestoßener vorkommt. Sein braves Herz treibt ihn an, sich zum Beschützer der Unglücklichen aufzuwerfen, zum Rächer niederträchtiger Bubenstücke; dadurch wird er, der schwache Greis, dennoch ein wichtiges Glied in der Kette der Wirnisse, die sich im Leben der Bauern des Dorfes, ihrer Söhne, Töchter und Knechte abspielen. An solchen Wirnissen fehlt es nicht in dem Morre'schen Volksstücke; „'s Nullerl" erscheint geradezu wie ein gedrängter Auszug aus der ganzen vorhandenen dramatischen Volksstück- und Hochgebirgslitteratur; die Conflicte, die wir sonst in den Stücken dieser Gattung einzeln behandelt sehen, finden sich hier gleichsam im Ramsch an den Mann gebracht und zu überaus starken Bühneneffecten ausgebeutet. Der geldstolze und dickschädlige Bauer, die reiche Bauerntochter, die einen armen Knecht liebt, der heimtückische Dorfintrigant, der zugleich verschmähter Liebhaber ist, der eifersüchtige Ehemann und der gnädige Herr vom Schloß ihm gegenüber, dazu eine bunte Reihe von Dorftypen der verschiedensten Art bis zum Dorftölpel und invaliden Gemeindediener herab, und alle diese Personen in immerwährender Bewegung und Gegenbewegung, wobei die stärksten Reibungen selbstverständlich sind, dazwischen ein wenig Zitherklang und Kunkelstubengesang — das die Elemente, aus denen ein Stück besteht, das Anzengruber einst für eins der besten Volksschauspiele erklärt haben soll. Wir wollen dem berühmten Landsmann Schweighofer's nicht widersprechen: genug, daß die Vorstellung des Schauspiels das Publikum zu dem lebhaftesten Beifall veranlaßte, der da, wo er an die Adresse des Gastes gerichtet war, enthusiastisch genannt werden durfte. Alle Mitwirkenden thaten ihr Redlichstes. Durch die plötzliche Erkrankung der Herren von Fischer und Bira hatten, wie ein Anschlag in den Corridoren verkündete, zwei Rollen in letzter Stunde umbesetzt werden müssen, ein mildernder Umstand für die Beurtheilung dessen, was etwa als weniger gelungen zu erachten war. Neben dem Gast müssen Frl. Jenke (wie früher im Besitz der Rolle der Bauerntochter Gabi), Fräul. Herz (Agerl), Herr Pfeil (Quarzhirn), Herr Jacobi (Großknecht Ruppert), Herr Thomas (Stoffel), Herr Will (Gemeindediener) ehrenvoll erwähnt werden. Als Magd Gretl war Frl. Ferenczi schauspielerisch ganz annehmbar, aber die dünne Stimme der Darstellerin störte den guten Eindruck ihres Spiels.

K. V.

Die Heerschaaren des Negus.*)

Der „König von Aethiopien", dessen Dynastie ihren Stammbaum bis auf Salomo und die Königin von Saba zurückführt, scheint wieder einmal Willens zu sein, der sündigen Welt ein Beispiel von der reinigenden Wirkung eines abessinischen Rachekrieges zu geben. Man möge dies den Abessiniern zu Gute halten, denn sie sind wunderliche Heilige. Wenn es irgendwo ein wirkliches „Götterasyl" giebt, ist es das afrikanische Alpenland, in welchem ein ganz eigenartiges Volk Jahrtausende hindurch seine Individualität zu erhalten wußte. Schon Homer pries die „glückseligen Aethiopier", und setzte hinzu, daß die Götter am liebsten bei ihnen verweilten, weil hier die fettesten Opfer gebracht würden. Das abessinische Christenthum, auf das sich der Negus und sein Volk so viel zu Gute thun, hat nicht verhindert, daß sich in die Zahl der wunderlichen Heiligen, welche die modernen Aethiopier verehren, einige seltene Exemplare eingeschlichen haben. Unter den vielen Kanonisirten (es giebt in Abessinien „Heilige für den Morgen" und „Nachmittagsheilige") befindet sich beispielsweise der Landpfleger Pontius Pilatus und der heidnische Donnergott Abo. Ein großer abessinischer Wundermacher, St. Tekla Haimanot, der gleichfalls zu den nationalen Heiligen zählt, hat es sogar vermocht, den Teufel zu bekehren und ihn zu einem vierjährigen Aufenthalt in einem Kloster zu vermögen . . . Die Geschichte ist gewiß selbst für den Belzebub zu stark, dem man zwar Vieles zumuthen darf, nicht aber die Fähigkeit, vier volle Jahre unter bornirten, faulen und unwissenden abessinischen Klostermönchen auszuharren.

Der König macht nach den neuesten Nachrichten jetzt wieder Miene, „die Italiener ins Meer" zu werfen. Dieselbe Prahlerei hatte sich vor genau zwanzig Jahren der Vorgänger des jetzigen Negus, Theodoros II., gegenüber den Engländern zu Schulden kommen lassen; gleichwohl weiß alle Welt, wie jener merkwürdige Zweikampf in dem großartigsten Hochlande, das der afrikanische Boden kennt, geendet, und wie es den Engländern unter Lord Napier gelang, mit nur 12 000 Mann Combattanten (darunter 4000 Europäer) bis ins Herz von Abessinien vorzudringen und die Katastrophe von Magdala herbeizuführen.

Seitdem hat freilich die Bewaffnung des abessinischen Heeres große Fortschritte gemacht. Zu fürchten sind aber die Abessinier nur in der Uebermacht oder als Vertheidiger ihrer wilden heimathlichen Hochländer — natürlichen Felsburgen, wie kein anderes Hochgebirge, vielleicht nicht einmal der Kaukasus, sie aufweist. So viel uns bekannt ist, konnte Abessinien niemals mehr als 100 000 bis 150 000 Mann in den Kampf führen, von denen jedoch mindestens zwei Drittel auf den Troß entfallen. Die Großen des Reiches führen — oder führten vielmehr in früheren Feldzügen — ihre Frauen und einen großen Troß von Knechten, Wasserträgern, Köchinnen und sonstiger Dienerschaft mit sich, die Soldaten ihre Diener und reich mit Kindern gesegneten „Mädchen".

Sogenannte „Waffengattungen" kennt die abessinische Armee nicht, die Reiterei nicht ausgenommen. Als vorzüglich gilt die Cavallerie aus Schoa. In schwarze Wollmäntel gehüllt, auf leichten, kräftigen, unbeschlagenen Pferden geritten, geben die Schoaner ein martialisches, halbwegs militärisches Bild ab. Sie führen meist nur kurze, breite Säbelmesser und Lanzen. Der Zug der Truppen, namentlich der des Armee-Trains, ist ordnungslos: ein buntes Durcheinander von Offizieren, gefolgt von Dienern und Wasserträgern, von schmutzigen Priestern, Soldaten, Lastträgern, Eseln und Packpferden, dazwischen schmucke, hochgeschürzte Köchinnen, das Attribut ihrer Kunst — den langen, stabartigen Kochlöffel — in der Hand, oder wie einen Säbel an der Seite tragend, auf dem Rücken einen Strohkorb als Vorrathskammer. Es folgt noch eine endlose Reihe von charakteristi-

*) Nachdruck verboten.

wegs zu den Krankheiten, welche, wie die Sommer-Diarrhöe, Recurrens und Flecktyphus, im Proletariate am meisten wüthen. Von der Stadt **Flensburg**, wo die Diphtheritis seit Jahren ebenfalls viele Opfer gefordert hat, berichtet **Bockendahl** ausdrücklich, daß vorwiegend der Stadttheil von ihr heimgesucht worden sei, in welcher die wohlhabendere Bevölkerung wohnt, welcher aber gleichzeitig die schlechtere Entwässerung besitzt.

Werfen wir einen Rückblick auf das gesammte Jahre 1887, so finden wir eine Sterblichkeit von 30 auf 1000 Einwohner, an welcher sich die Kinder im ersten Lebensjahre mit 34 pCt. betheiligten. Allein durch Diphtheritis waren 498 Todesfälle verursacht, 5 pCt. der Gesammtsterblichkeit! Wie gewaltig diese Krankheit angewachsen ist, lehrt die folgende Zusammenstellung. Es starben in Breslau an Diphtheritis in den Jahren 1874—1887 nach einander: 66, 127, 157, 155, 106, 105, 135, 158, 299, 323, 239, 218, 280, **498**.

Außerhalb Breslau ist besonders bemerkenswerth, daß in **Liegnitz** seit dem Beginn des Januar eine verhältnißmäßig bedeutende Epidemie von Unterleibstyphus herrscht. Der explosionsartige Ausbruch derselben läßt vermuthen, daß die Ursache in einer specifischen Verunreinigung der Trinkwasserleitung zu suchen ist.

Ferner wird aus **Süd-Amerika** (Chile) von einem stärkeren Auffackern der **Cholera** berichtet.

Eigenthümliche Erfahrungen sind im Jahre 1887 bezüglich der Impfung mit Kälberlymphe gemacht worden. In Elberfeld besteht seit Jahren ein sonst gut geleitetes und beaufsichtigtes Impfinstitut, welches einen ausgebreiteten Handel mit Thierlymphe treibt. Es sind nun an verschiedenen Orten in großer Zahl Kinder von einer fieberhaften ansteckenden Hautkrankheit befallen worden, welche mit Lymphe aus diesem Institute geimpft waren. Aehnliche Impf-Epidemien sind im Jahre 1885 auf der Insel Rügen und im Kreise Schlawe beobachtet worden. Diese Erkrankungen sind fast immer gutartig verlaufen, zeigen aber doch, daß auch die Gewinnung und Verwendung der Kälberlymphe der sorgfältigsten Controle unterworfen werden muß. J.

• **Der deutschconservative Localverein** hat in einer am 1. d. M. abgehaltenen Versammlung beschlossen, die Anfrage des Neuen Wahlvereins, ob der deutschconservative Localverein für die bevorstehenden Landtagswahlen an dem **Cartell** festhalten wolle, **bejahend** zu beantworten. Erwähnt sei, daß Herr Tapezierer Pfeiffer erklärte, die Handwerker (gemeint sind wohl die Breslauer Zünftler, die der Fahne des Herrn Weiß folgen) könnten sich für das Cartell **nicht** erwärmen, weil sie dabei zu kurz kämen; Vortheil davon hätten nur die Nationalliberalen, die, vom Standpunkte des Handwerkers aus, „mit den Socialdemokraten in einen Topf gehörten". Für den Anschluß an das Cartell sprach sich u. A. Herr Justizrath Zenker aus, der bekanntlich früher einmal, als die extrem Conservativen noch nichts von den Nationalliberalen wissen wollten, sagte: „Einer Candidatur Stöcker fliegt mein ganzes Herz zu". — Am Geburtstage des Kaisers wollen die Cartellparteien, wie im Vorjahre, wieder eine patriotische Feier veranstalten.

• **Bewegung der Bevölkerung.** In der Woche vom 22.—28. Januar c. fanden nach dem Wochenbericht des statistischen Amts der Stadt Breslau 55 Eheschließungen statt. In der Vorwoche wurden 214 Kinder geboren, davon waren 173 ehelich, 41 unehelich, 205 lebendgeboren (97 männlich, 108 weiblich), 9 todtgeboren (3 männlich, 6 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (excl. Todtgeborene) betrug 157 (mit Einschluß von 1 nachträglich aus Vorwochen gemeldeten). Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 47 (darunter 14 unehelich Geborene), von 1—5 Jahren 15, über 80 Jahre 4. — Es starben an Scharlach 1, an Masern und Rötheln —, an Rose —, an Diphtheritis 10, an Wochenbettfieber —, an Keuchhusten 1, an Unterleibstyphus 1, an Ruhr —, an Brechdurchfall 2, an anderen acuten Darm-Krankheiten 4, an Gehirnschlag 8, an Krämpfen 16, an anderen Krankheiten des Gehirns 14, an Bräune (Croup) 2, an Lungenschwindsucht 19, an Lungen- und Luftröhren-Entzündung 8, an anderen acuten Krankheiten der Athmungs-Organe 4, an anderen Krankheiten der Athmungs-Organe 17, an allen übrigen Krankheiten 49, in Folge von Verunglückung und nicht bestimmt festgestellter, gewaltsamer Einwirkung 1, in Folge von Selbstmord —. — Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kommen in der Berichtswoche: Gestorbene überhaupt 26,89, in der betreffenden Woche des Vorjahres 29,26, in der Vorwoche 27,57.

• **Temperatur. — Luftdruck. — Niederschläge.** In der Woche vom 22. bis 28. Januar c. betrug die mittlere Temperatur + 1,7° C., der mittlere Luftdruck 743,2 mm, die Höhe der Niederschläge 17,76 mm.

• **Polizeilich gemeldete Infectionskrankheiten.** In der Woche vom 22. bis 28. Januar c. wurden 53 Erkrankungsfälle gemeldet, und zwar erkrankten an Variolois —, an Diphtheritis 34, an Typhus abdom. 2, an Scharlach 13, an Masern 3, an Kindbettfieber 1.

K. V. **Der Portraitmaler O. Kreyher** hierselbst hat nunmehr auch das in unserer Besprechung des Portraits des Grafen Schaffgotsch-Warmbrunn erwähnte Bildniß der Gräfin Schaffgotsch in F. Karsch's Kunsthandlung zur Ausstellung gebracht. Alles, was wir bezüglich der Auffassung und der vollendeten technischen Durchführung des ersteren Gemäldes Rühmliches sagen konnten, das gilt auch von dem Bilde der Gräfin Schaffgotsch. Der Künstler stellt in demselben ein Muster dafür hin, wie man ein elegantes und vornehmes Damenportrait malen und sich doch von jener gefährlichen Grenze fern halten kann, an welcher Zartheit und Weichheit des Colorits in Süßlichkeit übergehen. Von besonderer Schönheit ist auf dem Gemälde wiederum das Incarnat; lebendig und sprechend ist der seelische Ausdruck in den Zügen. Vortrefflich sind die Hände modellirt, so daß es dem Künstler an dem verdienten Beifall nicht fehlen wird. Nur meinen wir, — und dies ist das einzige Bedenken, das die Betrachtung des Gemäldes in uns wachgerufen — daß der coloristischen Gesammtwirkung des Bildes eine andere Farbe des Kleides dienlicher gewesen wäre. Man muß zugeben, daß das weißseidene Kleid nebst seiner reichen Spitzengarnirung von dem Maler technisch untadelhaft wiedergegeben worden ist; aber um wieviel hätte das Gemälde als solches, um wieviel hätte der Kopf mit dem schönen blonden Haar, mit den ausdrucksvollen blauen Augen gewonnen, wenn der Künstler in Bezug auf die Toilette zu dunklen Farben hätte greifen und in den tiefen Tönen der Scala blau oder rothbraun oder andrer gesättigter Farben malen dürfen. Da indeß die Annahme naheliegt, daß der Portraitist sich hier den Wünschen der Auftraggeberin willfährig zeigen mußte, so ist dem Kritiker halb und halb das Recht verschränkt, mit dem Künstler über die Toilettenfrage zu rechten. — An beiden Gemälden kommt übrigens auch das Breslauer Kunstgewerbe in Betracht, insofern als die beiden prachtvollen Rahmen eine gediegene und werthvolle Holzschnitzarbeit repräsentiren. Die in Lindenholz ausgeführte Schnitzerei und die Vergoldung sind in der Rahmenfabrik der ausstellenden Kunsthandlung angefertigt worden.

—d. **Theilung von Stadtbezirken.** Durch die Zunahme der Bevölkerung und namentlich der armen in einzelnen Stadtbezirken sind die Geschäfte der betreffenden Bezirksvorsteher so angewachsen, daß sich eine Entlastung derselben als unabweislich herausgestellt hat. Es sollen deshalb die Bezirke 28, 48, 49, 68 und 109 in je 2 Bezirke A. und B. getheilt werden. Der Bezirk 28 A soll umfassen: Augustaplatz, Basteigasse, Ziegelgasse, Seminargasse 4—11 und Kirchstraße 7—24; Bezirk 28 B: Heiligegeiststraße und Münzstraße; Bezirk 48 A: Bismarckstraße 1—26, Ottostraße 1—15 und 2—20; Bezirk 48 B: Trebnitzerstraße 1—23 und 2—26, Ottostraße 17—37 und 22—48; Bezirk 39 A: Enderstraße 1—9 und Rosenstr.; Bezirk 49 B: Elbingstr. 1—11 und 2—28; Bezirk 68 A: Laurentiusstraße 1—22; Bezirk 68 B: Laurentiusstraße 23—26 und Kl. Scheitnigerstraße 25—39; Bezirk 109 A: Sedanstraße 1—17: Bezirk 109 B: Sedanstraße 18—35. Außerdem soll die Gr. Groschengasse, welche bisher dem überlasteten Bezirk 18 angehörte, zur Entlastung desselben dem 19. Stadtbezirk zugewiesen werden.

—d. **Bezirksverein für die Stadttheile südlich der Verbindungsbahn.** In der letzten im Locale des Herrn **Klemm** (Lohestraße 20) abgehaltenen Versammlung erstattete zunächst Ofenbaumeister **Fraas** Bericht über die vom Vereine veranstaltete Weihnachtsbescheerung. Es sind an Gegenständen und Geld 483 M. 86 Pf. zur Vertheilung gelangt. Es verblieb ein Bestand von 27 M. 94 Pf. Nach Ertheilung der Decharge für die gelegte Rechnung berichtete der Vorsitzende, Kaufmann und Stadtverordneter **Wienanz**, über die Verhandlungen, welche bezüglich des Umbaues der Verbindungsbahn gepflogen worden. Zum Schluß gab der Vorsitzende eine Uebersicht über den Stadthaushalts-Etat für 1888/89.

—d. **The English Club.** In der am 2. d. M. im Clublocal bei Paschke (Taschenstraße 21) abgehaltenen Generalversammlung wurden die Herren: Kaufmann **S. Troplowitz** zum Vorsitzenden, Kaufmann Heinrich **Nebel** zum stellvertretenden Vorsitzenden, Lehrer Alb. **Grosse** zum Schriftführer wieder- und Buchhalter **Lüder** zum Cassirer neugewählt. Der Bericht über die im vergangenen Jahre entwickelte Thätigkeit konnte dieselbe besonders für die Wintermonate als eine befriedigende bezeichnen. Die Kassenverhältnisse haben sich so günstig gestaltet, daß es möglich geworden ist, die monatlichen Beiträge wieder auf 1 Mark herabzusetzen.

≅ **Der Verein zur Beförderung des Handwerkes unter den Israeliten** hierselbst hat im vergangenen Jahre an 209 durchreisende Handwerksgehilfen 227 Mark 60 Pf. als Viaticum vertheilt, er hat ferner hiesigen Kleinmeistern bei augenblicklich eingetretener Noth Unterstützungen im Betrage von 118 Mark gewährt. Auch sind noch an 10 hiesige Meister zinsfreie Darlehen in einer Gesammtsumme von 365 Mark ausgeliehen worden, und schließlich sind an Gewerbeschüler und an Lehrlinge 172 Mark in monatlichen Raten als Unterstützungen gegeben worden.

ββ **Ledermarkt.** Der am 12. März cr. stattfindende Lätare-Ledermarkt wird, wie vom Magistrat beschlossen worden ist, wieder in der alten Turnhalle, Berlinerplatz Nr. 2, abgehalten werden.

Z. **Vom Hochgebirge.** Nach den neuesten Nachrichten vom Hochgebirge ist in Folge starken Frostes in der Nacht zu Donnerstag der Schnee fest gefroren, so daß die Wege gut gangbar sind. Aus diesem Grunde wird die von mehreren Mitgliedern des Hirschberger Männer-Turnvereins und der Hirschberger Section des Riesengebirgsvereins projectirte Koppenpartie am nächsten Sonntage unternommen werden.

+ **Unglücksfall.** Am 2. Februar Abends stürzte der Arbeiter Carl Anwand von der Berlinerstraße beim Tragen eines mit Steinkohlen gefüllten schweren Sackes so unglücklich zu Boden, daß er einen Bruch der linken Kniescheibe erlitt. Der Verunglückte fand Aufnahme im Allerheiligen-Hospitale.

+ **Verhaftung.** Der Betrüger August Hornig, über dessen unerhörte Schwindeleien wir in den letzten Tagen berichtet haben, ist gestern in Striegau verhaftet worden.

+ **Zur Ermittelung.** Seit dem 12. Januar befindet sich in Blankenese ein Mann in Haft, welcher Taubstummheit simulirt, um sich dadurch der Auskunft über seine jedenfalls nicht vorwurfsfreie Vergangenheit zu entziehen. Seine Photographie liegt im hiesigen Polizei-Präsidium (Bureau Nr. 5) zur Ansicht aus, damit seine Personalien ermittelt werden.

+ **Festgenommen** wurde ein schon mehrfach wegen Diebstahls vorbestrafter Arbeiter, welcher am 1. Februar Abends in einem Hause auf der Matthiasstraße ein „M. W. 2900" gezeichnetes Collo mit Zuckerwaaren gestohlen hatte.

+ **Polizeiliche Meldungen.** Gestohlen wurde einem Schulknaben vom Schweidnitzer Stadtgraben ein neuer schwarzer Düffelüberzieher.

□ **Sprottau**, 2. Febr. [Bestätigung.] Die Wahl des Mühlenbesitzers und Rathsherrn Aug. Grätz zum unbesoldeten Beigeordneten der Stadt Sprottau ist von dem Regierungspräsidenten Prinzen Handjery bestätigt worden.

r. **Neumarkt**, 31. Jan. [Landwirthschaftlicher Verein.] In der zu Ende voriger Woche stattgehabten Sitzung des hiesigen landwirthschaftlichen Vereins widmete der Vereins-Vorsitzende, Rittmeister von Spiegel-Wültschkau, dem kürzlich verstorbenen Vorstandsmitgliede, Rittergutsbesitzer Wuthe-Jerschendorf einen ehrenden Nachruf, in dem er die Verdienste hervorhob, welche sich der Verstorbene um den Verein während einer langen Reihe von Jahren erworben hat. Demnächst wurde nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung der Beschluß gefaßt, daß der Verein sich an dem Garantiefonds für die seitens der deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft projectirte allgemeine landwirthschaftliche Ausstellung in Breslau durch Zeichnung eines Garantiebetrages in Höhe von 500 Mark betheilige. Hierauf hielt Professor Dr. von Miaskowsky aus Breslau einen längeren Vortrag über das landwirthschaftliche Genossenschaftswesen.

• **Altwasser**, 3. Febr. [Entgleisung.] Am Mittwoch Vormittag entgleisten, dem „Gebirgs-Courier" zufolge, in der Nähe des „Ernestinenhofes" mehrere Wagen eines Kohlenzuges. Eine Verkehrsstörung ist dadurch jedoch nicht entstanden, da das Hinderniß in kürzester Zeit beseitigt wurde.

≈ **Jauer**, 3. Febr. [Eisenbahnsache. — Vortrag.] Rittmeister Wuthe, Landtags-Abgeordneter für den Wahlkreis Jauer-Bolkenhain-Landeshut hat kürzlich längere Zeit im Eisenbahn-Ministerium in Betreff der Bahnstrecke Jauer-Weidenpetersdorf conferirt und ist gestern in dieser Angelegenheit vom Eisenbahn-Minister Maybach in Audienz empfangen worden. — Gestern hielt Rector Petzhold im kaufmännischen Verein einen Vortrag über das Thema: „Die allgemeinen schöpferischen und schützenden Kräfte des Erwerbslebens."

r **Namslau**, 2. Februar. [Schuhmacher-Innung. — Theater.] Die hiesige Schuhmacher-Innung wird zu Johanni d. J. das Fest ihres 300jährigen Bestehens feiern und trifft für dasselbe bereits Vorkehrungen. Die Ortskrankenkasse der Schuhmacher zählte am Schlusse des Jahres 1886 88 Mitglieder, am Schlusse des Jahres 1887 83 Mitglieder. Die Einnahmen dieser Kasse betrugen im Jahre 1887 557,09 M.; die Ausgaben dagegen 474,06 M.; der Bestand von 83,03 M., ist dem Reservefonds zugeschrieben worden, der dadurch auf 89,18 M. gewachsen ist. — Der Theater-Director Ernst Dittrich hat am Sonntage hier im Saale des Grimm'schen Hotels einen Cyclus von 10 Theatervorstellungen eröffnet. Die Leistungen der Bühnenmitglieder erfreuen sich allgemeinen Beifalls.

—r. **Kreuzendorf, Kr. Namslau**, 1. Februar. [Leichenbegängniß.] Der hier am 24. Januar verstorbene Geistliche Rath und Erzpriester Herr Franz **Hertel** war am 28. September 1803 in Oppeln geboren und wurde am 31. Mai 1828 zum Priester geweiht. Zuerst war er in Namslau als Caplan angestellt, wurde dann Pfarrer in Reichthal, im Jahre 1849 Pfarrer hierorts und beging am 5. Juni 1878 sein 50jähriges Priesterjubiläum. Die Beerdigung des Verstorbenen fand hier am 28. v. M.

---

schen Typen: voran der Patriarch auf stattlichem Maulthier mit klimperndem Tand und weithin vernehmbaren Glöckchen. Das Oberhaupt der abessinischen Kirche ist in ein blaues Tuchgewand gehüllt und darüber hat es einen rothausgeschlagenen Burnus geworfen, den Kopf bedeckt ein kleiner schwarzer Turban. Dem Patriarchen folgen Eunuchen und Soldaten, in ihrer Mitte die trefflich berittene Königin. Sie ist in einen eng anliegenden blauen Sammtmantel gehüllt, welchen reiche Silberstickereien und kleine Glöckchen zieren. Ohne Glockengeklingel scheinen die vornehmen Abessinier nicht bestehen zu können. Es folgen Tragthiere, keuchend unter schweren Ledersäcken, dann das ehrwürdige Haupt der geistlichen Congregationen in weißem Gewande und Turban, mit einem ungeheueren indischen Regenschirm. Es fehlt ihm nicht an standesgemäßer Begleitung, wenn auch die um ihn versammelten vermummten heiligen Männer einen drolligen Eindruck machen mögen. Dazu gesellen sich Klosterbrüder mit schwefelgelben Mützen, in Leder gekleidete Schoaner, Alle mit dem unvermeidlichen Fliegenwedel aus Pferdehaaren oder Kuhschwänzen.

Nun wird der Heereszug phantastischer. Auf vergoldeten Thronsesseln ruhen die Gesetzestafeln Mosis; ihnen voran schreitet ein Mönch, ein Glöcklein läutend. Und was folgt, ist noch seltsamer: Ein veritabler Hahn — fett und gemästet, aber zum Cölibat verurtheilt, „damit er den Morgen möglichst spät anfinge und die würdigen Herren nicht zu früh aus dem noch nicht ganz überwundenen Abendrausch zum Gebet rufe" . . . Noch aber ist damit der ungeheure Zug nicht zu Ende. Man sieht Verwundete und Kranke auf Bahren, von keuchenden Dienern geschleppt; ferner halbnackte, in Holzgabeln gezwängte Gefangene, Mütter mit schreienden Kindern oder neugeborenen Säuglingen auf dem Rücken, Verbrecher, Staatsgefangene u. s. w. . . . Der König selber soll sich nach uralter Gepflogenheit immer an der Spitze des Zuges befinden; in einem großen, entscheidenden Kriege ist seine Anwesenheit bei der Armee unerläßlich. Er erscheint mit Vorliebe in vollem Ornate, der ganz geeignet ist, der Würde der Majestät besonderen Ausdruck zu geben. Die dreifache Tiara, einst Abzeichen des „Abuna" (Patriarchen), ist seit Theodoros im Besitze des Königs; die purpurnen Gewänder sind reich mit silbernen Buckeln verziert; der Schild ist mit schwarzem Sammt überzogen und mit getriebenen Goldblechen beschlagen.

Von den kriegerischen Tugenden des Negus hat man bisher nichts gehört. Er hat wiederholt gegen seine Nachbarn, zumal die Egypter, Krieg geführt, aber von persönlichen Thaten des äthiopischen „Königs der Könige" (Negust Negest) hat man nichts vernommen. Mit Theodoros war dies anders; er war der bravouröseste Reiter und der beste Schütze; im Kampfe ging er seinen Leuten immer mit gutem Beispiele voran, und man darf wohl sagen, daß er der Tapferste in seiner Armee war. Ein Charakterzug aller abessinischen Herrscher ist ihr grenzenloser Hochmuth und das Gefühl der Verachtung gegenüber allen Fremden, das sie beherrscht. Es giebt keinen „exotischen" Herrscher, mit dem auszukommen es so schwer fiele, und mit dem zu verkehren so viele Gefahren in sich schließt, als es bei dem Negus der Fall ist. Selbst Träger politischer Missionen riskiren wie Gefangene gehalten zu werden und mancherlei Demüthigungen über sich ergehen lassen zu müssen. Von Theodoros wird erzählt, daß ihm einst ein Missionär ein Stereoskop zum Geschenke machte. Der König betrachtete mit großem Wohlgefallen das Panorama von Jerusalem . . . „Was ist das?" fragte er plötzlich. . . . . „Die Moschee Omars." . . . „Eine Moschee in Jerusalem? Doch ja, es wird schon so sein; Jerusalem gehört den Türken." . . . Dann warf er das Stereoskop mit unbändiger Wuth zur Erde und erging sich in Schmähungen auf das „christliche Europa", das solche Schmach dulde. Ein anderes Mal meinte der Negus: „Ich weiß nicht, weshalb mir meine lieben Vettern Napoleon und Victoria solche Kerle (den französischen und englischen Consul) geschickt haben; der Franzose ist ein Narr, der Engländer ein Esel."

Charakteristisch für die meisten abessinischen Könige ist deren Empfindlichkeit im Verkehr mit ausländischen Regierungen. Man wird sich erinnern, daß die eigentliche Ursache des Zerwürfnisses, das zu dem englisch-abessinischen Kriege führte, ein seitens Englands unbeantworteter Brief des Negus Theodoros war. Besonders stolz waren stets die äthiopischen Herrscher auf ihren Stammbaum. Eine alte Reichschronik will wissen, daß in derselben Zeit, da David in Israel herrschte, ein König gleichen Namens das Scepter von Abessinien führte. Die Erbin dieses fabelhaften Königs war dessen Tochter Maketa (Negessa Aziab). Diese beiden Persönlichkeiten reichen also noch über die sabäisch-salomonische Dynastie, welche officiell als Ursprung des alten abessinischen Königshauses angenommen wird, hinaus. Als Gründer des letzteren wird Menelek Ibn Haken angegeben. Er soll der Sohn Salomo's und der Königin von Saba gewesen sein. Von diesem Ibn Haken bis Christi Geburt zählt man dreißig Könige; da Salomo im neunten Jahrhundert vor Christo regierte, hätte jeder jener abessinischen Könige durchschnittlich dreißig Jahre regiert. Was die Einführung des Christenthums in Abessinien anbetrifft, wird der Zeitpunkt desselben verschieden angegeben; bald die Mitte des dritten Jahrhunderts, bald die Mitte des vierten Jahrhunderts.

Das Christenthum erlebte aber auch zeitweilige Unterbrechung. Im zehnten Jahrhundert usurpirte eine Jüdin den abessinischen Thron, dessen Inhaber (König Delnad) nach Schoa verjagt wurde. Das Zwischenreich währte im Ganzen 350 Jahre, woraus sich auch die große Zahl der in Abessinien heimischen Juden erklärt. Diese selber wollen wissen, daß der Mosaismus in der ganzen langen Zeit von der Gründung der salomonisch-hebräischen Dynastie bis zur Einführung des Christenthums — also gut zwölf Jahrhunderte hindurch — das herrschende Glaubensbekenntniß in Abessinien war. Wenn dem so sein sollte, war der abessinische Mosaismus gewiß so verderbt, wie das nachmalige und derzeitige äthiopische „Christenthum". Uebrigens haben die letzten abessinischen Könige durchaus keinen Grund, auf ihren Stammbaum stolz zu sein. Der Königsthron ist uralt, eine einheitliche Dynastie in ungeschmälerter Continuität besteht aber nicht. Die erste Unterbrechung erfuhr dieselbe durch das dreihundertfünfzigjährige jüdische Zwischenreich; nach dessen Verdrängung „soll" wieder ein Delnad (von der Familie, die seinerzeit vertrieben wurde) auf den Thron gelangt sein. Ueber die Reinblütigkeit dieses Sprossen sind wohl gerechte Zweifel erlaubt (ähnlich wie bei dem bekannten Tirnowaer Advokaten, der kürzlich nachzuweisen suchte, daß in seinen Adern das Blut der bulgarischen Königsdynastie der Arseniden fließe). Im zweiten Jahrzehnt des sechzehnten Jahrhunderts überfluthete eine mohamedanische Invasion unter Mohamed Granjeh das Reich; dann traten wieder — dritthalb Jahrhunderte lang — die Nachkommen Delnad's als Könige auf, bis 1769 die Herrschaft auf den Negus Johannes I. überging. Da dieser ein Sohn des „Negus" Joas war, ist unaufgeklärt, ob dieser letztere ein Glied der Delnads oder ein abessinischer Theilfürst war. Solcher Theilfürsten gab es zu Zeiten ein Dutzend; die vornehmsten waren jene von Tigre, Amhara, Schoa, Kaffa, Enarea, Guarague und Kambuat. Der jetzige Negus ist ein Tigreaner.

Die alte äthiopische Königsstadt war Aksum; sie liegt malerisch in einem Walde von Juniperusbäumen und kolossalen Feigenbäumen, und dazwischen sieht man Mauern, Obelisken, Kirchen und Strohdächer. Doch ist Aksums Glanz längst dahin; seine Königsburg ist verfallen und seine Obelisken sind zusammengebrochen. Die Krönungskirche der „Nachkommen Salomo's und der Königin von Saba", auf deren goldenen Perron die schöne Judith als kühne Eroberin ihren Fuß gesetzt hatte, so daß eine mirakulöse Spur zurückblieb, wurde in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts durch den Adail-Fürsten Mohamed Granjeh dem Erdboden gleich gemacht. Dicht neben Aksum liegt Adua (Adowa), die heutige Residenz der Fürsten von Tigre. Bei diesem Anlasse möchten wir bemerken, daß der Name „Abessinien" im Lande selbst unbekannt ist; wahrscheinlich haben wir es hier mit einer Corrumpirung des arabischen „Habascha" — aus welchem Namen das gleichfalls verderbte „Habrsch" hervorgegangen zu sein scheint — zu thun. Die Abessinier selbst nennen sich „Eingeborene von Ityopya". Die alte Sprache der Abessinier ist das sogenannte „Aethiopische" (Geez), die nächste Verwandte des in Inschriften gefundenen Himjarischen (Südarabischen). Sie ist übrigens heute eine todte Sprache und fristet nur in den Kirchenbüchern ihr Dasein. Auch verwandt mit dem Geez ist das heutige „Tigre", die Sprache der Nordabessinier, und das „Tigrana"; beide Idiome sind offenbar Töchter der Ursprache.

A. v. Schweiger-Lerchenfeld.

statt. Der prächtig geschmückte Sarg war bereits am Tage vorher in das nahe Gotteshaus getragen worden. Die Trauerfeier begann um 10 Uhr früh; ihr wohnten 21 Geistliche bei. Nachdem sie das Officium defunctorum gesungen und Herr Pfarrer Tschirner-Reichthal eine Leichenrede in polnischer Sprache gehalten, celebrirte Herr Erzpriester Zajadacz-Trembatschau das Requiem, worauf Herr Erzpriester Miecliwinc-Namslau eine deutsche Predigt hielt. Darauf ward der blumenbedeckte Sarg unter Gesang und Glockengeläut nach dem Friedhofe gebracht. Am Grabe sprach noch der aus Deutsch-Piekar hierhergeeilte Fürstbischöfliche Commissarius Herr Merlich.

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8 **Breslau,** 3. Februar. [Oberlandesgericht. — IV. Civilsenat. — Die Berieselungsanlagen in ihrer Einwirkung auf das Brunnenwasser zu Oswitz.] Wie wir bereits in früheren Referaten mittheilten, hat der Gastwirth **Paul Rother** zu Oswitz, der Besitzer des Kretschams, im Jahre 1886 gegen die Stadtgemeinde Breslau Klage erhoben, weil nach seiner Behauptung in Folge des durch den Untergrund zuströmenden Berieselungswassers das Wasser in dem in seinem Grundstücke befindlichen Brunnen so bedeutend verschlechtert worden sei, daß es weder für menschlichen Genuß brauchbar, noch auch zu Brennereizwecken verwendbar ist; vorher habe aber das Wasser seit mindestens 80 Jahren als gutes Brunnenwasser gegolten und es sei ununterbrochen sowohl als Trinkwasser, wie auch für den Betrieb der Brennerei benützt worden.

Die Beklagte hatte, gestützt auf die in ihren Acten niedergelegten Ergebnisse der chemischen Untersuchungen, welche in Oswitz betreffs des Untergrundes und des Brunnenwassers seit 1878 vorgenommen worden waren und welche ergaben, daß eine Verschlechterung des Wassers nicht stattgefunden habe, die Abweisung des Klägers beantragt.

Die II. Civilkammer, welche in der Sache zu entscheiden hatte, beschloß zunächst die Einforderung von Gutachten des Herrn Professors Dr. **Gscheidlen** und des Herrn Dr. **Hulwa**, und zwar sollten sich die Sachverständigen über folgende Fragen äußern: „ob das Wasser des betreffenden Brunnens vor der Errichtung der Rieselfelder gesund gewesen ist, oder ob die nach den Acten des Magistrats darin gefundenen Beimischungen von Chlor, salpetriger Säure und Ammoniak für das Gegentheil sprechen".

Die Sachverständigen gelangten zu der Ansicht, es sei eine Verschlechterung des Wassers durch die Berieselung nicht eingetreten, als Beweis hierfür führte besonders Professor Dr. **Gscheidlen**, der Vorsteher des städtischen Gesundheitsamts, an, es enthalte das Wasser des klägerischen Brunnens mehr Chlorgehalt, als das Wasser des Schutzgrabens der Rieselfelder, auch stehe das Wasser im Brunnen beständig höher, als dasjenige des Schutzgrabens, der letztere Umstand sei ein strikter Beweis dafür, daß ein Zufließen des Rieselwassers durch den Untergrund nicht stattfinde.

Die II. Civilkammer hat auf Grund der Sachverständigen-Gutachten den Kläger mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen.

Gegen dieses abweisende Erkenntniß hat Kläger die Berufung beim Oberlandesgerichte eingelegt. In früheren Terminen waren die gegenseitigen Behauptungen aufs Neue zum Vortrag gelangt, es sollte heute Mittag 12½ Uhr die Publication des Urtheils stattfinden.

Nachdem die übrigen auf der Terminrolle stehenden Sachen erledigt waren, verkündete der Vorsitzende der IV. Civilkammer, Senatspräsident **von Rocholl**, es sei die Publikation des Urtheils bereits am 31. Januar erfolgt, weil für heute ein Mitglied des Beschlußcollegiums am Erscheinen verhindert wäre.

Das Urtheil, welches wir uns seitens der Parteien verschafften, lautet folgendermaßen: „Es sei der Professor der Hygiene, Dr. **Hügge**, und ein vom Minister zu bestellender Culturtechniker darüber zu hören, ob Rieselwässer in den Brunnen des Klägers eindringen und denselben verunreinigen." Wie der Vorsitzende ausdrücklich hinzufügte, ist dieser Beschluß gefaßt worden, um zu verhüten, daß das Reichsgericht hinterher erkläre, es sei in einer so wichtigen Sache die Beweiserhebung nicht hinreichend erschöpft worden.

Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

Reichstag.

* **Berlin,** 3. Februar. Im Reichstag wurde heute die Berathung über den Antrag der Cartellparteien auf Verlängerung der Legislaturperioden vor mäßig besuchtem Hause fortgesetzt. Als erster Redner unterzog der Abgeordnete Richter den Antrag und im Besonderen die Haltung der Nationalliberalen in dieser Frage einer scharfen Kritik. Die nahezu zweistündige Rede des freisinnigen Führers war seit geraumer Zeit seine erste größere Rede und wird voraussichtlich vorläufig die letzte sein, da seine Wahl wegen des gesetzwidrigen Verfahrens der Behörden in seinem Wahlkreis für ungültig erklärt werden wird. Er betonte, daß die dreijährige Legislaturperiode von der Krone in Preußen vorgeschlagen und selbst von der Landrathskammer nicht angetastet worden sei. Heute müsse jedes Recht des Volkes gewahrt werden. Viel zeitgemäßer wären Gesetze zum Schutz des geheimen Wahlrechts und gegen die Wahlbeeinflussungen, über die Herr von Bennigsen sich ausgeschwiegen hätte. Allerdings sei diesmal seine Partei dadurch gefördert. Wahlmüde sei das Volk nicht, eher steuermüde und militärmüde. Nicht die kurze Legislaturperiode verschulde den Mangel an tüchtigen Reichstagscandidaten, sondern die Diätenlosigkeit, die sich gerade bei fünfjähriger Dauer der Legislaturperiode noch empfindlicher geltend machen würde. Die Verbitterung bei den Wahlen sei hauptsächlich der Sucht der Cartellparteien zuzuschreiben, die Gegner als Reichsfeinde zu brandmarken, und der Beeinflussung der Behörden, die Bennigsen selbst 1881 beklagt habe. Im Namen der Socialdemokraten erklärte der Abgeordnete Singer, daß er nach dem Programm seiner Partei nicht für eine Verlängerung, wohl aber für eine Verkürzung der Legislaturperioden sei. Für die Socialdemokraten sei der Wahltag ein Feiertag, ein Tag der Gleichheit, wo Fürsten und Knechte gleichberechtigt an der Wahlurne erschienen. Der Abgeordnete Windthorst, der heute noch einmal das Wort ergriff, verwahrte sich gegen die Ausführungen des Herrn von Bennigsen, dessen Erklärung für Aufrechterhaltung des allgemeinen gleichen und directen Wahlrechts er mit Dank quittirte, und erinnerte an die Erklärungen des Herrn von Puttkamer, nach welchen die Regierungen dieses Recht anzutasten schienen. Herr von Bennigsen wies in einer persönlichen Bemerkung den Vorwurf des Abgeordneten Richter zurück, daß er die Stöcker'sche Partei stütze. Er sei nur für ein Liebeswerk, das Mitglieder aller kirchlichen Richtungen unterstützten und allen Großstädten zu Gute käme, als kirchlich und politisch Liberaler seinerseits eingetreten. Das Schlußwort hatte der conservative Antragsteller v. Helldorff. Ein Antrag des Abgeordneten Kräcker auf Verweisung in eine Commission von 21 Mitgliedern wurde abgelehnt, die zweite Berathung wird also im Plenum stattfinden. Morgen findet noch nicht, wie vielfach angenommen wurde, die Berathung der Militärvorlage und des Anleihegesetzes statt, sondern eine Reihe kleinerer Gesetzentwürfe und die weitere Etatsberathung werden die Sitzung ausfüllen.

28. Sitzung vom 3. Februar.

1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. **Bötticher**.

Die erste Berathung über die Einführung der fünfjährigen Legislaturperiode wird fortgesetzt.

Abg. **Richter**: Graf Behr stellt die dreijährige Legislaturperiode fast wie ein Stück des socialistischen Programms und unsere Vertretung derselben als den Ausdruck einer Ideengemeinschaft zwischen Freisinn und Socialismus dar. Aber sie besteht in Preußen, so lange es eine Verfassung hat. Die Krone selbst hat sie vorgeschlagen und selbst die Landrathskammer hat sie nicht fortrevidirt. Sie stand auch von vornherein in der Verfassung des norddeutschen Bundes und 1867 stimmte Bennigsen mit Bebel gegen die fünfjährige Dauer und Gneist und Miquel sprachen für die dreijährige nicht aus Rücksicht auf die Uebergangsverhältnisse aus dem preußischen Staatswesen zum Reich. Ihre Gründe haben auch heute noch ihre volle Bedeutung. Ich werfe Niemand Gesinnungslosigkeit vor, wenn er seitdem eine andere Ansicht erhalten hat. Es können Erfahrungen gemacht sein, welche diese Aenderung rechtfertigen. Es frägt sich nur, welcher Art diese Erfahrungen sind. Die Fortschrittspartei hat gegen die Reichsverfassung gestimmt, weil jener Abbruch an dem constitutionellen Recht der Einzelstaaten durch die Constituirung des norddeutschen Bundes nicht nothwendig gewesen ist, und Fürst Bismarck hat später selbst erklärt, daß er unter Umständen auch größere freiheitliche Rechte concedirt hätte. Den Liberalen, die damals für die Verfassung des norddeutschen Bundes gestimmt haben, mache ich ja deshalb durchaus keinen Vorwurf. Wenn man heute aber ein Volksrecht aufgiebt, so kann man nicht mehr die Gründe anführen, wie damals. Die Regierung verlangt es nicht, ja, es wird ihr dieser Antrag aus der Initiative des Reichstages auf dem Präsentirteller entgegengebracht. Jene Liberalen stimmten für die Verfassung in der Annahme, daß, wenn erst das Dach der Einheit geschaffen sei, der innere freiheitliche Ausbau im Bunde nicht ausbleiben werde. Man hat sich damit getröstet, daß die Einschränkungen parlamentarischer Rechte in Bezug auf das Militärwesen nur für eine Uebergangszeit gelten sollten. Indessen haben sie sich in dieser oder jener Gestalt wiederholt. Der erste Versuch der Festellung einer Verantwortlichkeit des Kanzlers scheiterte schon 1867. Das Stellvertretungsgesetz, an das man in dieser Richtung große Erwartungen knüpfte, hat gerade die Stellung des Kanzlers noch mächtiger werden lassen. Alle Steuergesetze, alle organischen Gesetze haben thatsächlich den Machtbereich der Reichsregierung erweitert. Der Versuch, eine jährliche Stenerbewilligung einzuführen, ist gescheitert. Von einer Verantwortlichkeit des Reichskanzlers dem Reichstage gegenüber ist thatsächlich so wenig zu merken, daß man fragen könnte, ob nicht eher der Reichstag dem Reichskanzler verantwortlich sei, als der Reichskanzler dem Reichstage. Herr von Bennigsen hält diese parlamentarischen constitutionellen Zustände keineswegs für ideal. Der Reichstag müsse im Laufe der Zeit dahin kommen, eine seiner Bedeutung und Würde angemessene Stellung zu erhalten, ebenbürtig den anderen Factoren. Dann würde die Frage, ob drei- oder fünfjährige Wahlperioden, eine sehr geringe Bedeutung haben. Ja, wenn man dahin gelangt ist! Keinerlei Vorschläge macht er in Bezug auf die Aenderung der Verfassung, um dahin zu gelangen. Dieser oratorisch schöne Schlußeffect seiner Rede erinnert an den nicht minder schönen Schluß von Miquel's großer Steuerrede in der vorigen Session, in der er als Zukunftsperspective die Verwendung der Mittel der Wohlhabenden zur Entlastung der Armen entwickelte. Dies sagte er anläßlich eines Gesetzes, das 150 Millionen Mark Steuern wesentlich den minder wohlhabenden Klassen auflegte. Herr v. Bennigsen hat sich auf die Erfahrungen in anderen Staaten berufen, aber an anderer Stelle einen solchen Vergleich nicht zugelassen. Denn die Krone sei dort herabgedrückt zu dem Tüpfel auf dem i, während sie bei uns eine selbstständige Bedeutung gegenüber dem Reichstag habe. Aber aus den für uns nicht passenden Verfassungssystemen sucht man für uns gerade das heraus, was die Executive noch weiter störkt. Worin bestehen denn nun die Nachtheile der dreijährigen Wahlperiode? Graf Behr sagt: „Die Wahlen kosten Zeit und Geld." Nun das Parlament kostet auch Zeit und Geld und die Dynastie kostet auch Geld. Dies Argument der Conservativen von ehemals sollte doch heute nicht mehr gebraucht werden. Aus seiner Erfahrung in Pommern erzählt er, bei einer Wahl in Greifswald sei es sogar vorgekommen, daß jeder Tagelöhner auf dem Lande unter seiner Adresse aus Berlin einen fortschrittlichen Stimmzettel und ein fortschrittliches Flugblatt erhalten habe. Nun, ich war der Attentäter. Anderswo, z. B. in Berlin, werden jedem Wähler von jeder Partei unter seinem Namen Stimmzettel und Flugblätter sogar wiederholt zugesandt, und die Stöcker'schen sind uns darin über. In Pommern liegen zahlreiche große Güter zusammen und da wird es schon als Felonie angesehen, wenn ein einzelner Stimmzettel anders lautet, als der gnädige Herr will. Die Leute sind gewohnt, ihre Stimmzettel vom Gutsverwalter in Empfang zu nehmen und haben ihn dann einfach in der Schulstube abzugeben. Wehe, wenn sich dort ein Colporteur mit Flugschriften sehen ließ! Das einzige Gedruckte, was die Leute lesen dürfen, ist das Kreisblatt. Wie groß muß da also der Eindruck gewesen sein, als der kaiserliche Postbeamte — der Briefträger — von einer Tagelöhnerwohnung zur andern ging und Briefe mit Stimmzetteln abgab! Sie sehen, daß Graf Behr heute noch unter dem Eindruck dieses schrecklichen Ereignisses steht. (Heiterkeit.) Und dabei ist das noch passirt aus Anlaß einer bloßen Ersatzwahl. Sodann ist gesprochen worden von der zunehmenden Verhetzung und Erbitterung bei den Wahlen, und beim Mangel localer Candidaten genüge schon die Empfehlung von Parteichefs für auswärtige, sonst im Wahlkreise nicht bekannte Candidaten. Der Grund dafür ist in Wahrheit Diätenlosigkeit. Schon Miquel sagte im constituirenden Reichstage, daß langausgedehnte Wahlperioden das Uebel der Diätenlosigkeit progressiv verstärken. Mancher würde auf 3 Jahre ein Mandat annehmen, der es für 5 Jahre ablehnen muß. Besonders in Süddeutschland würde man bei fünfjährigen Wahlperioden den Candidatenmangel bei Diätenlosigkeit noch viel schärfer empfinden, als es heute schon der Fall ist. Eine Verlängerung der Wahlfrist ohne Diäten würde die Zahl der Berliner im Reichstage und die der Berufsparlamentarier noch vermehren, was Graf Behr doch vermeiden will. Die Erscheinungen bei den Wahlen, die Herr v. Bennigsen tadelt, treten nur bei den Reichstagswahlen hervor, nicht aber auch bei den Landtagswahlen, weil da ein Candidatenmangel nicht vorhanden ist. Fehlt es aber bei den ersteren an Candidaten, so macht es doch der Einsicht der Wähler mehr Ehre, wenn sie einen Mann wählen, den sie zwar persönlich nicht kennen, dessen Uebereinstimmung mit ihren politischen Anschauungen ihnen aber verbürgt ist, statt einen Nachbar zu wählen, der bloße Localinteressen vertritt, politisch aber auf einem ganz anderen Boden steht.

Man spricht auch von Wahlmüdigkeit. Nun, viele Deutsche sind wohl steuermüde, viele wandern aus Militärmüdigkeit in andere Länder aus. Aber nie habe ich in gleicher Linie klagen hören, daß man sich von drei zu drei Jahren ein Paar Minuten von seiner sonstigen Thätigkeit abbrechen soll, um in einem Wahllocale einen verdeckten Zettel abzugeben. Und was die Agitation und Hetzerei betrifft — ja wer so zart ist, daß er bei öffentlichen Bewegungen nervös wird, der kann ja aus den Versammlungen wegbleiben, er braucht ja nicht einmal die Berichte über die Versammlungen zu lesen! In Tausenden von Ortschaften werden öffentliche Dinge nur einmal gelegentlich der Wahlen besprochen und es ist sehr nützlich, von drei zu drei Jahren sich über die Interessen des Vaterlandes auszusprechen anstatt des sonstigen Localklatsches. Die Verhetzung hat allerdings in den letzten Jahren zugenommen, aber nur weil Conservative und Nationalliberale sich mehr und mehr den Anschein geben, als hätten sie den Patriotismus gepachtet (sehr wahr! links), als wären sie allein National- und Reichsfreunde, wir antinational und Reichsfeinde. Dieses System, den Gegner moralisch in die Reichsacht zu erklären, erbittert um so mehr, als es auf das ganze gesellschaftliche Leben, auf Frauen und Kinder übertragen wird. Herr von Bennigsen, der persönlich kein Freund dieses Systems ist, könnte sich durch Beseitigung desselben ein großes Verdienst erwerben. Wir haben diesen Ton weder im Culturkampf noch gegen die Socialdemokraten jemals angeschlagen. Dazu kommt die Einmischung der Behörden in die Wahlkämpfe. Noch im März 1881 erklärte der Reichskanzler sie als der Würde der Beamten nicht entsprechend, aber schon bei den folgenden Wahlen kam es anders. Bennigsen rügte dies mit uns am 15. December 1881 und erkannte an, daß das Eingreifen der Regierung den Wahlkampf erbittern müsse. Die Regierung müsse ihn vielmehr zu mildern suchen. Er protestirte dagegen, daß nach napoleonischem Muster der Minister nur auf den Knopf zu drücken brauche, um die ganze Wahlmaschine in Gang zu bringen. Jetzt sind schon überall die Landräthe die eigentlichen Wahlmacher, Wähler und Wahlagenten der Cartellparteien, die Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten fungiren als Generalagenten. Das Verdienst dabei wird belohnt. Ein Landrath hat sogar einen Orden bekommen, weil er durch seine Agitation einen alteingesessenen Freisinnigen aus seinem Wahlkreise herausgedrängt hat. Auch die ganze Frage der Bestätigung und Nichtbestätigung von Communalbeamten wird durch Wahlrücksichten beeinflußt. Bei den letzten Wahlen wurden die Landräthe förmlich von Oben angewiesen, durch öffentliche Belehrungen über das Septennat, über die Stellung des Papstes zum Centrum etc. das Volk aufzuklären. Der würtembergische Minister des Innern forderte durch Rundschreiben die Oberamtmänner auf, alle Beamte und Bedienstete für die Septennatswahlen thätig sein zu lassen. Für diese Verhältnisse hat Herr von Bennigsen seit 1881 kein Wort des Tadels mehr. (Zwischenruf: „Er war ja nicht hier".) Bis 1883 ist er hier gewesen und seine Parteigenossen haben sich ebenso stumm verhalten auch im Abgeordnetenhause. Allerdings verdanken die Nationalliberalen ihren Aufschwung der Unterstützung der Behörden und Niemand sägt gern den Ast ab, auf dem er sitzt. Sie hängen ab von dem Verhalten der Regierung und nicht zum wenigsten gerade in ihrem alten Stammlande Hannover. Freilich, als Herr v. Rauchhaupt seinen berühmten Husarenritt nach Hannover machte, da verlangten die Nationalliberalen, der Minister solle diesem Auftreten eines Landrathes Einhalt gebieten. Und als 1883 Bennigsen sein Mandat in seinem Wahlkreise niederlegte, den er seit 1867 vertrat, schlugen wir, obwohl ich damals nur zwei Parteifreunde in Hannover kannte, auf den ersten Anprall die Nationalliberalen und nur mit Hilfe der Behörden wurde der Wahlkreis zurückerobert. Böse Beispiele verderben gute Sitten, und der Einfluß der Behörden auf die Wahlen wirkt demoralisirend auf die Arbeitgeber, die ihre Stellung ihren Arbeitern gegenüber bei den Wahlen geltend machen. Und gerade das thun Anhänger Bennigsens im Bochumer und Dortmunder Kreise und untergraben systematisch das Recht der geheimen Abstimmung. Will er das allgemeine Wahlrecht aufrecht erhalten, so muß er auch gegen diese perfide Thätigkeit eintreten. Hier muß man ansetzen, anstatt die Legislaturperioden zu verlängern. Je mehr man nun solche Kraftstücke bei den Wahlen wiederholt, desto mehr verlieren sie an Wirkung und deshalb wollen Sie nur alle fünf Jahre wählen lassen. Allerdings ist die Volksvertretung selbst wichtiger als das Wählen. Man will, daß ruhige besonnene Männer in den Reichstag gewählt werden, als ob es sich um ein Regierungs-Collegium oder eine Provinzialvertretung handelte. Der Reichstag soll aber gerade grundsätzliche Fragen von politischer Bedeutung in heißem Redekampf über die Gründe für und wider entscheiden, damit die Gesetze in Uebereinstimmung mit dem Volksbewußtsein erlassen werden. Nun meint man, die erste Session brauche der Reichstag, damit sich die Mitglieder und Parteien kennen lernen und in der dritten denke man an das Auseinandergehen. Ich wünsche, sie hätten sich in der ersten Session dieser Legislaturperiode auf das gegenseitige Kennenlernen beschränkt, anstatt das Septennat und die großen Steuervorlagen durchzusetzen. In den Landtagen mit längerer Legislaturperiode werden die Gegensätze stumpf und flach, und es wird eine parlamentarische Bureaukratie, ein parlamentarisches Philisterthum im Gegensatz zum rein politischen Leben erzeugt. Die angeblichen Nachtheile der dreijährigen Wahlperiode sind nicht bewiesen und würden bei der fünfjährigen dieselben sein; dagegen würden wir prinzipielle Vortheile verlieren, die wir nicht missen wollen. Der Abgeordnete Miquel sagte 1867, anknüpfend an das vom Kanzler gebrauchte Bild, daß der Reichstag nur ein Miniaturbild, eine Photographie der Volksstimmung sein solle, daß dieses Bild durch eine fünfjährige Wahlperiode zur Carricatur würde, und Gneist meinte, daß es für einen Reichstag, der allzu gefügig sei und Geld über Geld bewillige, genüge, wenn er nur drei Jahre für seine Thätigkeit hätte. Aus der Auflösung von 1878 ging ein Reichstag hervor, der die Steuern wesentlich erhöhte und darin noch weiter gegangen wäre, wenn nicht die Neuwahlen von 1881 diese Thätigkeit unterbrochen hätten. Miquel sagte damals, daß eine Regierung nur auflösen werde, wenn der Reichstag mit ihr nicht übereinstimme; wenn er mit der Regierung, aber nicht mit der öffentlichen Meinung übereinstimme, werde sie nicht auflösen. Herr von Bennigsen stellte es so dar, als ob es sich bei dem Septennat darum gehandelt habe, daß wir einer acuten Kriegsgefahr gegenüber die Mittel der Regierung nicht hätten bewilligen wollen. Er hat unsere Haltung von damals getadelt und die von jetzt gelobt, weil wir uns nunmehr eines Besseren überzeugt hätten. Wir müssen dieses Lob und jenen Tadel zurückweisen. Der damalige Reichstag hätte zu der gegenwärtigen Wehrvorlage genau dieselbe Stellung eingenommen, die wir jetzt zu ihr einnehmen, und umgekehrt würde der jetzige Reichstag einer neuen Septennatsforderung gegenüber dieselbe Stellung einnehmen, wie der damalige. Die Wehrvorlage und das Septennatsgesetz sind von Grund aus verschieden. Wir haben stets allen unmittelbar auf die Verstärkung der Kriegsmacht gerichteten Vorlagen zugestimmt, wir haben dagegen Widerspruch erhoben, so oft es sich um dauernde Vermehrung der Friedenslast handelte. Die Erhöhung der Friedenslast ist das Charakteristische des Septennatsgesetzes, während diese bei der neuen Vorlage wenig ins Gewicht fällt. Gegenüber der Verstärkung der Kriegsmacht, der Erhöhung der jährlichen Aushebung haben wir uns in keiner Weise widersetzt, wir hatten aber Bedenken, daß trotzdem die Friedensdienstzeit des einzelnen Mannes dieselbe sein sollte. Der Kriegsminister selbst hob damals hervor, daß, wenn es sich um eine acute Kriegsgefahr handelte, die Regierung ganz andere Vorlagen einbringen müßte, als das Septennatsgesetz. Das Septennatsgesetz kann ja auch erst nach zwölf Jahren seine volle Wirkung ausüben, während die jetzige Wehrvorlage Hunderttausende von Mannschaften der Heeresverwaltung in anderer Weise zur Verfügung stellt. Was die moralische Wirkung, die das Septennat ausüben sollte, betrifft, so hat Graf Moltke selbst anerkannt, daß es erfreulich sei und seine Wirkung nach Außen nicht verfehlen werde, daß ungeachtet mancher Verschiedenheiten in inneren Angelegenheiten keine Partei der Regierung die Mittel verweigere, die sie für das Heer fordere, und daß nur über die Zeitdauer der Bewilligung die Meinungen getheilt seien. Wenn wirklich eine acute Kriegsgefahr im Augenblick der Auflösung des Reichstags bestand, dann gab es vom Standpunkt der Regierung nichts Verwerflicheres, als wegen dieser Frage den Reichstag aufzulösen. Dann war es ihre Pflicht, die Nation und den Reichstag zusammenzufassen in dem, worin er einmüthig war. Es hätte einen großen Eindruck nach außen gemacht, wenn der ganze Reichstag für die Bewilligung auf 3 Jahre eintrat. So haben, als noch nicht die Wahlleidenschaft den Blick trübte, damals die Conservativen selbst gedacht. Die „Conservative Correspondenz" schrieb noch am 20. November 1886: Sie vermöge schlechterdings nicht einzusehen, welchen principiellen oder auch nur praktischen Unterschied es mache, ob die Regierung alle 3 oder 7 Jahre über die Heeresstärke mit dem Reichstag feilsche. Erst als die Auflösung Thatsache war, wurde es so dargestellt, als ob die Septennatsfrage eine Frage Deutschlands gegenüber den Russen oder Franzosen sei, sie ist nichts anderes gewesen, als eine Frage der Regierung gegenüber dem deutschen Reichstag. Das Ausland war davon ebensowenig berührt wie davon, ob wir auf 3 oder 5 Jahre gewählt werden. Nicht aus dem Mißtrauen gegen Rußland oder Frankreich, sondern aus dem Mißtrauen gegen das eigene deutsche Volk war die Septennatsvorlage hervorgegangen, daraus daß man ihm nicht zutraute, daß er auch nach drei Jahren dasjenige bewilligen würde, was für das Heer nothwendig sei. (Sehr richtig! links.) So lag die Sache. Falscher als es von Herrn v. Bennigsen geschehen ist, konnte die Sache nicht dargestellt werden.

Die Erinnerung an alle die Kunststücke bei den Wahlen ist übrigens auch im Lande noch lebendig genug. Jedermann weiß, wie die Mehrheit entstanden ist und das wird in Zukunft seine Wirkung nicht verfehlen. Wenn Herr v. Bennigsen die Wirkungen der Auflösung betrachten wollte, so hätte ihm die von 1878 näher gelegen, die gegen ihn genau ebenso galt, wie gegen uns, und man empfindet manches anders, wenn man Amboß, als wenn man Hammer ist. Wir richten unseren Standpunkt nicht nach den Fractions-, sondern nach den allgemeinen Interessen, und wenn wir im Augenblick unterlagen, so war es unsere Aufgabe, unseren politischen Standpunkt für die Zukunft zu wahren. So hat 1878 Benningsen selbst mit uns gedacht, er ist mit uns gegen das Socialistengesetz eingetreten, obgleich er voraussetzen mußte, welche Handhaben es der Regierung bieten mußte. Wie hat sich seine staatsmännische Voraussicht von 1878 bewahrheitet. Sie (zu den Nationalliberalen) haben damals in Folge der Auflösung an Parteimitgliedern genau so viel verloren, wie wir 1887. Sie können also ganz unbefangen mit uns an der Auflösung von 1878 die Wirkungen der Auflösung studiren. Herr von Bennigsen hat Herrn Bamberger gegenüber sich so ausgelassen, als ob nicht jene Auflösung, sondern das Auftreten der Freihändler die Schwächung der nationalliberalen Partei herbeigeführt habe. Ich kenne ja die Interna der Partei nicht und kann keine Betrachtungen darüber anstellen. Aber das weiß ich, daß unmittelbar nach den Neuwahlen jene 204 Mann sich zusammengethan haben, um die neuen Steuern und Zölle herbeizuführen. Die Auflösung hatte damals eine ganz andere Bedeutung als die Frage vom Freihandel und Schutz-Zoll. Der Grund lag tiefer. Das war Niemandem weniger unbekannt, als Herrn v. Bennigsen. Er wußte aus seinen vertraulichen Verhandlungen mit dem Reichskanzler von Neujahr 1878 in Varzin, wohin die Pläne des Reichskanzlers gerichtet waren. Das Streben ging auf mehrere 100 Millionen, sei es in der Form des Tabaksmonopols oder in einer anderen Form, und damit fiel die Bekehrung des Reichskanzlers vom Freihandel zum Schutzzoll zusammen. Herr von Bennigsen stellte es so dar, als ob der Freihandel Orgien gefeiert habe, welche Orgien des Schutzzolles auf der andern Seite hervorgerufen hätten. Sie hätten den Reichskanzler bestimmt, vom Freihandel zum Schutzzoll überzugehen. Wie ist es in Wahrheit gewesen? Die Eisenindustrie hat in jenen Jahren gelitten nicht durch die ausländische Concurrenz, sondern durch eine Ueberproduction. Die Ursache dieser Ueberproduction liegt darin, daß in den Jahren des Gründerthums der Schutzzoll nicht aufgehoben worden ist. Hätte man damals den Eisenzoll früher aufgehoben, so würde dies der Anlage neuer Eisenwerke Einhalt gethan haben. Auf dem Antrage aus dem Jahre 1873 auf Aufhebung des Eisenzolles steht mein Name nicht, aber die Namen Windthorst, Lieber, Lingens und anderer Mitglieder des Centrums und der conservativen Partei; wie passen diese Namen zu dem Bilde von den Orgien des Freihandels? Die Herren wollten den Eisenzoll am 1. Januar 1874 beseitigen, dem Reichskanzler war das viel

(Fortsetzung in der Beilage.)

Mit einer Beilage.

(Fortsetzung.)

zu spät. Es kam plötzlich ein Gesetzentwurf ein, der noch 3 Monate früher die Eisenzölle aufhob. Der Reichskanzler ist es, wenn es überhaupt einer ist, der Orgien des Freihandels gefeiert hat (sehr richtig! links), aber der Reichskanzler kann nach Herrn v. Bennigsen's Ansicht kein Unrecht thun. Es sind immer die Parteien. Am 22. Nov. 1875 erschien der Reichskanzler im Reichstage und forderte uns auf, alle kleinen Artikel, die noch mit einem Zoll belastet seien, davon zu befreien, und der jetzige Minister Lucius erklärte nach ihm, daß sich die Regierung damit vollständig auf den Standpunkt des Freihandelsprincips gestellt habe. Die Conservativen würden sich mit den Vertretern des Freihandels vereinigen, um auf diesem Wege eine Vereinfachung des Zolltarifes herbeizuführen. Die Orgie, die der Reichskanzler und Herr Lucius veranstalten wollten, war uns gar zu schlimm, die haben wir nicht mitmachen wollen. Jedenfalls sollte man nicht vergessen, wie man auf jener Seite geschrieben hat. Eine Aenderung seines wirthschaftlichen Systems einzuführen, veranlaßten den Reichskanzler seine großen Steuerpläne, die er Anfang 1878 Herrn v. Bennigsen mittheilte, und die sich Herr Hobrecht als Finanzminister zu eigen gemacht. Bekannt ist ja jenes Actenstück des Ministers Hobrecht, indem er sich anheischig machte, 240 Millionen neuer Steuern dem Reiche aufzuerlegen. Nun war der Plan sehr einfach, man zerriß die politischen Parteien, indem man die wirthschaftliche Frage in sie hineinwarf. Man warf die Schutzzölle hinein, um mit ihrer Hilfe die Finanzzölle zu erlangen.

So viel zur wirthschaftlichen Klarstellung über jene Zeit.

Hinter dem, was sich als Freihandel und Schutzzoll abspielte, standen politische Fragen ersten Ranges. Herr Bamberger hat Herrn v. Bennigsen durch seine Exemplification auf die Getreidezölle nur zeigen wollen, wie verhängnißvoll es ist, wenn man einen kleinen Anfang in einer Richtung unterstützt, wie das zu Consequenzen führt, die man nicht will. Die agrarische Agitation ist übrigens nicht aus dem Volke heraus entstanden, sondern in diesem Umfang und in dieser Stärke von Oben herab in diese Kreise hineingetragen worden. Ich erinnere an die Rede des Abg. v. Schorlemer, der im Abgeordnetenhause am 5. December 1878 erklärte: „Wir sind gegen die Kornzölle, weil wir den Armen das Brot nicht vertheuern wollen.“ Auch der deutsche Landwirthschaftsrath hatte sich nicht für die Zölle ausgesprochen. Es war selbst noch zweifelhaft, ob der neue Reichstag sie bewilligen würde bis zu dem Augenblicke, wo Herr von Bennigsen auftrat und seine Rede hielt zur Ueberraschung von uns Allen. Er bezeichnete freilich die Steuer von 25 Pf. als eine statistische Gebühr und wies darauf hin, daß in England nach höheren Kornzöllen noch ein Zoll von 25 Pf. bestanden habe, aber Lasker wies mit Recht darauf hin, daß es etwas anderes ist, ob man von einem Berg herunterkomme oder einen Berg hinaufgehe. Von dem Augenblicke an, wo Herr von Bennigsen auftrat, bekam man wieder neues Vertrauen in die Sache, und die nächste Folge war ein Antrag auf Verdoppelung des Zolles. Herr von Bennigsen hat das nicht mitgemacht, aber die Bewegung war durch ihn verstärkt worden, so daß Sie nun über das hinausgingen, was er beabsichtigte.

Es ist sodann von dem Cartell die Rede gewesen. Für mich hätte es der Versicherung des Herrn v. Bennigsen nicht bedurft, daß keine besonderen schriftlichen Abmachungen getroffen wären, aber die innere Consequenz drängt in einer Richtung weiter, die man einmal beschritten hat. In diesen Tagen war in der conservativen Presse zu lesen, daß, wenn jetzt unter dem Aufrufe der Stöcker'schen Stadtmission die Namen nationalliberaler Führer sich befanden, dies die innere Consequenz des zu gemeinsamer positiver Arbeit geschlossenen Cartells sei. Wenn mir vor drei Monaten Jemand gesagt hätte, daß unter jenem Aufrufe Namen jener Männer stehen würden, ich habe sie gewiß nie überschätzt, so hätte ich das nicht geglaubt. Bei den Berliner Communalwahlen warnte ein hervorragendes Mitglied der nationalliberalen Partei davor, sich ohne Noth in die bedenkliche Gesellschaft Stöcker's und seiner Freunde zu begeben. Nun werden Sie nach der Zweiseelentheorie unterscheiden zwischen dem politischen Stöcker und dem christlich-socialen, mit dem Sie jetzt Arm in Arm das gottlose Jahrhundert in die Schranken fordern. Herr Stöcker hat nur eine Seele, die dem politischen Liberalismus ebenso feindlich ist, wie dem kirchlichen. Herr von Bennigsen erklärte, daß man das allgemeine gleiche und directe Wahlrecht in keiner Weise anzugreifen trachte und daß aus dem vorliegenden Antrage keinerlei Consequenzen zu ziehen seien. Ich glaube es ihm vollständig, daß diese Erklärung seiner Absicht entspricht, aber die Rede, die er dabei gehalten, die Warnungen vor den Gefahren dieses Wahlrechts waren nicht gerade geeignet, dieses Recht seinen zahlreichen Feinden gegenüber zu stärken. Bei der Branntweinsteuer gaben die Herren Miquel und v. Bennigsen die Erklärung ab, daß es genug der Steuern sei, und darauf ist die Erhöhung der Kornzölle von 20 ihrer Parteigenossen unterstützt worden. Infolge des Cartells sind Sie politisch verantwortlich nicht blos für sich selbst, sondern auch für diejenigen Conservativen, die mit Ihrer Hilfe gewählt sind. Von 1881—84 waren wir mit den Nationalliberalen noch stark genug, reactionäre Pläne abzuwenden. Sie (zu den Nationalliberalen) haben die Conservativen von 1884 und 1887 gegen uns unterstützt und ihnen ohne Herrn v. Bennigsen und seine Freunde möglich gemacht, mit Hilfe des Centrums gewisse reactionäre Pläne durchzuführen. Die conservativen Parteien lieben Sie ja nicht um ihrer schönen Augen willen. Sie sind ihnen befreundet, weil Sie ihnen als Vormauer gegen uns werthvoll sind. In dem Augenblick, wo es ihnen gelungen ist, mit Ihrer Hilfe uns zu besiegen, haben sie kein Interesse an Ihrer Erhaltung. Im preußischen Landtag wollen Sie ja denselben Antrag einbringen. Sehen Sie sich vor! Dort bedürfen die conservativen Parteien nur noch 17 Stimmen zur Mehrheit ohne Sie. Machen Sie denselben Feldzug, erfechten Sie denselben Sieg gegen uns, theilen Sie die Beute und erkämpfen Sie ihnen die noch fehlenden 17 Stimmen, dann haben Sie sich selbst zu Tode gesiegt, indem Sie jeden Einfluß auf die Mehrheit verloren haben. Denn haben Sie dort geholfen, die fünfjährige Wahlperiode einzuführen, dann werden die Herren auch ohne Sie fertig und dann verwirklichen sie jene Absichten auf Verlängerung der Etatsperiode und auf allerlei Abänderungen des Verfassungsrechts. Jetzt schweigen sich die Herren noch aus. In der conservativen Presse ist schon im Anschluß an diesen Antrag ein Schwarm von Vorschlägen hervorgetreten, wie man auch sonst das allgemeine Wahlrecht bei der Gelegenheit corrigiren könne, aber die letzten Pläne gehen darauf aus, an Stelle eines politischen Wahlsystems eine Vertretung zu setzen, die auf Berufsgenossenschaften, Innungsverbänden und corporativen Organisationen wurzeln. Das hat ja Herr v. Helldorff hier neulich ausführlich auseinandergesetzt. Warum kommen Sie denn jetzt gerade mit diesem Antrage? Sie haben ja bis 1890 die Mehrheit in Händen. Sie haben damit Ihre eigene Partei überrascht. Als im September die „Nationalzeitung“ diese Absicht verkündigte, stellte es die „Nationalliberale Correspondenz“ und der „Hannoversche Courier“ als sehr fraglich hin, ob ein solcher Antrag im gegenwärtigen Augenblick zeitgemäß sei. Man sagte, die ganze Sache habe erst nach 1890 eine Bedeutung, ob 1893 oder 1895 wieder gewählt werde. Miquel warnte 1867 vor längeren Wahlperioden wegen der Raschlebigkeit unserer Zeit. Wer weiß denn, wer 1893 noch lebt? Unsere politische Entwickelung steht vielmehr wie die anderer Staaten unter den Einfluß persönlicher Autoritäten, die wegen ihres Antheils am Aufbau des Reichs historische Persönlichkeiten geworden sind. Auch diese sind vergängliche Menschen, und je weniger man in einer solchen Situation seine Rechnung für die innere Politik auf Personen bauen kann, um so mehr sollte man sich hüten, an den Institutionen zu rütteln, die Bedeutung des Reichstages in Frage zu stellen und aus der getreuen Photographie der Stimmung des Volkes eine Carricatur dieser Stimmung zu machen. Die Nationalliberalen sind nun einmal Optimisten nach oben und Pessimisten nach unten. Aus diesem Mißtrauen gegen das Volk ist die Septennatsbewegung hervorgegangen, und die Einbringung dieses Antrags in diesem Augenblick bedeutet ein Mißtrauensvotum gegen das Volk und nichts weiter (Sehr richtig! links) und zwar dahin, daß es von dem ihm zustehenden Recht nicht jederzeit einen angemessenen Gebrauch machen werde. Ist ein solches Mißtrauen gerade jetzt angemessen? Wir haben die Steuern erhöht und die militärischen Lasten und Pflichten des Volkes erweitert. Es giebt kein Volk in Europa, dessen Lasten und Pflichten so verschärft und erhöht worden sind, wie das deutsche in den letzten Jahrzehnten, und es giebt unter den civilisirten Völkern Europas keines, das thatsächlich so wenig Einfluß besitzt auf die Gestaltung seiner Politik, wie das deutsche.

Das ist der Kern Ihrer Politik: Erweiterung der Pflichten, Erhöhung der Lasten und Verminderung der Rechte.

Herr Miquel nannte 1867 einen solchen Antrag auf Verlängerung der Wahlperiode einen gefährlichen. Ich betrachte ihn gerade jetzt als verhängnißvoll für unsere Zukunft und deshalb fühlen wir uns in unserem Gewissen verpflichtet, soweit es in unseren Kräften steht, jedem Versuch der Abänderung der Verfassung nach dieser Richtung entgegenzutreten. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Singer: Für uns würde durch Annahme dieses Antrages der Werth des Reichswahlrechtes so ziemlich illusorisch werden. Graf Behr sagt, die Socialdemokratie habe den Wahlkampf vergiftet. Damit begründet er seinen Versuch, das Wahlrecht des Volkes zu beschränken. Denn eine Beschränkung des Wahlrechtes liegt in der Verlängerung der Wahlperioden, wenn statt alle drei nur alle fünf Jahre der Wähler sein Votum abgeben darf. Wenn von Vergiftung des Wahlkampfes gesprochen werden darf, so muß ich gerade die Mehrheitsparteien dieser politischen Brunnenvergiftung beschuldigen. Behörden, Landräthe haben den Wahlkampf auf ein bisher unerhörtes Niveau gebracht. Ein schwerer Vorwurf trifft auch viele Arbeitgeber. Denken Sie nur an die letzten Wahlprüfungen, an die unerhörten Beeinflussungen seitens der Behörden und Arbeitgeber. Die 5jährige Wahl muß uns die Stagnation, die Versumpfung des Parlamentarismus bringen, der seinen Werth verliert, wenn die Verbindung u. Fühlung mit der Volksmeinung nicht in ihrer Frische erhalten wird. Meine Partei hat daher vor Jahren eine Verkürzung der Wahlperioden beantragt, und auf diesem Standpunkte stehen wir natürlich noch heute. Den Interessen des Volkes würde damit besser gedient. Daß die Unwahrheit in der Darstellung des Septennats bei den letzten Wahlen, als solle fortan Jeder 7 Jahre dienen, von der Opposition verbreitet sei, diese Behauptung habe ich zuerst in einem amtlichen Kreisblatt gefunden und der Vorwurf, daß diese Entstellung den Oppositionsparteien officiös unterschoben ist, hat bisher noch nicht entkräftet werden können. Anträge wie der vorliegende sind nur verboten wegen weiterer reactionärer Verstöße gegen das allgemeine, geheime directe Wahlrecht überhaupt. Der Antrag ist hervorgegangen aus der Furcht vor ihm und aus Abneigung gegen das Princip der Gleichheit, welches in ihm seinen Ausdruck findet. Für uns Socialdemokraten ist der Wahltag ein Feiertag, ein Tag, wo einmal das Recht des Volkes frei zum Ausdruck kommen kann, wo auch der social Niedrigste das Gefühl seiner Menschenwürde empfindet. Ein solcher Tag muß so oft als möglich wiederkehren. Einer Partei freilich, die gewohnt ist, zu herrschen, und ihre Ueberzeugung schöpft aus längst vergangenen Jahrhunderten, muß ein solcher Tag doppelt unangenehm sein, schon weil da Leute, die nach ihrer Auffassung unendlich weit unter den hohen Herren stehen, die sich um ein Mandat bewerben, diese hohen Herren zum Redestehen zwingen und richten können, ob sie auch ihre Versprechungen gehalten haben. Für uns freilich ist das Gegentheil maßgebend, diesen Tag der Rechnungslegung möglichst oft wiederkehren zu lassen. In Bezug auf die dreijährige Periode sind wir die Conservativen, die das Bestehende vertheidigen gegen den Ansturm der Reaction. Die Bürgschaften des Wahlrechts wollen wir nicht blos erhalten, sondern noch thunlichst erweitern, die Antragsteller aber wollen von ihm abbröckeln, indem sie die Wahl nur in so langen Pausen zulassen, daß eine Controle der Vertretung durch die Wähler und eine Correctur kaum möglich ist. Die Conservativen verstehen es doch so vortrefflich, wenn es sich um agrarische Fragen handelt, mit ihrer Agitation das Volk auf das Heftigste aufzuregen. Warum soll dagegen die alle drei Jahre wiederkehrende Wahlbewegung gefährlich sein? Ich bin schon erfreut und überrascht von der Bescheidenheit, daß man die Verlängerung nicht auch auf den jetzigen Reichstag ausdehnen will. Die zwei verschiedenen Weltanschauungen, die uns trennen, kommen hier deutlich zur Erscheinung. Sie verlangen die Zurückrevidirung der Gesetzgebung auf allen Gebieten, die Stärkung der Rechte der besitzenden Klassen und die Beschränkung der Rechte des Volks. Wir dagegen haben z. B. bei unserem Antrag auf Verkürzung der Legislaturperioden auch das dem Bundesrath zustehende Recht auf Auflösung des Reichstages beseitigen wollen, aus der Weltanschauung heraus, daß nicht wir der Regierungen wegen, sondern die Regierungen, wie der Reichstag des Volkes wegen da sind. Die Regierung hat schon viel zu viel Recht dem Reichstage und den Volksrechten gegenüber. Und diese Rechte wollen Sie noch erweitern, nachdem durch einen Wahlkampf unerhörter Art Sie jetzt im Besitz der formalen Mehrheit sind. Jetzt kommen die Angriffe auf die in der Verfassung verbrieften Rechte des Volkes.

Die Frage des Septennats, die den äußeren Anstoß zur Auflösung gegeben hat, ist erledigt. Niemanden in aller Welt haben Sie überzeugen können, daß Ihr Cartell die Kriegsgefahr beschworen hat, denn wäre die Kriegsgefahr wirklich eine so acute gewesen, so würden wir den Krieg gehabt haben unter dem Septennat eben so gut wie unter dem Triennat. Alle Befürchtungen und Voraussagen, die wir bereits während der Wahlbewegung äußerten, sind erfüllt oder beginnen sich zu vollziehen, daß der Grund der Septennatsfrage in der Auflösung ein rein äußerliches Moment war, und daß andere Ziele im Hintergrunde lagen. Die Steuer-Erhöhungen sind eingetroffen und die Beschränkung der Volksrechte trifft auch ein, wie wir es vorhergesagt haben. Sie haben sich nicht daran genügen lassen, durch Erhöhung der Kornzölle und durch die neue Branntweinsteuer die wirthschaftliche Last der Armen noch zu vermehren, Sie gehen weiter und schicken sich heute an, eines der wichtigsten politischen Volksrechte zu verkümmern, und dabei bleibt es nicht, Sie werden weiter gedrängt werden. Denn, meine Herren, wenn Sie auch aus dem Wahlkampfe als Sieger hervorgegangen sind, dem Andrängen des Fürsten Bismarck werden Sie nicht Stand halten können. Ich will nur constatiren, daß die Versicherungen, die Sie hier fortwährend abgeben, die Interessen des Volkes nach Kräften wahren zu wollen, eine seltsame Beleuchtung erhält durch ihre eigenen Thaten. Trotz aller Zusicherungen vor den Wahlen haben Sie bisher noch nicht eine einzige dieser Zusicherungen gehalten. Herr von Bennigsen sagt zwar, der Antrag bezweckt keineswegs an dem geheimen directen, allgemeinen Wahlrecht zu rütteln, aber auch diese Beschränkungen werden ebenso gut eintreffen, wie bisher alle unsere Befürchtungen eingetroffen sind. In vollkommen richtiger Erkenntniß hat Fürst Bismarck einmal gesagt, der Reichstag solle in seiner Zusammensetzung ein Miniaturbild des ganzen Volkes sein. Mit Ihrem Antrage sind Sie im Begriffe, den Reichstag zu einem Carricaturbilde der Nation zu machen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Windthorst (Centrum): Die Herren von der Mehrheit sind so schweigsam; ich begreife das, denn wenn sie ihre Pläne enthüllen wollten, würden die Wähler kopfscheu werden. (Heiterkeit.) Herr von Bennigsen hat gestern auf meine Anfrage eine Erklärung abgegeben, die einen großen Werth hat, denn ich nehme an, daß er diese Erklärung im Namen aller seiner Parteigenossen, auch des Bürgermeisters von Augsburg (des Abg. v. Fischer) gegeben hat. (Heiterkeit.) Ich nehme an, daß über die Verlängerung der Legislaturperiode hinaus eine Aenderung der Verfassung nicht beabsichtigt ist. Ich nehme auch an, daß das allgemeine geheime directe Wahlrecht unberührt bleiben soll. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Ich freue mich darüber, es besteht aber dann zwischen dem Herrn v. Bennigsen und den conservativen Herren eine große Kluft, denn Graf Behr und Herr v. Maltzahn haben nicht ausgesprochen, daß sie das allgemeine geheime directe Wahlrecht aufrechterhalten wollten. Die Vergangenheit der conservativen Parteien läßt die Sache bedenklich erscheinen. (Oho! rechts.) Herr v. Puttkamer hat eine Aenderung des Wahlrechtes angekündigt und die Absicht niemals bestritten. Das Cartell ist zur Unterstützung der Regierung, da soll es also auch vielleicht diese Ankündigung des Ministers v. Puttkamer ausführen. Herr v. Helldorf hat auch eine Aenderung des Wahlrechts angekündigt. Ich mache meinen Landsmann v. Bennigsen aufmerksam, in welche bedenkliche Gesellschaft er gekommen ist. (Heiterkeit.) Er wird schweren Versuchungen widerstehen müssen, wenn er seine Zusage halten will. Ich werde später mit ihm gehen, wenn er sich conservativen Anträgen in Bezug auf das Wahlrecht widersetzt. Ich habe der vierjährigen Legislaturperiode in Verbindung mit zweijährigen Etats zugestimmt, weil ich damals das gleichzeitige Tagen des Reichstages mit den Einzel-Landtagen für unerträglich hielt. Die Sache hat sich geändert, das Zusammentagen wird ertragen. Dem Volke muß Gelegenheit gegeben werden, einen Fehler, den es gemacht hat, zu verbessern. Man hat bei den letzten Wahlen im Volke den Glauben verbreitet, daß man im Reichstage nicht alles bewilligen wollte, während doch für drei Jahre alles bewilligt war. Man hat den Reichstag in der zweiten Lesung vor vollendeter Abstimmung aufgelöst, weil man befürchtete, daß man in der dritten vielleicht auf fünf Jahre kommen könnte, und daß man dann keinen Grund mehr zur Auflösung hätte. Ich wiederhole, wir stehen einer mächtigen Parteibestrebung gegenüber, welche die Grundlage der Verfassung, das allgemeine directe geheime Wahlrecht erschüttern will. (Beifall im Centrum.)

Darauf wird die Debatte geschlossen, die Abstimmung erfolgt in demselben Augenblicke, wo sich Abg. Kräcker (Soc.-Dem.) zur Geschäftsordnung meldet. Derselbe wollte die Beschlußfähigkeit bezweifeln. Er stellte den Antrag auf commissarische Berathung, um bei der Abstimmung darüber den Zweifel an der Beschlußfähigkeit zu wiederholen.

In persönlicher Bemerkung verwahrt sich Herr von Bennigsen namentlich gegen den Vorwurf, daß er die Stöcker'sche Stadtmission unterstützt habe. Er habe nur einen Aufruf unterschrieben für die Stadtmission in allen größeren preußischen Städten, der ausgeht von allen Parteien in der evangelischen Kirche. Das ist ein Boden, auf welchem auch ein liberaler Mann mit anderen kirchlichen Richtungen zusammengehen kann.

Das Schlußwort erhält der Antragsteller Abgeordneter v. Helldorff, welcher zunächst die Erklärung abgiebt, daß zwischen den Cartellparteien über die Frage des allgemeinen Wahlrechtes keine Vereinbarung stattgefunden habe, daß auch innerhalb der deutschconservativen Partei im letzten Jahre keine Erörterung dieser Frage vorgekommen sei. Die Warnung vor der bedenklichen Gesellschaft hätte also Herr Windthorst sich sparen können. Das Zusammenwirken des Cartells war nicht nur nothwendig für die Sicherung des Vaterlandes, sondern namentlich auch, um das Reich finanziell zu sichern und die Mittel für die beschlossenen Mehrausgaben zu beschaffen. Redner führt dann aus, daß der Antrag lediglich den Zweck habe, das Wählen zu vermindern und die Aufregung desselben nicht so oft dem Volke zuzumuthen. Die Wähler werden in ihrem Rechte dadurch nicht beeinträchtigt, denn der Abgeordnete ist nicht der Vertreter des einzelnen Wählers oder der Wähler eines Wahlkreises, sondern der Vertreter des ganzen Volkes, so daß auch die Minoritäten in den Wahlkreisen ihre Vertretungen finden.

Der Antrag auf commissarische Berathung wird abgelehnt, die zweite Berathung wird im Plenum stattfinden.

Schluß 5½ Uhr.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Kleinere Vorlagen, Nachtragsetat und Wahlprüfungen.)

Die Publication des deutsch-österreichischen Bündnißvertrages vom 7. October 1879.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 3. Febr. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Die Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns haben sich zur Veröffentlichung ihres am 7. October 1879 abgeschlossenen Bündnisses entschlossen, um den Zweifeln ein Ende zu machen, welche an die rein defensiven Intentionen desselben gehegt und verwerthet werden. Beide Regierungen sind von dem Bestreben geleitet, den Frieden zu erhalten und Störungen desselben abzuwehren. Sie sind überzeugt, daß die Bekanntmachung des Inhalts des Bündnisses jeden Zweifel hierüber beendigen werde.

Artikel 1 des Bündnißvertrages lautet: Sollte wider Verhoffen und Wunsch der Contrahenten eines der beiden Reiche von Rußland angegriffen werden, so sind die Contrahenten verpflichtet, einander mit der gesammten Kriegsmacht beizustehen und einen Frieden nur gemeinsam und übereinstimmend zu schließen.

Artikel 2. Wird der eine Theil von einer anderen Macht angegriffen, so ist der andere Contrahent verpflichtet, dem Angreifer nicht beizustehen und ist ferner zu einer wohlwollenden neutralen Haltung verpflichtet. Wenn jedoch Rußland den Angreifer unterstützt, so treten die Verpflichtungen des Artikels 1 in Kraft. Die Kriegsführung und der Friedensschluß erfolgen gemeinsam.

Artikel 3. Der Vertrag soll einen friedlichen Charakter tragen und, um jede Mißdeutung auszuschließen, geheim gehalten, einem Dritten nur mit beiderseitiger Uebereinstimmung mitgetheilt werden. Beide Contrahenten geben sich nach den bei der Begegnung in Alexandrowo ausgesprochenen Gesinnungen des Kaisers Alexander der Hoffnung hin, daß die Rüstungen Rußlands sich bedrohlich für sie in Wirklichkeit nicht erweisen und haben zur Mittheilung für jetzt keinen Anlaß. Sollte aber die Hoffnung wider Erwarten sich als irrthümlich erweisen, so erkennen beide Contrahenten es als Pflicht der Loyalität an, den Kaiser Alexander zu verständigen, ein Angriff auf einen, werde als Angriff gegen beide angesehen.

(Original-Telegramm der Breslauer Zeitung.)

* **Wien**, 3. Febr., 10 Uhr 15 Min. Abends. Die Veröffentlichung des deutsch-österreichischen Bündnisses erfolgte gleichzeitig in Berlin, Wien und Budapest. Da die „Wiener Abendpost“, welche den Bündnißvertrag an erster Stelle publicirt, erst nach sechs Uhr Abends erscheint und wenig Verbreitung besitzt, so wird das große Publikum das Ereigniß erst aus den Morgenblättern erfahren. Soweit die Publication schon bekannt geworden ist, macht sie keinen beruhigenden Eindruck, da man daraus auf Verschlimmerung des Verhältnisses zu Rußland schließt. Besonders der letzte Passus des Vertrages wird in diesem Sinne gedeutet. Im Abend-Privatverkehr an der Börse trat dieselbe Auffassung hervor. Die Börse war sehr bewegt und die Course erlitten starke Einbußen. Credit-Actien fielen um 3½ Fl. bis 264,50 und schlossen 265,25. Ungarische 4proc. Goldrente verlor 1 pCt. Der Schlußcours war etwas erholt und stellte sich auf 95,90.

Das Befinden des Kronprinzen.

(Telegramm unseres Special-Berichterstatters.)

* **San Remo**, 3. Februar. Trotzdem alle Anzeichen für einen günstigen Charakter der Krankheit sprechen, dürfte doch früher oder später, wie nunmehr feststeht, die Eventualität einer Tracheotomie eintreten.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 3. Februar. Ein Privattelegramm aus San Remo von gestern meldet: Der Kronprinz ist nicht ausgegangen, da sich die Kopfschmerzen und die Neuralgie wieder eingestellt hatten und die Witterung ungünstig war.

(Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

* **Berlin**, 3. Februar. Die Mittheilung einzelner Blätter, der Reichskanzler habe die Führer der sogenannten Cartellfractionen und des Centrums empfangen und mit ihnen Besprechungen über die Wehrpflichtvorlage gehalten, bestätigt sich nicht. In keiner der genannten Fractionen ist über die Berufung eines der Führer zum Reichskanzler etwas bekannt, auch ist die Annahme der Wehrpflichtvorlage als so unzweifelhaft anzusehen, daß eine Veranlassung zu einer Besprechung hierüber nicht erfindlich wäre.

* **Berlin**, 3. Febr. Auf Befehl des Kaisers ist hier eine Commission zusammengetreten, welche unter dem Vorsitz des General-Adjutanten Generallieutenant Grafen v. Lehndorff über die Küraß-Frage Berathungen abhält.

* **Berlin**, 3. Februar. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt heute, nachdem sie von den friedlichen Auslassungen Andrassy's Notiz genommen: „Das hält freilich den „Pester Lloyd“ nicht ab, sich in Untersuchungen über den richtigen Zeitpunkt für den Losbruch zu vertiefen, wobei das Blatt resp. der Autor des betreffenden Situationsartikels die Theorie verficht, daß es sich empfehle, den richtigen Moment nicht zu verpassen, sondern die Action zu eröffnen, während Rußlands militärische Vorbereitungen noch unfertig seien. Wir bemerken hierzu, daß der fragliche „Lloyd“-Artikel nicht aus politischer, sondern aus militärischer Feder stammt, sowie daß die richtunggebenden Wiener Preßorgane sich einer ungleich ruhigen Auffassung der Sachlage befleißigen.“

* **Berlin**, 3. Febr. Aus Paris wird gemeldet, daß der Kammerpräsident Floquet und der russische Botschafter Baron Mohrenheim

auf der letzten Soirée beim Handelsminister D'Autresme einander vorgestellt wurden und eine lange Unterhaltung gehabt haben. Floquet machte darauf Baron Mohrenheim einen Besuch und Letzterer nahm die Einladung zu dem großen Diner an, welches Floquet am dreizehnten dieses Monats dem Präsidenten der Republik und dem diplomatischen Corps giebt und wozu hundertzwanzig Einladungen erlassen wurden. Durch diese Begegnung zwischen Floquet und Mohrenheim wäre also Floquets bekanntes Wort „vive la pologne, Monsieur" wieder gut gemacht und vergessen. Die Radicalen insbesondere glauben nunmehr, daß das letzte Hinderniß gegen die Bildung eines Ministeriums Floquet hinweggeräumt sei, auf welches sie mit aller Kraft hinarbeiten.

• **Berlin**, 3. Febr. Dem Regierungs- und Baurath **Grimmer**, Mitglied der Königlichen Eisenbahn-Direction in Breslau, ist der Charakter als Geheimer Regierungsrath verliehen worden. — Dem Rechtsanwalt und Notar, Justizrath **Walter** in Beuthen OS. ist der Charakter als Geheimer Justizrath verliehen.

• **Berlin**, 3. Febr. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der vierten Klasse 177. Königlich preußischer Klassen-Lotterie fielen Gewinne von 10 000 M. auf Nr. 54800 178293; 1 Gewinn von 5000 M. auf Nr. 21598; Gewinne von 3000 M. auf Nr. 577 4729 22982 24042 35238 36243 36269 52135 52524 54528 69665 74738 75095 82237 98414 108768 114540 130660 130793 136434 146848 148547 151480 157166 163031 163080 170479 174714 175842 189691; Gewinne von 1500 Mark auf Nr. 1293 1609 4595 7843 20182 26650 32266 35711 35899 39321 44027 47747 51121 51594 53702 57570 61295 61532 65815 68707 70853 73693 85853 107454 117260 120021 122074 125438 131608 132135 136184 137056 140331 144450 144471 145149 150342 150491 159444.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

Berlin, 3. Febr. Der Kaiser nahm heute Vormittags den Vortrag Perponcher's entgegen, empfing darauf den General Strubberg, später den Grafen Stolberg und machte um 2 Uhr eine Ausfahrt. Um 3 Uhr hat Minister v. Puttkamer **Vortrag**.

Hamburg, 3. Febr. Das hiesige Oberlandesgericht bestätigte das Urtheil der ersten Instanz in Sachen, betreffend den Zusammenstoß der Kreuzercorvette „Sophie" mit dem Norddeutschen Lloyddampfer „Hohenstaufen". Die erste Instanz hatte den Reichsfiscus mit seiner Klage gegen den Norddeutschen Lloyd unter Verurtheilung des Klägers in die Kosten abgewiesen.

Wien, 3. Februar. Die Abgeordneten erledigten die Zuckersteuer-Vorlage bis § 24 und lehnten die zu §§ 1 bis 3 gestellten Anträge, betreffend die Einführung einer gleitenden Zuckersteuerscala, mit 164 gegen 82 Stimmen ab.

Bern, 3. Febr. Ein heute von den Zeitungen veröffentlichtes Communiqué des Bundesraths besagt: Die Untersuchung über die anarchistisch-socialistischen Umtriebe habe im vergangenen Jahre begonnen. Veranlaßt durch die Flugschrift „Rothe Teufel", habe sich dieselbe später auch auf die Organisation der deutschen Socialisten in der Schweiz, sowie auf verschiedene socialistische und anarchistische Versammlungen ausgedehnt. Alsdann sei die Verhaftung Ehrenbergs, Schröders und Haupts gefolgt, so daß der Bundesrath erst am 27. Januar d. J. in der Lage gewesen sei, Entschließungen zu fassen. Schon im Verlaufe der ersten Untersuchung habe die Justiz und das Polizei-Departement die Offizin des „Socialdemokraten", aus welcher die Flugschrift „Rothe Teufel" hervorgegangen sei, dazu angehalten, den Ton in ihren Veröffentlichungen zu mäßigen. Der Bundesrath habe die Warnung bestätigt und verschärft.

Paris, 3. Febr. Kammer. Cassagnac brachte die gestern angekündigte Interpellation über den Ordenshandel ein. Der Justizminister erklärte sich zur sofortigen Beantwortung derselben bereit. Delaunay (Rechte) begründete die Interpellation und führte aus, der eigentliche Schuldige in dieser Sache sei frei ausgegangen.

Paris, 3. Febr. Die Tochter des deutschen Botschafters Grafen Münster ist heute früh in Cannes gestorben.

London, 3. Febr. Thomas Callan und Michael Harkins, welche angeklagt sind, sich behufs Herbeiführung von Dynamitexplosionen verschworen zu haben, wurden heute zu je 15 Jahren Zwangsarbeit verurtheilt.

Edinburg, 3. Februar. Die agrarischen Meuterer auf der Insel Lewis in Schottland sind zu Gefängniß von 6 bis 15 Monaten verurtheilt worden.

Handels-Zeitung.

• **Darmstädter Bank.** Nachdem im Juli v. J. durch den Tod des Herrn Geheimen Regierungsraths Dülberg in der Direction der Bank eine Vacanz eingetreten, hat der Aufsichtsrath der Bank, wie die „Frankf. Ztg." meldet, in seiner jüngsten Sitzung den Rechtsanwalt Dr. Riesser in Frankfurt a. M. zum Mitgliede der Direction ernannt, und wird derselbe seinen Wohnsitz in Berlin nehmen. — Vermuthlich wird genannter Herr die Stellung eines Directors bei der Berliner Filiale übernehmen.

Ausweise.

Berlin, 3. Februar. [Wochen-Uebersicht der Deutschen Reichsbank vom 31. Januar.]

Activa.

1) Metallbestand (der Bestand an coursfähigem deutschen Gelde u. an Gold in Barren oder ausländ. Münzen, das Pfund fein zu 1392 Mark berechnet)	820 660 000 M.	+	6 564 000 M.,
2) Bestand an Reichs-Kassenscheinen	21 124 000 „	+	526 000 „
3) Bestand an Noten and. Banken	12 038 000 „	+	1 085 000 „
4) Bestand an Wechseln	478 749 000 „	—	10 289 000 „
5) Bestand an Lombardforderungen	46 910 000 „	+	2 560 000 „
6) Bestand an Effecten	7 690 000 „	+	400 000 „
7) Bestand an sonstigen Activen	38 128 000 „	—	25 000 „

Passiva.

8) Grundcapital	120 000 000 M.	Unverändert.	
9) der Reservefonds	22 872 000 „	Unverändert.	
10) der Betrag der umlauf. Noten	879 095 000 „	—	8 665 000 M.
11) die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten	394 331 000 „	+	9 685 000 „
12) die sonstigen Passiva	569 000 „	—	255 000 „

Abrechnungsstellen Januar abgerechnet 1 279 106 000 M.

Wien, 3. Februar. [Wochenausweis der österreichisch-ungarischen Bank vom 31. Januar.*)]

Notenumlauf	363 300 000 Fl.	—	2 739 000 Fl.
Metallschatz in Silber	225 700 000 „	+	547 000 „
dito in Gold			
In Gold zahlbare Wechsel			
Portefeuille	127 400 000 „	—	2 717 000 „
Lombarden	23 000 000 „	—	148 000 „
Hypotheken-Darlehne	96 800 000 „	+	151 000 „
Pfandbriefe in Umlauf	91 000 000 „	+	241 000 „

*) Ab- und Zunahme gegen den Stand vom 23. Januar.

Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 3. Februar. **Neueste Handelsnachrichten.** Laut der „Kölnischen Volkszeitung" ist die Einführung der Actien der Rheinisch-Westfälischen und Rottweil-Hamburger Pulver-Fabriken an der Berliner Börse nahe bevorstehend. Der Umsatz der ersteren Gesellschaft überragt im ersten Semester des neuen Geschäftsjahres den vorjährigen während des entsprechenden Zeitraumes um 500000 M. — Die Wallischen Blechfabrikanten bildeten ein Cartell und beschlossen die Einschränkung der Production um ein Sechstel. — Die Actiengesellschaft für Handel und Schifffahrt H. A. Disch hat in der gestern stattgehabten Generalversammlung die Ausgabe von 600000 M. Obligationen beschlossen. Es schweben Unterhandlungen wegen Umwandlung der bekannten Modewaaren-Firma H. Lissauer in ein Actienunternehmen. — Herm. Landshoff, einer der grössten und eifrigsten Speculanten der hiesigen Producten- und Fondsbörse, ist gestern plötzlich gestorben.

Berlin, 3. Febr. **Fondsbörse.** Die Erwartung der angekündigten Rede des Reichskanzlers im Reichstage bei Gelegenheit der Wehrvorlage hält die Börse gespannt und trägt zur Vergrösserung der allgemeinen Lustlosigkeit bei. Die Tendenz war heute schwach, da die Auslassungen der Petersburger „Neuen Zeit" trotz ihrer Friedensversicherungen keineswegs als beruhigend aufgefasst wurden. Am Schluss war die Stimmung etwas beruhigter. Creditactien schlossen 3/8, Disconto-Commandit 3/4, Deutsche Bank 1/4, Berl. Handelsgesellschaft 7/8 pCt. schwächer. Deutsche Fonds waren etwas abgeschwächt und ruhig. Von ausländischen waren Russische Werthe 1/8—1/4, Italiener 3/8, Egypter 3/8 schwächer. Am Eisenbahnmarkt lagen deutsche Bahnen auf Realisationen durchweg niedriger, ebenso Oesterreichische, Schweizer und Warschau-Wiener Bahn. Von Montanwerthen verloren Laurahütte zu 89 7/8—3/4, Dortmunder Union 3/4, Bochumer Gussstahl 1 pCt, Am Cassamarkt notirten höher Redenhütte 0,50, Tarnowitzer 1; niedriger Donnersmarckhütte 0,40, Marienhütte 0,40, Oberschles. Eisenbahnbed. 0,75, Schles. Kohlen 0,25 pCt. Von Industriepapieren gewannen: Görl. Maschinen conv. 2, Breslauer Pferdebahn 1,50, Schles. Gas 0,60; dagegen verloren Bresl. Eisenb.-Wagen 0,60, Bresl. Oelfabrik 1, Erdmannsd.-Spinnerei 2,50, Görl. Eisenbahnbed. 2, Gruson 3,75, Oppelner Cement 0,65, Schering 1,50 pCt.

Berlin, 3. Februar. **Productenbörse.** Trotzdem der Antrag auf Beseitigung des Identitätsnachweises an den Reichstag gelangt, war die Tendenz heute flau. — Weizen loco still, Termine 1 M. niedriger, April-Mai 167 1/2—67, Mai-Juni 170—69 1/2, Juni-Juli 172 1/4—72. — Roggen loco weniger belebt, Termine ca. 1 M. niedriger, April-Mai 122—21 3/4, Mai-Juni 124 1/4—23 3/4, Juni-Juli 126 1/4—25 3/4. — Hafer loco behauptet, Termine niedriger, am meisten nahe, April-Mai 115 1/4—15, Mai-Juni 118 1/4—18, Juni-Juli 120 1/2. — Roggenmehl in naher Lieferung durch Aufnahme der Kündigungen preishaltend, war in späteren Terminen reichlich 10 Pfennige billiger. — Mais still. — Kartoffelfabrikate fest. — Rüböl fast geschäftslos. Preise nominell unverändert. — Petroleum ohne Umsatz. — Spiritus in effectiver Waare und Terminen bei kleinem Geschäft kaum verändert. Versteuerter Spiritus loco ohne Fass 98,3—98,4 M. bez., per April-Mai 99,8—99,7—99,8 M. bez., per Mai-Juni 100,4 bis 100,5 M. bez. Spiritus mit 50 Mark Verbrauchsabgabe loco ohne Fass 49,6—49,7 Mark bez. Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe loco ohne Fass 31,2—31,3 Mark bez. Spiritus mit 50 Mark Verbrauchsabgabe per April-Mai 51,4 bis 51,5 Mark bez., per Mai-Juni 51,9 bis 52,1 M. bez., per Juni-Juli 52,7—52,9 M. bez., per Juli-August 53,5—53,6 Mark bez., per August-September 54,1—54,3 M. bez. Spiritus mit 70 Mark Verbrauchsabgabe per April-Mai 31,8—33 Mark bez., per Mai-Juni 33,3 bis 33,5 Mark bez., per Juni-Juli 34,2—34 Mark bez., per Juli-August 34,7 bis 34,9 M. bez., per August-September 35,1—35,4 M. bez.

Hamburg, 3. Februar, 11 Uhr. (Anfangsbericht.) **Kaffee.** Good average Santos per März 64, per Mai 63 1/4, per September 60, per December 59 1/2. Ruhig.

Hamburg, 3. Februar, 3 Uhr 30 Min. (Schlussbericht.) **Kaffee.** Good average Santos per März 63 3/4, per Mai 62 3/4, per September 59 3/4, per December 59 1/4. Ruhig.

Havre, 3. Februar, 10 Uhr 30 Min. (Telegr. von Peimann, Ziegler und Co.) Kaffee good average Santos per Februar 77,00, per Mai 76,50, per August 73,75, per December 72,00. Behauptet.

Magdeburg, 3. Februar. **Zuckerbörse.** Termine per Februar 15,00—15,125 M. bez. Br., 15,10 M. Gd., per März 15,20—15,275 M. bez., 15,40 M. Br., 15,35 Mark Gd., per April 15,50—15,525 M. bez., 15,60 M. Br., 15,55 M. Gd., per April-Mai 15,50—15,65 Mark bez., per Mai 15,75 M. Br., 15,70 M. Gd., per Juni, Juni-Juli, Juli-October-December 13,25 M. Br., 13,175 M. Gd. — Tendenz: Fest.

Paris, 3. Februar. **Zuckerbörse.** Rohzucker 88° behauptet, loco 38,50—38,75, weisser Zucker behauptet, per Februar 42,10, per März 42,50, per März-Juni 42,80, per Mai-August 43,30.

London, 3. Februar. **Zuckerbörse.** 96proc. Javazucker 16 1/4, ruhig. Rüben-Rohzucker 14 7/8, schwankend.

London, 3. Febr. Prompte Zucker fest, spätere Lieferung vernachlässigt, bas. 88 per Februar 15, 1 1/2 + 1/2 pCt., per März 14, 10 1/2, per April 15, 4 1/2, neue Ernte 13.

Börsen- und Handels-Depeschen.

Berlin, 3. Februar. [Amtliche Schluss-Course.] Schwach.

Cours vom	2.	3.
Eisenbahn-Stamm-Actien.		
Mainz-Ludwigshaf.	103 20	102 90
Galiz. Carl-Ludw.-B.	77 40	77 30
Gotthardt-Bahn	116 90	116 20
Warschau-Wien	132 50	131 —
Lübeck-Büchen	161 90	161 40
Mittelmeerbahn	118 60	118 20
Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.		
Breslau-Warschau	53 40	53 70
Ostpreuss. Südbahn	109 75	109 90
Bank-Actien.		
Bresl. Discontobank	90 60	90 20
do. Wechslerbank	98 30	98 60
Deutsche Bank	163 50	163 —
Disc.-Command. ult.	190 70	190 —
Oest. Credit-Anstalt	138 50	138 20
Schles. Bankverein	109 10	108 50
Industrie-Gesellschaften.		
Brsl. Bierbr. Wiesner	— —	44 —
do. Eisenb. Wagenb.	102 —	101 40
do. verein. Oelfabr.	78 —	77 —
Hofm. Waggonfabrik	93 75	92 —
Oppeln. Portl.-Cemt.	99 25	98 60
Schlesischer Cement	173 20	173 10
Bresl. Pferdebahn	130 —	131 50
Erdmannsdrf. Spinn.	69 40	66 90
Kramsta Leinen-Ind.	117 50	117 75
Schles. Feuerversich.	— —	— —
Bismarckhütte	130 70	130 90
Donnersmarckhütte	46 —	45 40
Dortm. Union St.-Pr.	68 70	68 30
Laurahütte	90 60	89 70
do. 4 1/2% Oblig.	103 50	103 40
Görl Eis.-Bd. (Lüders)	121 25	119 25
Oberschl. Eisb.-Bed.	63 70	63 —
Schl. Zinkh. St.-Act.	135 70	136 —
do. St.-Pr.-A.	136 50	136 70
Bochum. Gusssthl. ult	137 —	135 70
Tarnowitzer Act.	25 —	26 —
do. St.-Pr.	58 50	58 50
Redenhütte Act.	— —	— —
do. Oblig.	103 50	103 10
Inländische Fonds.		
D. Reichs-Anl. 4%	107 70	107 70
do. do. 3 1/2%	100 70	100 70

Cours vom	2.	3.
Preuss. Pr.-Anl. de 55	147 —	147 40
Pr. 3 1/2% St.-Schldsch	100 30	100 30
Preuss. 4% cons. Anl.	107 10	107 10
Prss. 3 1/2% cons. Anl.	101 30	101 20
Schl. 3 1/2% Pfdbr. L. A	99 90	99 90
Schles. Rentenbriefe	104 50	104 50
Posener Pfandbriefe	102 80	103 —
do. do. 3 1/2%	99 60	99 60
Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.		
Oberschl. 3 1/2% Lit. E.	100 —	100 —
do. 4 1/2% 1879	— —	104 25
R.-O.-U.-Bahn 4% II.	— —	— —
Mähr.-Schl.-Cent.-B.	46 80	— —
Ausländische Fonds.		
Italienische Rente	94 50	94 10
Oest. 4% Goldrente	87 —	86 70
do. 4 1/5% Papierr.	62 50	— —
do. 4 1/5% Silberr.	64 30	64 —
do. 1860er Loose	110 20	109 —
Poln. 5% Pfandbr.	53 80	53 90
do. Liqu.-Pfandbr.	48 30	48 30
Rum. 5% Staats-Obl.	92 70	91 90
do. 6% do. do.	104 10	104 —
Russ. 1880er Anleihe	77 40	77 10
do. 1884er do.	91 30	90 80
do. Orient-Anl. II.	52 50	52 50
do. 4 1/2 B.-Cr.-Pfbr.	83 20	83 20
do. 1883er Goldr.	105 60	105 80
Türkische Anleihe	13 90	13 70
do. Tabaks-Actien	78 20	78 —
do. Loose	31 50	31 30
Ung. 4% Goldrente	77 90	77 50
do. Papierrente	66 60	66 60
Serb. amort. Rente	78 —	77 70
Banknoten.		
Oest. Bankn. 100 Fl.	160 80	160 80
Russ. Bankn. 100 SR.	174 70	174 60
Wechsel.		
Amsterdam 8 T.	169 05	— —
London 1 Lstrl. 8 T.	20 36 1/2	— —
do. 1 „ 3 M.	20 29	— —
Paris 100 Frcs. 8 T.	80 75	— —
Wien 100 Fl. 8 T.	160 75	160 70
do. 100 Fl. 2 M.	160 20	160 10
Warschau 100 SR 8 T.	174 30	174 —

Privat-Discont 1 1/2%.

Berlin, 3. Februar, 3 Uhr 10 Min. [Dringliche Original-Depesche der Breslauer Zeitung.] Schwach.

Cours vom	2.	3.
Oesterr. Credit. ult.	138 62	138 25
Disc.-Command. ult.	190 75	190 —
Berl. Handelsges. ult.	151 75	150 87
Franzosen ult.	85 12	85 12
Lombarden ult.	33 50	33 25
Galizier ult.	77 25	77 —
Lübeck-Büchen ult.	162 —	161 25
Marienb.-Mlawka ult.	52 50	52 —
Ostpr. Südb.-Act. ult.	74 —	73 —
Mecklenburger ult.	131 37	130 87

Cours vom	2.	3.
Mainz-Ludwigsh. ult.	103 12	102 75
Drtm. Union St. Pr. ult.	68 62	67 87
Laurahütte ult.	90 62	89 87
Egypter ult.	74 50	74 25
Italiener ult.	94 12	93 75
Ungar. Goldrente ult.	77 50	77 25
Russ. 1880er Anl. ult.	77 12	76 87
Russ. 1884er Anl. ult.	90 87	90 62
Russ. II. Orient-A. ult.	52 25	52 —
Russ. Banknoten ult.	174 25	174 —

Frankfurt a. M., 3. Februar. Mittags. Creditactien 213 3/8. Staatsbahn 169 3/4. Lombarden —, —. Galizier 154 5/8. Ungarische Goldrente 77, 50. Egypter 74, 50. Laura —, —. Schwach

Berlin, 3. Februar. [Schlussbericht.]

Cours vom	2.	3.
Weizen. Flau.		
April-Mai	168 25	167 —
Juni-Juli	173 —	172 —
Roggen. Flau.		
April-Mai	122 75	121 75
Mai-Juni	124 75	123 75
Juni-Juli	126 75	125 75
Hafer.		
April-Mai	115 75	115 —
Juni-Juli	120 75	118 —

Cours vom	2.	3.
Rüböl. Still.		
April-Mai	46 —	46 10
Juni-Juli	46 40	46 40
Spiritus. Fester.		
loco (versteuert)	98 40	98 40
do. 50er	51 40	49 70
do. 70er	31 40	31 30
April-Mai	99 80	99 80
Mai-Juni	100 50	100 50

Stettin, 3. Februar. — Uhr — Min.

Cours vom	2.	3.
Weizen. Flau.		
April-Mai	170 50	169 —
Juni-Juli	175 —	173 50
Roggen. Flau.		
April-Mai	119 50	118 50
Juni-Juli	124 50	123 —
Petroleum.		
loco (verzollt)	12 75	12 75

Cours vom	2.	3.
Rüböl. Still		
Februar	46 50	46 50
April-Mai	47 —	46 50
Spiritus.		
loco ohne Fass	97 50	97 50
loco mit 50 Mark Consumsteuer belast.	49 —	49 —
loco mit 70 Mark	31 —	31 —
April-Mai	99 50	99 50

Wien, 3. Februar. [Schluss-Course.] Schwach.

Cours vom	1.	3.
Credit-Actien	268 75	268 10
St.-Eis.-A.-Cert.	211 80	211 50
Lomb. Eisenb.	83 —	82 —
Galizier	193 75	191 50
Napoleonsd'or	10 02	10 02

Cours vom	1.	3.
Marknoten	62 17	62 17
4% ung. Goldrente	96 90	96 45
Silberrente	79 80	79 75
London	126 65	126 70
Ungar. Papierrente	83 20	82 95

Paris, 3. Februar. 3% Rente 81, 40. Neueste Anleihe 1872 106, 52. excl. Italiener 93, 50. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. Egypter 375, 31. Träge.

Paris, 3. Februar. Nachm. 3 Uhr. [Schluss-Course.] Fest.

Cours vom	2.	3.
3proc. Rente	81 52	81 55
Neue Anl. v. 1886	— —	— —
5proc. Anl. v. 1872	106 50	106 75
Italien. 5proc. Rente	93 90	93 77
Oesterr. St.-E.-A.	422 50	422 50
Lombard. Eisenb.-A.	178 75	178 75

Cours vom	2.	3.
Türken neue cons.	14 15	14 20
Türkische Loose	— —	— —
Goldrente, österr.	87 1/2	87 —
do. ungar. 4pCt.	77 5/8	77 1/2
1877er Russen	— —	— —
Egypter	375 31	375 —

London, 3. Februar. Consols 102, 11. 1873 Russen 91 1/4. Egypter 74 1/8. Thauwetter.

London, 3. Februar. 1 Uhr 35 Min. Russen 91 3/8.

Köln, 3. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco —, per März 17, 65, per Mai 18, —. Roggen loco —, per März 12, 70, per Mai 12, 95. Rüböl loco 25, 50, per Mai 24, 80. Hafer loco 13, 50.

Hamburg, 3. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 165—170. Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco 122—128, russischer loco ruhig, 90—96. Rüböl matt, loco 47. Spiritus matt, per Febr.-März 22 1/2, per März-April 22 3/4, per April-Mai 23, per Mai-Juni 23 1/4. Wetter: Schnee.

Amsterdam, 3. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen loco niedriger, per März 190, per Mai 191. — Roggen loco unverändert, per März 104, per Mai 104, per October 108. — Rüböl loco 27 1/4, per Mai 25 1/8, per Herbst 25 1/8. Geschäftslos.

Paris, 3. Februar. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Weizen ruhig, per Februar 23, 30, per März 23, 60, per März-Juni 23, 90, per Mai-August 24, 10. Mehl ruhig, per Februar 51, 30, per März 51, 60, per März-Juni 52, 10, per Mai-August 52, 60. Rüböl fest, per Febr. 54, 25, per März 54, 25, per März-Juni 54, 25, per Mai-August 54, 25. Spiritus behauptet, per Febr. 47, —, per März 47, 25, per März-April 47, 25, per Mai-August 48, —. — Wetter: Kalt.

London, 3. Febr. [Getreidemarkt.] (Schlussbericht.) Sämmtliche Getreidearten ruhig, Weizen nominell, Montagscourse. Mehl, Hafer flauer, russischer Hafer ruhig, fest, Uebriges stetig. Fremde Zufuhren: Weizen 12 500, Gerste 8210, Hafer 92 080. — Wetter: Thauwetter.

Liverpool, 3. Februar. [Baumwolle.] (Schluss.) Umsatz 12 000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Stetig.

Abendbörsen.

Wien, 3. Februar, Abends 5 Uhr 30 Min. Oesterr. Credit-Actien 268, —, Galizier 191, 75, Marknoten 62, 17, 4proc. Ungar. Goldrente 96, 55. Still.

Frankfurt a. M., 3. Februar, Abends 7 Uhr 3 Min. Credit-Actien 213, 87, Staatsbahn —, —, Lombarden 65 1/4, Galizier 154, 37, Ungar. Goldrente 77, 40, Egypter 74, 30. Schluss befestigt.

Hamburg, 3. Februar, 8 Uhr 52 Min. Abends. Oesterreichische Credit-Actien 219 3/4, 1884er Russen 85 7/8, Deutsche Bank 162 1/2, Disconto-Commandit 188 3/8, Russische Noten 174. — Tendenz: Sehr bewegt auf die Publication des deutsch-österreichischen Bündnissvertrages. Schluss etwas erholt.

Marktberichte.

• **Breslauer Eiermarkt.** [Wochenbericht von W. Schreier.] Breslau, 3. Februar 1888. Das Geschäft in der abgelaufenen Woche bot ein Bild, wie es vielleicht seit Jahren nicht zu verzeichnen gewesen ist. Infolge ausserordentlich hoher von auswärts gemeldeter Preise und einer abnormen Knappheit von Waare blieben die Zufuhren so geringfügig, dass der ziemlich lebhafte Bedarf nicht annähernd gedeckt werden konnte. Eine ganz bedeutende Steigerung der Preise war daher unausbleiblich und wurden im Engrosgeschäft normale Eier mit 3,60—3,70 M. per Schock leicht begeben, während dieselben im Kleinhandel 3,90 Mark per Schock, 1—1,05 M. per Mandel erzielten. Die noch vorhandenen Bestände von Kalkeiern fanden mit 3,20 M. per Schock und mittelgrosse frische Eier mit 3 M. leicht Absatz.

Die Verlobung unserer Tochter **Clara** mit Herrn **Julius Liebrecht** beehren wir uns ergebenst anzuzeigen. [2364]

Aron Levin und Frau.

Dramburg, im Januar 1888.

Clara Levin,
Julius Liebrecht,
Verlobte.
Dramburg i. P. Berlin.

Die Verlobung ihrer Tochter **Hulda** mit dem Kaufmann Herrn **Isidor Engländer** aus Gnesen beehren sich ergebenst anzuzeigen

Max Birnbaum u. Frau.

Trachenberg i. Schl., [1648]
den 1. Februar 1888.

Statt besonderer Meldung.

Heute Abend schenkte uns der liebe Gott ein gesundes kräftiges Mädchen.

Dieses zeigen allen Verwandten und Freunden hocherfreut an [2380]

Gotthard Völkel und Frau **Alexandrine,** geb. **Wagner.**

Breslau, 2. Februar 1888.

Heut Morgen 9¼ Uhr entschlief sanft unsere inniggeliebte treue Gattin, Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante, [2376]

Frau Louise Bolz,
geb. **Vogt,**
im 51. Lebensjahre.

Breslau, 3. Februar 1888.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Fritz Bolz, Bäckermeister,
nebst Kindern.

Beerdigung: Montag Nachmittag 3 Uhr nach Rothkretscham.

Am 3. d. M. Vorm. verschied nach schwerem Leiden unsere verehrte Hauswirthin, [2368]

Frau Bäckermeister
Louise Bolz.

Ihr Andenken werden stets in Ehren halten

die Miether des Hauses Brüderstraße Nr. 15.

Todes-Anzeige.

Heut früh 4 Uhr starb plötzlich nach kurzem Krankenlager unser herzensguter, inniggeliebter Gatte, unser stets liebend sorgender Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Rendant der Actien-Gesellschaft Breslauer Schlachtvieh-Markt [2373]

Theodor Beyer,

im Alter von 53 Jahren. Dies zeigen schmerzerfüllt allen Freunden und Bekannten mit der Bitte um stille Theilnahme an

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Breslau, den 3. Februar 1888.
Beerdigung: Montag Nachmittag 3 Uhr.

Am 3. d. Mts. starb nach kurzem Krankenlager der Rendant der Actiengesellschaft Breslauer Schlachtvieh-Markt

Herr Theodor Beyer.

Seine seit Bestehen der Actiengesellschaft stets bewiesene Pflichttreue und Zuverlässigkeit sichern ihm bei uns ein bleibendes Andenken. [1666]

Breslau, den 3. Februar 1888

Der Aufsichtsrath.

Heute früh 4 Uhr entschlief sanft nach kurzem Krankenlager der Rendant der Actiengesellschaft Breslauer Schlachtvieh-Markt

Herr Theodor Beyer.

Der Dahingeschiedene hat während eines zwanzigjährigen Zeitraums in musterhafter Treue und mit regstem Interesse uns thätig zur Seite gestanden, und wie wir seinen Verlust aufs Schmerzlichste empfinden, werden wir ihm immerdar eine dankbare Erinnerung bewahren. [1667]

Breslau, den 3. Februar 1888.

Die Direction.

Heut Nachmittag 3 Uhr verschied nach kurzem Krankenlager

Herr Julius Ebstein.

Derselbe gehörte seit 25 Jahren der Verwaltung als Vorsteher und zuletzt als Repräsentant der hiesigen Synagogen-Gemeinde an. Derselbe zeichnete sich stets durch reges Interesse und grossen Pflichteifer aus und wird uns sein Andenken unvergesslich bleiben. [1671]

Kosel, den 2. Februar 1888.

Der Vorstand. Das Repräsentanten-Collegium.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichen Mitgefühls bei dem Hinscheiden und der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders, welche uns in so liebe- und werthvoller Weise von nah und fern dargebracht worden sind, unsern innigsten tiefgefühltesten Dank. [2377]

Wittwe Louise Windisch als Mutter.
Karl Windisch als Bruder.

Schönstes Geschenk

Von **kleinen Portraits,** besonders von **Photographien Verstorbener,** fertige ich große Wandbilder [2010] **schon von 3 Mark an.** Prompte Erledigung schriftl. Aufträge.

Ad. Pick Photograph, Nicolaistr. 69.

Sensationell von zündender Wirkung

s' Bettelarmband

(und diese Bettelei erlaubt die Polizei!)
wird überall mit colossalem Erfolg gesungen. [1560]
Preis 75 Pfg.
(Für Orchester ersch. in 3 Tagen.)
Starke & Sackur,
Musikalien- u. Instrumenten-Handlung,
Neue Taschenstraße 4.

Bücher, 2363

ganze Bibliotheken, Musikalien kauft **W. Löwisohn,** antiqu. Buchhandlung, Catharinenstr., vis-à-vis Haase's Brauerei.

5- u. 6 Pfg.-Cigarren,

prachtvolle Qualitäten empfiehlt **C. Stübenrath,** Holteistr. 31.



Reparaturen an **Velocipeden** werden sachverständig und preiswerth ausgeführt in der mechanischen Werkstatt [6598] von

Jul. Dressler & Co., Ring 49,
Nähmaschinen- u. Fahrräderfabriklag.

Stadt-Theater.

Sonnabend. Erhöhte Preise. (Parquet 3 Mark 50 Pf. rc.) Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer: **„'s Nullerl."** Volksstück mit Gesang in 5 Aufzügen von J. Morre. (Der Null-Anerl: Herr Felix Schweighofer.)

Sonntag Abend. Erhöhte Preise. (Parquet 5 M. rc.) 3. Gastspiel der Großherzogl. oldenburgischen Kammersängerin Frau Moran-Olden: **„Norma."** Große Oper in 3 Acten von V. Bellini. (Norma: Frau Moran-Olden.)

Nachmittags. (Halbe Preise.) **„Die Journalisten."** Lustspiel in vier Acten v. G. Freytag.

Montag. Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer. **„s' Nullerl."**

Thalia-Theater.

Sonntag, den 5. Februar. Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer. Z. 2. Male: **„Die Gipsfigur."** Posse mit Gesang und Tanz in 3 Acten von Th. Taube. [1670]

Dinstag, den 7. Februar. Gastspiel des Herrn Felix Schweighofer. Z. 3. Male: **„Die Gipsfigur."**

Lobe-Theater. 1661

Sonnabend, den 4. Februar. Zum 1. Male: **„Pfingsten in Florenz."** Operette in 3 Acten von Alfons Czibulka.

Sonntag. Nachm. 4 Uhr: **„Breslauer Semmelwochen."**

Abends 7¼ Uhr: **„Pfingsten in Florenz."**

Helm-Theater. 1658

Heute Sonnabend, den 4. Februar: **Benefiz für Theodor Handrich. „Geld wie Heu."** Posse mit Gesang in 5 Bildern.

Ausschank von vorzügl. **Helm-Bräu.**

Verein für class. Musik.

Mozart, a. Fantasie u. Fuge, c-dur, b. Sonate, a-moll } f. Clav.
Raff, chromat. Sonate f. Clavier u. Violine (in **einem** Satz), g-moll, op. 129. [1669]
Volkmann, Streichquartett, g-dur, op. 129.
Clavier: Dr. **Polko.**
Gastbillets (Mk. 1) bei **Lichtenberg.**

Frauenbildungs-Verein.

Montag 7½ Uhr: Frl. **Beauvais:** „Ein Stündchen am Herd". [1662]

Humboldtverein für Volksbildung.

1) **Sonntag, den 5. Febr., Nachm. 5 Uhr, im Musiksaale der Königl. Universität, Vortrag des Herrn Realgymnasiallehrers Dr. Franke: „Die Bedeutung der Wälder".**

2) **Donnerstag, den 9. Februar, Abends 8 Uhr, im Auditorium maximum der Kgl. Universität, III. Vortrag des Cyclus des Herrn Dr. med. Theodor Körner: „Die Verdauungsorgane des Menschen".** [687]

Victoria-Theater.
Simmenauer Garten.
Heute: Neu:

Mlle. Constanze, Eidechsdame, **Miss Luciana,** Balance-Equilibristin, **Selma la Tendresse,** Walzer-Sängerin, Signor **F. Vallo** in seinen Antipodenspielen und **Gebr. Herrnfeld,** Carricaturen-Duettisten.
Auftreten der Duettistinnen **Arabella und Marie Erica,** der Kärnthner Sängerin **Therese Nachtschatt.**
Lebende Marmorgruppen, 2 Damen, 4 Herren.
Wokan, Bravour-Stelzenspringer, Elite-Akrobaten-Gesellschaft **Moser.** [1660]
Anfang 7½ Uhr. Entree 60 Pfg.

Zeltgarten.

Sensationelle gymn. Luftproductionen, ausgeführt von
Troupe Hegelmann
(5 Herren, 1 Dame). Auftreten **Gebr. Meinhold,** Gesangshumoristen,
Eugen Fredy, Komiker, Frl. **Moser,** Frl. **Elisa Weyer,** Frl. **Elli Werner,** Sängerinnen. **Troupe Henry de Vry,** Mimiker, **Sisters Lillis,** Velocipedistinnen, **Henry de Vry,** Transparentmaler. [1659]
Anfang 7½ Uhr. Entree 60 Pf.

Verl. a. 1. d. M. v. Rosenthalerstr. bis Stadtgr. u. Brüderstr. eine silb. Remontoir-Uhr o. Kette, abz. g. gute Bel., **Brüderstr. 3d, IV,** bei **Michalsky.**

Saal, 2072

neu erbaut, zu **Hochzeiten, Festlichkeiten,** 100 Personen fassend, **gratis.**
H. Tockus, Wallstr. 13.

Gute Pension

finden 2 junge Leute bei **P. Rosenthal, Carlsstraße 11, 2. Etage.** [2372]

Ich bin zur **Rechtsanwaltschaft** bei dem Königlichen Amtsgericht zu **Katscher** zugelassen. [643]

Paul Richter, Rechtsanwalt.

Plomben und Zähne,
Zahnziehen, Nervtödten rc.
Robert Peter, Dentist,
Reuschestr. 1, I., Ecke Herrenstr.

Jedes Hühnerauge,
Hornhaut, Warze, eingewachs. Nägel, Frostballen etc. beseitigt schmerzlos
M. Schmidt, Ring 27, neb. gold. Becher.

Speisen.

Morgen Sonntag, v. 12 Uhr ab:
Plumpudding à la Glace und Prinz Pückler,
à 25 Pf., empfiehlt [2356]
F. Wolff's Conditorei,
17, Schmiedebrücke 17.

Special-Geschäft
für
Bier-Versand
in
Fässern und Flaschen
aus den best renommirten Brauereien empfehlen loco
frei ins Haus
geliefert von **3 Mark** ab:

25 Fl. **Lagerbier** von **E. Januscheck, Schweidnitz.**
25 Fl. **Tafelbier** von **Kipke.**
20 Flasch. **Dresdener Waldschlösschen.**
20 Fl. **Grätzer Bier.**
15 Fl. **Böhm. Lagerbier.**
15 Fl. **lichtes Culmbacher.**
12 Fl. **Culmbacher Exportb.**
12 Fl. **Münchener Spatenbr.** von **Gabriel Sedlmayr.**
12 Fl. **Pilsener Lagerbier,** I. Pilsen. Act.-Brauerei.
6 Fl. **Englisch Porter.**
5 Fl. **Englisch Ale.**

Einlage pro Flasche 10 Pf.
Auswärtige Bestellungen, jedoch **nicht unter 50 Flaschen,** werden prompt erledigt. [613]
Preisverzeichnisse für **Wiederverkäufer** werden auf Wunsch zugesandt. Aufträge in Quantitäten von mindestens 33 Hekt. werden ab **Culmbach, München, Pilsen** und **Dresden** in eigenen Eis-Waggons der Brauereien ausgeführt.
Bestellungen innerhalb der Stadt erbitten frankirt per Stadtpost.

M. Karfunkelstein & Co.,
Hoflieferanten,
Breslau,
Schmiedebrücke Nr. 50.
Stadtfernsprechstelle Nr. 87.

Drehorgeln
für [686]
Caroussel, Panorama, Strasse und **Tanzlocale**
billigst in der
Perm. Ind.-Ausstell.,
Schweidnitzerstr. 31, I. Et.

Gänzlicher Ausverkauf.
Teppiche, Möbelstoffe, Tisch-, Reise- und Pferdedecken, Läuferstoffe rc.
zu jedem annehmbaren Preise.
J. L. Sackur,
Schweidnitzerstraße 3 und 4, erste Etage. [1254]

C. BRANDAUER & CO.
RUNDSPITZFEDERN oder



sowie alle anderen feinsten Qualitäten für jeden Zweck und jede Hand.
Mustersortimente zu 50 Pfennigen.
Zu beziehen durch jede Papierhandlung.
Niederlage bei: S. Loewenhain, 171 Friedrichstr., Berlin W.

Locomobilen
von 3—50 Pferdestärken,
mit ausziehbarem Feuerröhrenkessel, bes. für industrielle Anlagen, stets vorräthig oder in Arbeit. [1351]
Güttler & Co.,
Briegischdorf—Brieg.

In einer gebildeten jüd. Familie finden 2 Schüler eine gewissenhafte **Pension** für soliden Preis. Nachhilfe im Hause. Näheres im Destillationsgeschäft **Königsstraße 11.** [2374]

Breslauer Handwerker-Verein.
Sonnabend, 4. Febr. 1888:
bei Paul Scholtz (Margarethenstraße):
Großer Maskenball
(maskirt und unmaskirt).
Großartige Verloosung für Damen,
Fackelpolonaise u. s. w.

Entrée für Mitglieder: Herren 1 Mk., Damen 50 Pf.
Für durch Mitglieder eingeführte Gäste: Herren 1,50 Mk., Damen 75 Pf.
Billets bei Herrn **Müller,** Ring 3, im Laden.
Galeriebillets à 25 Pf. **nur** Abends an der Controle.
Eine reichhaltige **Maskengarderobe** von **A. Franz** im Local.
Einlaß 7 Uhr. [1422]

Ring 16, gold. Becherseite,
auch Junkernstr. 36.

Breslauer Imbiss-Halle

Eröffnung
Sonntag, den 5. d. Mts.

Restaurant Frankenbräu,
Schweidnitzerstraße 12. [2378]

Heute von 10 Uhr an **Eisbeine mit Sauerkohl,** große Auswahl **Stammfrühstück und Stammabendbrot** à Portion 30 Pf. **Kräftigen Mittagstisch** à Couvert 1 Mark (4 Gänge), **im Abonnement billiger.**

Biere hochfein à Glas 20 Pf.

Wir kaufen bis auf Weiteres die für Johanni 1888 zur Baarzahlung gekündigten Schlesischen 4% und 4½% Pfandbriefe

zu 100½ pCt.

Der zu Johanni 1888 fällige Kupon ist mitzuliefern; die Stückzinsen bis zum Tage der Einlieferung werden von uns vergütet. [2382]

Breslau, im Februar 1888.

Schlesische landschaftliche Bank zu Breslau.

Feuerversicherungsbank für Deutschland zu Gotha.
Auf Gegenseitigkeit errichtet im Jahre 1821.
Bekanntmachung.

Nach dem Rechnungsabschluß der Bank für das Geschäftsjahr 1887 beträgt die in demselben erzielte Ersparniß:

75 Procent

der eingezahlten Prämien. [679]

Die Banktheilnehmer empfangen, nebst einem Exemplar des Abschlusses, ihren Dividenden-Antheil in Gemäßheit des zweiten Nachtrags zur Bankverfassung der Regel nach beim nächsten Ablauf der Versicherung, beziehungsweise des Versicherungsjahres, durch Anrechnung auf die neue Prämie, in den in obigem Nachtrag bezeichneten Ausnahmefällen aber baar durch die mitunterzeichnete General-Agentur, bei welcher auch die ausführliche Nachweisung zum Rechnungsabschluß zur Einsicht für jeden Banktheilnehmer offen liegt.

Im Februar 1888.

A. Reinhardt, Generalagentur, **Neue Taschenstraße 31.**
Carl Geister i. Fa. **G. Michalowicz Nachfolger, Schmiedebrücke 17/18.**
Alexander Wagner i. Fa. **Nicolaus Hartzig, Nicolaistraße 8.**

Um Imitation zu vermeiden, verlange man ausdrücklich

Düsseldorfer Punschsyrope
von Johann Adam Roeder, [649]
Hoflieferant Sr. Majestät des Königs von Preussen.

Eduard Heger's aromatische Schwefel-Seife,

nur allein vom Königl. Kreisphysikus Herrn **Dr. Alberti** in Jauer geprüft und empfohlen.



vom Königl. hohen Medicinal-Collegio von Schlesien begutachtet und zum Verschleiß gestattet.

Seit 37 Jahren rühmlichst bekannt als eine **vorzügliche Toiletteseife zur Beseitigung** aller **Arten Hautunreinigkeiten. Finnen, Flechten, Frostbeulen,** zur **Erhaltung** und **Wiederherstellung** eines **gesunden Teints,** bewährt auch als **Zahnseife.** Echt zu haben bei **H. E. Saffran, Neumarkt 23; E. Gross, Neumarkt 42; B. Lischke, Königsplatz 4; S. Cohn, Kätzelohle 6** in **Breslau: Ph. Grüneberger, Liegnitz; A. Bänder, Brieg; Carl Hein, Glatz; E. Buchmann, Neisse; J. F. Wunsch, Neurode; Gebrdr. Dessauer, Ratibor; W. Lück, Tarnowitz; F. Franke, Rawitsch** u. a. bekannten Niederlagen, sowie direct durch **E. Heger** in **Jauer** zu beziehen. [1649]

Oeffentliche Ausschreibung auf Lieferung **740 Gewichtstonnen Granitpflastersteinen.** Die Lieferungsbedingungen liegen in unserem Geschäftsbureau — Centralbahnhof, Zimmer 21 — aus und sind auch von da gegen portofreie Einsendung von 50 Pf. zu beziehen. Eröffnungstermin der Angebote **am 11. Februar cr., Vormittags 10 Uhr.** Zuschlagsfrist zwei Wochen. [1653]

Breslau, den 27. Januar 1888.

Königliches Eisenbahn-Betriebsamt (Brieg—Lissa).

Verpachtung.

In unserem Gebäude **„Neue Börse" zu Breslau** sollen **bald oder später weiter verpachtet werden:**

1) der **gewölbte Restaurationskeller,** ca. 385 Quadratmeter groß
2) das im Hochparterre befindliche eigentliche

Börsenrestaurant;

3) **der an der** Promenade gelegene

Börsengarten

und

4) **die zugehörigen Lagerkeller.**

Pachtlustige wollen wegen etwaiger mündlicher Erkundigungen über die Pachtbedingungen sich in den Dienststunden im Handelskammer-Bureau (Neue Börse 1 Treppe) einfinden, schriftliche Anfragen aber und bezügliche Offerten womöglich noch im Laufe **des Monats Februar uns einsenden.** [685]

Breslau, 1. Februar 1888.

Der Breslauer Börsen-Actien-Verein.

Verein für Handl.-Commis von 1858

Hamburg, Deichstrasse 1, I.
Monat Januar 1888.

213 Bewerber wurden placirt.
722 Aufträge blieben ultimo schwebend.
1586 hiesige und auswärtige Mitglieder (davon 1208 noch in Stellung) und Lehrlinge blieben ultimo als Bewerber notirt.

Anmerkg. Für die noch nicht eingelösten **Mitgliedskarten** und **Quittungen** ist ausser dem Beitrage **Verzugs-Vergütung** zu entrichten. [689]

Die Verwaltung.

Concursverfahren.

In dem Concursverfahren über das Vermögen der verwittweten Handelsfrau [1651]

Anna Menzler, geb. **Heinisch**,

in Neustadt OS. ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin

auf den 18. Februar 1888, Vormittags 9 Uhr,

vor dem Königlichen Amtsgerichte hierselbst im Zimmer Nr. 11 des Hauptgeschäftsgebäudes anberaumt.

Neustadt OS., den 30. Jan. 1888.

Schurmann,
Gerichtsschreiber
des Königlichen Amts-Gerichts.

Oeffentliche Bekanntmachung.

Ueber das Vermögen des Papierfabrikanten

E. Hempel

zu Wehrau ist

am 1. Februar 1888, Mittags 12 Uhr,

Concurs eröffnet.

Verwalter: Rechtsanwalt **Beninde** zu Bunzlau.

Offener Arrest mit Anzeigefrist **bis zum 21. März 1888 einschließlich.**

Erste Gläubigerversammlung: **25. Februar 1888, Vormittags 10 Uhr.**

Allgemeiner Prüfungstermin: **7. April 1888, Vormittags 10 Uhr,**

im hiesigen Gerichtsgebäude, Termins-Zimmer Nr. 9. [1646]

Bunzlau, den 1. Februar 1888.

Königliches Amts-Gericht.
Nehls, Gerichtsschreiber.

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist unter laufende Nr. 125 die Firma

Carl Scharff

zu Tarnowitz und als deren Inhaber der Kaufmann **Karl Scharff** zu Tarnowitz am 31. Januar 1888 eingetragen worden. [1652]

Tarnowitz, den 31. Januar 1888.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Die Baronin **Saurma**, geb. Gräfin **Hatzfeld**, auf Rochusberg bei Sagan wohnhaft, ist im Jahre 1884 als Verschwenderin unter Vormundschaft gestellt und dürfen demgemäß ohne Genehmigung des Vormundes, Justizrath **Unverricht** in Sorau i. L., ihr weder Sachen noch Geld auf Credit verabfolgt werden. [1645]

Sorau, den 23. Januar 1888.

Königliches Amts-Gericht.
Abtheilung II.

Bekanntmachung.

Nachdem der Antrag zurückgenommen, wird das Zwangs-Versteigerungs-Verfahren bezüglich der Grundbuchnummer 108 A Freiburg, und namentlich der Termin am 29. Februar und 1. März 1888 aufgehoben. [1647]

Freiburg i. Schl., den 1. Febr. 1888.

Königliches Amts-Gericht.

In der Filialgemeinde Jauer soll **zum 1. Juli d. J.** die Stelle **des Cantors, Schächters und geprüften Religionslehrers** mit einem jährlichen Gehalt von **1000 Mark** excl. Nebeneinkünfte besetzt werden. Bewerber wollen Zeugnisse dem Unterzeichneten einsenden. Reisekosten werden blos Demjenigen vergütet, der gewählt wird.

Die Vorstandscommission.
J. Guhrauer.

Bekanntmachung.

Die Lieferung der auf unseren Schachtanlagen für das Etatsjahr 1888/89 erforderlichen **Drahtförder- rc. Seile** soll im Wege der Submission vergeben werden.

Hierauf Reflectirende wollen ihre Angebote bis spätestens zum Eröffnungstermin

Montag, den 20. Februar cr., Vormittags 11 Uhr,

an uns unter Anerkennung der Bedingungen einreichen. [1644]

Die Bedingungen können während der Amtsstunden bei uns eingesehen oder gegen Erstattung von 75 Pfg. Copialien von uns bezogen werden.

Zabrze OS., den 23. Jan. 1888.

Königl. Berginspection.

Eine **Dampfmühle** sucht direct m. Bäckern in Verbindung zu treten. Offerten unter E. D. 49 an die Erped. der Bresl. Ztg. [2385]

Ausverkaufs-Bekanntmachung.

Von **Montag, den 6.** an, werde ich im Auftrage wegen Todesfall und Aufgabe des

N. Brahn'schen Eisen-, Haus- u. Küchengeräthgeschäfts

in dem bisherigen Geschäftslocal **Herrenstraße 25** sämmtlich vorhandene Waaren, bestehend in: [2365]

eisern. **Töpfen, Oefen, Nägeln, Sägen, Beschlägen, Ofenthüren, Tischwaagen, Messern, Gabeln, Emaille- und Blechgeschirr, Tisch- u. Hängelampen,** darunter **4armige Kronen, Schlittschuhen,** sowie eine Masse **Eisengeräthe zu Bauzwecken, Haus- u. Feldarbeiten, allerhand Werkzeug,** ferner die vollständige **Laden- u. Kellereinrichtungen in kleineren** und **größeren Partien,** auch einzeln, **zu billigen aber festen Taxpreisen** ausverkaufen.

B. Jarecki, Auctionator.

30000 Mark

werden von einem **Fabrikbesitzer,** der auch Landbesitz hat, zur 1. Stelle gesucht. Off. unt. W. W. 51 an die Exped. der Bresl. Ztg. [2387]

Socius gesucht.

Inhaber eines sehr gut gehenden **Tuch-Engros-Geschäfts,** mit großem eigenen **Fabrikgrundstück,** in einer großen Fabrikstadt der Lausitz, sucht zur Vergrößerung desselben einen thätigen oder stillen **Socius** mit Capital. Off. sub L. 174 Erped. der Bresl. Ztg. [1650]

Besitzer einer **Dampfmühle,** die nach dem neuesten System für die Flach- u. Hochmüllerei eingerichtet ist, sucht einen **in der Mehlbranche erfahrenen, stillen Theilnehmer,** der den Besitzer zu vertreten im Stande wäre, und über ein Capital von 12-—15000 M. disponirt, das hypothek. sichergestellt wird. Off. sub M. L. 50 Erped. d. Bresl. Ztg.

Inhaber einer vor 6 Jahren mit einem Baarcapital von 26,000 Mk. neu errichteten Buchdruckerei, inzwischen um 7000 M. vergrößert, Druck zweier Zeitungen (eine Selbstverlag), sucht zum 15. März wegen Ausscheidens zufolge schwerer Krankheit des bisherigen Socius und nothwendiger Erweiterung des Geschäftes einen stillen oder thätigen

christl. Theilhaber

mit 25,000 M. Einlage. Bei stiller Betheiligung 8 bis 10 pCt. des Capitals pr. anno garantirt. Platz 40,000 Einwohner, Provinz Schlesien. Offerten unter **H. 2520** an **Haasenstein & Vogler, Breslau,** erbeten.

Eine bedeutende, mechan. Sammt- und Plüschweberei Crefeld's sucht einen tüchtigen, energischen [681]

Vertreter,

der den Artikel kennt und bei der Engros- und Export-Kundschaft sehr gut eingeführt ist. Pr.-Referenzen erforderlich. Fr. Offerten unter N. 6352 an **Rudolf Mosse, Cöln.**

Leistungsf. Wollenspinnerei und Strickerei
sucht für Westenabsatz
tüchtige Agenten,

welche namentlich auch in besseren Detailgeschäften eingeführt sind.

Offerten sub **Qu. 7409** an **Rud. Mosse, Leipzig.** [524]

Sehr günstige Offerte!

Nur Familienverhältnisse halber ist in der Kreis- und Garnisonstadt Rawitsch (14000 Einwohner) **ein seit ca. 10 Jahren bestehendes Glas-, Porzellan-, Lampen-, Haus- und Küchengeräth-Geschäft mit nachweislich feiner und guter fester Kundschaft bald zu verkaufen und am 1. April 1888 zu übernehmen. Der sehr geräumige Verkaufsladen liegt auf belebter Seite am Markt.** Zum Geschäftslocale **gehört eine unmittelbar mit demselben zu ebener Erde verbundene schöne Familienwohnung nebst allem Zubehör. Das zu übernehmende Waarenlager besteht nur aus neu angeschafften gangbaren Artikeln. Die Repositorien, Wandschränke rc. sind äußerst praktisch und sehr elegant eingerichtet.** [683]

Bewerber wollen sich melden unter Chiffre Z. Z. 999 postlagernd Rawitsch.

Agenten verbeten.

Eine **Villa in Kleinburg** mit schönem großen Garten, nahe der Pferdebahn, ist **zu verkaufen** event. zu vermiethen. Off. unter **E. V. 32** in der Erp. d. Bresl. Ztg. [2280]

Sehr hübsches Haus

mit schönem Garten ist in feinster Straße der Ohlauer Vorstadt

billig zu verkaufen.

Näheres unter **C. 388** durch **Rudolf Mosse, Breslau.** [666]

Als Capitalsanlage

zu verkaufen:
ein prachtvolles

Hausgrundstück

mit hübschem Garten, im Innern der Stadt, in angenehmster Lage.

Näheres unter **D. 389** durch **Rudolf Mosse, Breslau.** [665]

Geschäfts-Verkauf.

Wegen Todesfall ist ein seit 33 J. bestehendes **Band-, Posamentier-, Weißwaaren-Geschäft** mit guter Kundschaft, mit auch ohne Grundstück, bald zu **verkaufen.** Gefl. Offerten erbeten unter **A. 363** an **Rudolf Mosse, Breslau.** [576]

Heut letzte frische Hasen,

halbe Hasen, Hasenläufe, Rehblätter v. 1 M. bei **L. Adler, Oderstraße 36,** im Laden. [2369]

Ein sehr gut erhaltener **Flügel** (neu renovirt) ist mir **zum Verkauf** übergeben worden.

Joseph Bruck, Hofl.,
[1642] **Ohlauerstr. 44.**

כשר Fleisch-Offerte כשר

Rind- Kalb- Schöps- } **Fleisch,** à Pfd. 50 Pf.,

Gehacktes, à Pfd. 60 Pf.,
Hinterfleisch, à Pfd. 55 Pf.

H. Levinthal,

Nr. 9 Goldene Radegasse Nr. 9.

Beste, billigste Bezugs-Quelle in **Bratheringen, Bücklingen, Delicatessheringen** bei [2172]

C. D. Nehls,
Cröslin a. d. Ostsee.

Stellen-Anerbieten und Gesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Eine f. geb. Frau, Jüdin, 35 Jahr alt, a. gut. Familie, ohne Anhang, welche noch nicht in Stellung war, 15 Jahre selbst e. f. groß. Haushalt geführt, hervorrag. wirthschaftl. Kenntnisse besitzt, umsicht. u. erfahren, die Leitung u. Erziehung mutterl. Kinder übernimmt, würde a. f. gern d. Hausfr. überall vertret., auch als Gesellschafterin eignet sich dieselbe sehr gut, da sie perfect vorliest und musikalisch ist, sucht Engag. nur n. Answ. d. Fr. Friedlaender, Placirungs-Institut, Sonnenstr. 25.

Zwei Schwestern

suchen Familien-Verhältnisse halber **Stellung als Gesellschafterin** oder als **Stütze der Hausfrau,** möglichst in Breslau oder Umgegend. [646]

Es wird weniger auf hohes Salair, als gute Behandlung gesehen.

Familien-Anschluß erwünscht.

Gefl. Offerten erbeten sub **S. 380** an **Rudolf Mosse, Breslau.**

Ein anständ., jüdisches, in der Küche bewandertes **Mädchen sucht** per 1. April **Stellung** als **Wirthschaft.** oder **Stütze der Hausfrau.** Briefe erbitte postlagernd **J. B. 100 Glogau.**

Als **Stütze der Hausfrau** wird ein Mädchen a. achtb. Fam. gesucht, das gut zu kochen versteht. Offerten unt. J. J. 47 Erped. der Bresl. Ztg.

Eine tüchtige Directrice

für **besseren Putz,** welche auch selbstständig verkaufen kann, wird per **15. März** zu engagiren gesucht. [1657]

Off. u. P. B. 100 Liegnitz postlag.

Ich suche **zum 15. Februar** ein **jüdisches Mädchen,** welches mit der Küche und Landwirthschaft vollständig vertraut und der polnischen Sprache mächtig ist. Zeugniß-Abschriften und Gehaltsansprüche sind zu richten an [1635]

Wittwe **Flora Weißenberg,**
Mühlenbesitzerin,
Broslawitz OS. bei Tarnowitz.

Eine Frau, Wittwe, in mittleren Jahren wünscht Stellung als **Wirthin** bei einem einzelnen Herrn. Näheres **Ernststraße 3, II.**

Eine gesunde **Amme** sucht bald Stellung. Zu erfr. **Höfchenstr. 57.**

Für mein **Getreidegeschäft** suche ich zum **sofortigen** Antritt einen **jungen Mann,** der mit dieser Branche vollständig vertraut ist.

[1530] **G. Schneider,**
Schweidnitz.

Wir suchen zum raschmöglichsten Antritt für die Provinz Schlesien einen erfahrenen, mit Branche und Kundschaft vertrauten Reisenden. [1505]

Peter Schulte & Cie.,

Berlin.

Für mein **Eisen-, Stahl-, Werkzeug- u. Kurzwaaren-Geschäft** suche ich **per 1. April** einen soliden, durchaus zuverlässigen **Commis** (Christ), der mit der Branche vollständig vertraut ist. Gehaltsansprüche sind anzugeben und Zeugnisse in Copie beizufügen. Marken verbeten.

L. Schmachthahn,
[1656] **Neisse.**

Ein älterer, **nachweislich** tüchtiger, ehrlicher **Commis** der **Colonial- u. Delicateßwaarenbranche,** mit guter Handschrift, im Assecuranzgeschäft firm, katholisch, mit polnischer Sprachfertigkeit, findet pr. **1. April** a. c. oder früher **dauernde Stellung** bei freier Station und hohem Salair. Offerten unter Chiffre R. A. K. 169 an die Expedition dieser Zeitung erbeten. [1533]

Zwei erste Verkäufer

mit guten Referenzen u. angenehmem Aeußeren suchen wir zum sofortigen Antritt für unser Modewaaren- u. Confections-Geschäft.

Bewerber müssen den Umgang mit feinster Kundschaft verstehen.

Brieflichen Offerten beliebe man Photographie beizulegen. [1665]

Sittner & Lichtheim,

Hoflieferanten,
Breslau.

Zwei tüchtige, selbstständige

Verkäufer,

der poln. Sprache vollst. mächtig, werden zum 1. April zu engagiren gesucht. Offerten sind unter Angabe der Gehalts-Anspr. bei freier Station an Herren **Erber & Eppenstein, Breslau,** unter Chiffre G. B. 1888 zu richten. [2383]

Für unser Tuch- und Modewaaren-Geschäft suchen wir per 1. April c. einen durchaus tüchtigen [606]

Verkäufer und Decorateur

für dauernde Stellung bei hohem Salair.

S. Lustig & Co., Neisse.

Einen **tüchtigen Verkäufer,** welcher der polnischen Sprache mächtig, mos., suche ich für mein **Specerei-, Schnittwaaren- und Garderoben-Geschäft** p. **1. April.** [1491]

E. Wurm,
Königshütte.

Zum Antritt pr. 15. Februar cr. sucht ein junger Mann,

flotter Verkäufer,

der **Specerei-, Delicatessen- und Eisenwaaren-Branche** firm, dauernde Stellung.

Gefl. Offerten unter **R. R.** postlag. **Zabrze OS.** [671]

Ein junger Mann, gelernter Specerist, sucht als Aufseher in einem Holz-, Kohlen- oder anderen derartigen Geschäft Anstellung. [2320]

Offerten bitte an Herrn M. Ucko, Gr.-Strehlitz, zu senden.

Lederbranche!

Ein **junger Mann,** der seine 3jährige Lehrzeit in einem größeren Ledergeschäft beendet und daselbst noch ein Jahr als Commis thätig ist, mit der einfachen Buchführung vertraut, **sucht** in einem größeren Geschäft pr. 1. April Stellung.

Gefl. Offerten unter H. A. 36 an die Erped. der Bresl. Ztg. [2319]

Ein verheiratheter, thätiger, gewissenhafter [2354]

Mühlenwerkführer,

welcher allen Anforderungen gewachsen, über seine Brauchbarkeit beste und langjähr. Zeugn. besitzt, **sucht** dauernde, ähnliche Stellung. Gegenw. ist derselbe in einer gr. Handl.-Mühle als Untermüller ca. 3 Jahre thätig.

Gefällige Offerten bitte an die Exped. d. Bresl. Ztg. unter J. J. 44 zu richten.

In unserer **Buchhandlung** ist eine **Lehrlingsstelle** zu besetzen. Eintritt Ostern event. früher. [1641]

Heege & Güntzel,
Reichenbach i. Schl.

Zwei Lehrlinge

mit guter Schulbildung können sich zum baldigen Antritt melden bei

Sittner & Lichtheim,

Hoflieferanten,
Breslau.

Für mein Leinen- und Baumwollwaaren-Engros-Geschäft suche ich einen

Lehrling

Hermann Licht,
[2370] **Carlsstraße 36.**

Einen Lehrling

aus achtbarer Familie suchen wir für unser Herren-Confections-Engros-Geschäft. [2379]

Schlesinger & Grünbaum.

Für mein **Bank- u. Wechsel-Geschäft** suche ich einen **Lehrling** mit den nöthigen Vorkenntnissen. Antritt **per 1. April** oder früher. [1603]

Neisser Wechslerstube
Leopold Brieger junior,
Neisse.

Vermiethungen und Miethsgesuche.

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

Ernststraße 8

ist die halbe vierte Etage per ersten April 1888 zu vermiethen. Näheres beim Portier daselbst oder Sadowastraße 62 **im Comptoir links.**

Schönste Wohnung der Höfchenstr. (herrschaftl. Haus) **Nr. 62** ganze 3. Etage, 5 eleg. gr. helle Zimmer, 2 Cab., sehr gr. Entree, Badeeinr., Telegr., helle Treppe, **Garten,** Wäschetrockenplatz, **alles großartig schön,** jedes Zimmer Ausgang n. d. Entree, zu verm. [07]

Zu erfragen hochparterre.

Freiburgerstr. 30,

2. Stock, bestehend in 6 Zimmern, Badestube rc. rc., ist per 1. April für 625 Thlr. zu vermiethen. [2360]

Ohlauerstadtgraben 28

ist die 3. Etage, 5 gr. Zimmer mit Balcon rc., z. 1. April z. verm. [2359]

Tauentzienstraße 50

ist **1. Etage** 1 freundl. Wohn., 3 Stb., Cab., Küche und Beigelaß, 1. April cr. preism. z. verm. Näh. daselbst rechts.

Trinitasstraße 6,

beim **neuen Gymnasium,**

sind per **1. April 2 herrschaftliche Wohnungen** zu vermiethen. [1663]

1. Etage, 3 Zimmer, Cab., Küche, Entree rc., für **220 Thlr.**

Hochparterre, 5 größere Zimmer, Cab., Küche rc., für **350 Thlr.**

Gartenbenutzung.

Freiburgerstr. 23

ist eine **herrschaftliche,** bequeme Wohnung, 3. Etage, 4 Zimmer, Mittel- und Badecabinet, vollständig renovirt, bald event. Ostern beziehbar, **preiswerth** zu vermiethen. [2357]

Riemerzeile 11|12,

2. u. 3. Et., jede aus 5 Zimmern, Küche mit Beigelaß bestehend, per Ostern d. J. zu vermiethen. — Näheres daselbst bei **G. Günther** im Gewölbe. [2358]

Freiburgerstr. 17

1. Etage ist eine große, sehr elegante Wohnung mit Balkon und Gartenbenutzung per 1. April zu verm.

Preis 1500 Mark. [2371]

Carlsstraße 4|5

großes Gewölbe, anstoßende Remise und große Kellerräume sofort zu vermiethen. [2361]

Ring Nr. 21,

gradeüber vom Schweidnitzer Keller, ist das ganze Haus, der Laden mit daranstoßender großer Remise, das 1., 2. u. 3. Stockwerk des Vorder- und Hinterhauses zu Geschäfts- u. Wohnräumen im Ganzen zu vermiethen.

Der Laden zum 1. Juli 1888, die übrigen Räumlichkeiten sofort oder per 1. April cr. zu beziehen.

Die Vermiethung kann auf lange Zeit hinaus erfolgen.

Näh. Auskunft schriftlich durch Justizrath Reichelt, Freiburg in Schles., oder durch ihn persönlich Sonntag, den 5. Februar cr., von 11—1 Uhr, in Breslau, Ring Nr. 21. [1643]

Ein **Geschäfts-Local** in bester Lage **am Ringe in Neisse in** Schles. ist **zu vermiethen** u. per **April** zu beziehen. [09]

Offerten unter Chiffre E. J. Neisse postlagernd.

Die aus **2 großen, hellen Sälen** und **mehreren Nebenzimmern** bestehenden **Localitäten** in meinem, nahe am hiesigen Bahnhofe belegenen Hause, welche gegenwärtig als Massenquartier für Mannschaften des 18. Infanterie-Regiments benützt werden, sind **vom 1. April d. J.** anderweitig **zu vermiethen.** [1654]

Dieselben würden sich als Arbeitsräume für eine Cigarrenfabrik u. dgl. od. als Möbel-Magazin sehr gut eignen.

J. Berliner, Brauereibesitzer,
Gleiwitz (Bahnhof).

Telegraphische Witterungsberichte vom 3. Februar.

Von der deutschen Seewarte zu Hamburg.
Beobachtungszeit 8 Uhr Morgens.

Ort.	Bar. n. 0 Gr. u. d. Meeresniveau reduc. in Millim.	Temper. in Celsius-Graden.	Wind.	Wetter	Bemerkungen.
Mullaghmore	761	8	WSW 5	bedeckt.	
Aberdeen	756	5	WNW 2	wolkig.	
Christiansund	754	—16	W 1	bedeckt.	
Kopenhagen	742	2	WSW 8	Regen.	
Stockholm	753	—1	SSW 3	Schnee.	Nebel
Haparanda	750	—3	S 2	bedeckt.	
Petersburg	741	—6	S 2	wolkig.	
Moskau	754	—9	SW 1	bedeckt.	
Cork, Queenst.	765	7	W 2	wolkig.	
Brest	—	—	—	—	
Helder	759	2	WSW 2	Nebel.	
Sylt	753	2	W 3	wolkig.	
Hamburg	757	—5	WSW 5	Schnee.	Schneedecke 3 cm.
Swinemünde	758	—3	SW 4	Schnee.	Nachts Schnee.
Neufahrwasser	759	—9	WSW 2	wolkig.	
Memel	757	—3	WSW 4	h. bedeckt.	
Paris	—	—	—	—	
Münster	760	—4	SW 8	bedeckt.	
Karlsruhe	768	—9	SW 3	Nebel.	
Wiesbaden	767	—12	NO 1	bedeckt.	
München	766	—12	SW 4	h. bedeckt.	
Chemnitz	765	—6	SW 3	wolkig.	
Berlin	761	—4	SW 3	bedeckt.	Nachts Schnee.
Wien	768	—9	still	bedeckt.	
Breslau	763	—4	WSW 2	bedeckt.	
Isle d'Aix	—	—	—	—	
Nizza	—	—	—	—	
Triest	766	2	O 1	bedeckt.	

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mässig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = steif, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = leichter Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Uebersicht der Witterung.

Ein tiefes Minimum ist bei Finmarken erschienen, einen Ausläufer südwärts nach Dänemark entsendend, unter dessen Einfluss über der Nordhälfte Central-Europas schwache bis starke südwestliche Winde wehen. Das Wetter ist über Deutschland im Süden neblig, im Norden zu Schneefällen geneigt; der Frost hat nachgelassen, indessen herrscht im Süden, insbesondere in Baiern, noch ziemlich strenge Kälte. Schneehöhe in Hamburg 3, in Königsberg 23 cm.

Verantwortlich: Für den politischen u. allgemeinen Theil: J. Seckles; für das Feuilleton: Karl Vollrath; für den Inseratentheil: Oscar Meltzer; sämmtlich in Breslau.
Druck von Grass, Barth & Co. (W. Friedrich) in Breslau.